

A1NEU - INI1 Blühende Landschaften - schaffen wir selbst!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 5 Leitantrag und Initiativanträge

Antragstext

1. Politik für die 90 Prozent

Lebensmittel werden immer teurer, Energiepreise explodieren und Mietpreise gehen durch die Decke.

Von Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland oder Thüringen kann nicht die Rede sein. Und die Chancengleichheit aller (jungen) Menschen existiert nur auf dem Papier. Beides hängt noch immer davon ab, aus welchem Elternhaus du kommst und an welchem Ort du geboren und aufgewachsen bist. Als Jusos Thüringen können und werden wir uns damit nicht abfinden.

Diese und andere Ungerechtigkeiten treten gerade in Krisenzeiten offen zu Tage. Die extremen Preisanstiege und die deutliche Teuerung der Lebenshaltungskosten betreffen insbesondere prekarierte Gruppen. Sie waren es, die im Winter wegen der hohen Heizkosten gefroren haben, sie sind es, die sich den Sprit für den Arbeitsweg nicht mehr leisten können und die beim Einkauf der Lebensmittel sparen müssen.

Die Folgen der Corona-Pandemie und nicht zuletzt des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zerstören den letzten Funken des Aufstiegsversprechens, das aus verschiedensten politischen Richtungen seit Jahrzehnten postuliert wurde. Dieses angebliche Versprechen ist in der Realität an Voraussetzungen geknüpft, die nicht alle erfüllen können: soziale und wirtschaftliche Herkunft, Geburts- bzw. Wohnort und Geschlecht. Das sind allerdings keine Naturgesetze: Was von Menschen geschaffen wurde, kann auch von Menschen verändert werden. Als Jusos wollen wir das gute Leben für alle - bedingungslos.

Bereits vor Corona waren 1,65 Mio. Menschen in Deutschland auf die regelmäßige Versorgung durch die Tafeln angewiesen. Währenddessen halten die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des Gesamtvermögens. Im Verlauf der Coronakrise setzte sich diese Entwicklung noch extremer fort: Die Superreichen vermehrten ihren Besitz, Ärmere blieben auf der Strecke. Es zeigt sich einmal

28 mehr, das Wenige von den systematischen Bedingungen übermäßig profitieren, aber
29 kaum zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand beitragen. Die Schere zwischen arm
30 und reich wurde mittlerweile soweit gebogen, dass sie vor unseren Augen
31 zerbrochen ist.

32 Das Problem heißt Kapitalismus - und ist allseits bekannt. Die Lösung muss in
33 seiner Überwindung liegen.

34 Daher unterstützen wir den Vorschlag, ein Grunderbe einzuführen, das allen 18-
35 Jährigen bindungslos zur Verfügung gestellt und durch eine deutlich erhöhte
36 Erbschaftsteuer finanziert wird. Für eine wirkliche Umverteilung fordern wir ein
37 allgemeines Grunderbe von mindestens 60.000 Euro. In Deutschland werden jährlich
38 rund 400 Milliarden Euro vererbt, aber lediglich 0,2 Prozent gehen davon aktuell
39 an den Staat bzw. die Gemeinschaft zurück. Diesen Zustand nehmen wir nicht
40 länger hin. Mit normaler Lohnarbeit ist kein Vermögensaufbau mehr möglich, viele
41 Lebenschancen bleiben verwehrt. Ungeachtet der Lebensleistung werden bestimmte
42 Personengruppen systematisch von dem existierenden Wohlstand abgeschnitten. Dazu
43 zählen insbesondere Menschen in Ostdeutschland und Migrant:innen.

44 Auch Überlegungen für gesonderte Vermögensabgaben helfen dem Ziel der
45 Umverteilung. Die viel diskutierte Übergewinnsteuer könnte sofort greifen und
46 Krisengewinner:innen verpflichten, einen gerechten Beitrag an die Gemeinschaft
47 zurückzugeben. Aber auch weitere einmalige Vermögensabgaben als Corona-Soli sind
48 notwendig für wirkliche Umverteilung.

49 Ohne eine Abkehr von der kapitalistischen Logik der Gewinn- und
50 Vermögensmaximierung bekommen wir keine blühenden Landschaften.

51 2. Geiz ist nicht geil - besonders für den Staat

52 Eine besondere Form des Verteilungskampfes zeigt sich im Umgang mit den
53 staatlichen Finanzen und im Mantra des selbst auferlegten Spardiktats. Anstatt
54 über öffentliche Investitionen soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit
55 herbeizuführen, wird eine neoliberale Erzählung hochgehalten: Die Schulden von
56 heute, müsse die Generation von morgen zurückzahlen. Die jungsozialistische
57 Perspektive zeigt allerdings, dass es die Investitionen von heute sind, die uns
58 morgen doppelte Kosten ersparen.

59 Der jüngste und ein besonders bitterer Ausläufer der neoliberalen Spardogmatik
60 zeigt sich im diesjährigen Landeshaushalt Thüringens. Hier erzwang die
61 destruktive Opposition eine Globale Minderausgabe, die dafür sorgt, das
62 reihenweise Projekte, Fördermöglichkeiten und Investitionen auf Eis gelegt
63 werden. Leidtragende sind besonders Menschen, die auf die staatliche
64

65 Unterstützung angewiesen sind. Als Jusos Thüringen lehnen wir derartige
66 Instrumente strikt ab.

66 Aber auch die SPD ist in den vergangenen Jahrzehnten dem Spardiktat verfallen.
67 Die sogenannte Schuldenbremse wurde in der Zeit der Großen Koalition eingeführt
68 und beschränkt seitdem die Flexibilität öffentlicher Ausgaben und Investitionen
69 für Bund und Länder. Der konservative Traum eines schlanken Staates, der
70 dauerhaft mit einer schwarzen Null arbeitet, war immer falsch. Diese künstliche
71 Haushaltsdisziplin verhindert nachhaltiges Wirtschaften und Investieren.

72 Dass es auch anders geht, haben wir in den letzten beiden Jahren gesehen. Für
73 uns ist klar: Ansparen gegen Krisen funktioniert nicht. Aber hier haben Union
74 und Liberale noch einige Volkswirtschaftskurse nötig.

75 Als Jusos Thüringen sprechen wir uns klar gegen die künstliche Schwarze Null aus
76 - im Bund ebenso wie in Thüringen. Dafür gilt es zunächst, die Schuldenbremse
77 aus dem Grundgesetz zu tilgen, denn eigentlich ist sie eine Investitionsbremse.
78 Wir wollen eine Haushaltsdisziplin, die sich an der Beseitigung von
79 Ungerechtigkeiten orientiert. Die zwingend notwendigen Investitionen auf allen
80 staatlichen Ebenen brauchen wir jetzt.

81 Beispielhaft seien an dieser Stelle der Bildungssektor und die Infrastruktur
82 genannt, in denen massive milliardenschwere Investitionen notwendig und seit
83 Jahren überfällig sind. Statt Flickschusterei braucht es hier den großen Ansatz.

84 Die blühenden Landschaften schenkt uns niemand. Schaffen wir sie selbst.

B1NEU2 Ordentliche Arbeitsverträge an den Musikschulen schaffen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Beschäftigungsverhältnisse für als Lehrkräfte im Bereich der musikalischen
2 (u.a. musikalische Früherziehung und Instrumentalunterricht) und künstlerischen
3 Bildung sind für die Mehrheit der Menschen prekär. Es fehlt an ordentlicher
4 finanzieller Ausstattung der Musik- und Jugendkunstschulen, da es sich hierbei
5 um freiwillige Aufgaben der Kommunen handelt und das die Bereiche sind, die in
6 Zeiten knapper Kassen stets gefährdet sind. Das führt dazu, dass 2/3 der
7 Lehrenden an kommunalen Thüringer Musik- und Jugendkunstschulen auf Honorarbasis
8 beschäftigt sind. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, welcher sich nicht nur
9 negativ auf die Beschäftigten sondern auch nachteilhaft auf die nachhaltige
10 Sicherung der musikalischen und künstlerischen Früh- und Ausbildung auswirkt.
11 Das wollen wir ändern:

12 Der Landesvorstand der Jusos Thüringen möge sich für Folgendes einsetzen:

- 13 • Verankerung der Musik- und Kunstschularbeit als kommunale Pflichtaufgabe
- 14 • Entsprechende Landesfinanzierung von festangestellten Lehrkräften an den
15 Musik- und Jugendkunstschulen
- 16 • Abdeckung des Lehrdeputats in der Regel durch festangestellte Lehrende
- 17 • Absicherung der Bezahlbarkeit des Musik- und Kunstschulunterrichts für
18 alle Bevölkerungsschichten
- 19 • Aufbau eines Programms zur kulturellen Teilhabegerechtigkeit im Bereich
20 der musikalischen Bildung an Grund- und Förderschulen in Anlehnung an das
21 "JeKits"-Programm in NRW

Begründung

Laut Verband der Thüringer Musikschulen gibt es 25 kommunale Musikschulen mit im Jahr 2018 insgesamt ca. 900 Lehrenden. Davon sind jedoch lediglich ein Drittel festangestellt. Sehr viele Instrumentallehrer:innen befinden sich viele Jahre, teilweise Jahrzehnte lang in prekären Beschäftigungsverhältnissen. In nur wenigen

Fällen sind Honorarverträge von den Beschäftigten gewollt. Insbesondere während der Corona-Jahre gerieten etliche Honorarkräfte in existenzielle Nöte. Es herrscht ein Finanzierungsproblem, da die Träger die Landkreise bzw. kreisfreien Städte sind und der Unterhalt der Musikschulen zu den freiwilligen Leistungen zählt. Eine dauerhafte Förderung durch das Land und somit Einflussnahme auf die Art der Beschäftigungsverhältnisse ist nach der derzeitigen Rechtslage nicht möglich.

Derzeit befindet sich der Antrag Drucksache 7/3385 zur Anerkennung und Förderung der Thüringer Musik- und Jugendkunstschulen der CDU-Fraktion in Ausschussberatung. Dieses Feld können die Jusos und die SPD nicht der CDU überlassen. Eine breit verfügbare musikalische Grundbildung muss allen offen stehen und es muss qualifiziertes, mit ordentlichen Festanstellungen versorgtes Personal dafür zur Verfügung stehen. Das im Gesetzentwurf verankerte Minimum von 50% festangestelltem Personal als Kriterium der staatlichen Anerkennung erscheint ambitionslos und geht am eigentlichen Kern des Problems vorbei. Wir stehen für gute Arbeitsbedingungen und einen Zugang zu Bildung für alle Bevölkerungsschichten, auch zur musikalischen Bildung. Ein Beispiel, wie so etwas aussehen könnte, ist das nordrhein-westfälische Jekits-Programm (jedem Kind Instrument, Tanzen, Singen), innerhalb dessen an Grund- und Förderschulen durch ausgebildete Lehrkräfte (der Musikschulen) eine frühe musikalische Grundausbildung vermittelt wird.

Quellen

Jekits-Programm:

https://www.jekits.de/app/uploads/2018/07/180523_Programmbeschreibung.pdf

Forderungen des Musikschulverbands:

https://www.musikschulen.de/medien/doks/Positionen_Erklarungen/stuttgarter-appell-vdm-bundesversammlung.pdf

<https://www.musikschulen.de/aktuelles/news/index.html?newsid=1325>

Gesetzentwurf und Plenardebatte:

https://forum.thueringer-landtag.de/sites/default/files/downloads/7_3385_0.pdf

https://forum.thueringer-landtag.de/sites/default/files/downloads/Plenarprotokoll_6.pdf

B2NEU2 Kindkrankgeld auch für Minijober:innen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

2 Eltern haben im Fall einer Erkrankung des Kindes einen Anspruch auf das sog.
3 Kindkrankengeld, § 45 Abs. 1 S. 1 SGB V. Dieser Anspruch richtet sich gegen die
4 Krankenversicherung der Eltern. Eltern mit Minijob sind zumeist nicht
5 krankenversichert. Das hat zur Folge, dass sie im Fall einer Erkrankung des
6 Kindes zwar gemäß § 45 Abs. 5 SGB V Anspruch auf Freistellung von der Arbeit
7 haben, aber kein Kinderkrankengeld erhalten.

8 Wir lehnen diese Regelung ab. Eltern mit Minijobs sind wirtschaftlich besonders
9 vulnerabel und sollten nicht vor die Entscheidung gestellt werden, sich um ein
10 krankes Kind zu kümmern oder zu arbeiten, um den Lebensunterhalt für das Kind zu
11 bestreiten. Hinzu kommt, dass statistisch oft weiblich gelesene Personen in
12 Minijobverhältnissen beschäftigt sind. Die Regelung führt insofern zu einer
13 erheblichen Diskriminierung, insbesondere von Frauen, die wir nicht hinnehmen
14 wollen.

15 Wir fordern daher:

16
17 - die Regelungen zu Minijobs so zu verändern, als das die Arbeitgeber:innen
18 entsprechend der Lohnhöhe 50% der Sozialversicherungsbeiträge zahlen, während
19 der Staat den Anteil der Arbeitnehmer:innen zahlt und so Personen in Minijobs
20 Zugang in die Sozialversicherungen erhalten.
21 Ebenso soll das SGB angepasst werden, so dass diese Regelungen nicht mit
22 bisherigen weiteren Förderungen kollidieren und den Minijobbern so keine
23 Förderhilfen entfallen.

24 Bis zur Umsetzung dieser Regelung auf Bundesebene sieht der Freistaat Thüringen
25 Regelungen vor, die die Zahlung von Kindkrankengeld für Eltern mit Minijob durch
26 die Gemeinden vorsehen. Die Zahlung erfolgt aus dem Landeshaushalt

Begründung

Erfolgt mündlich.

C1NEU Förderung von Azubi-WG

Antragsteller*in: Jusos Gotha
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir, die Jusos Thüringen, fordern, dass Kommunen über die kommunalen
2 Wohnungsgesellschaften speziell Wohnraum für Azubi WGs vorhalten. Auszubildende
3 sollen die Möglichkeit besitzen als einzelne Person ein Zimmer oder als Freunde
4 eine Wohnung zum Selbstkostenpreis anzumieten.

Begründung

Mit dem Beginn der Ausbildung haben viele Auszubildende den Drang auch unabhängig von den Eltern zu werden und in eine eigene Wohnung oder WG. Im Rahmen des Ausbildungsreports des DGBs im Jahr 2020 wurden Auszubildende auch nach Ihrer Wohnsituation befragt. 72,3 % der Auszubildenden gaben an aktuell bei den Eltern oder Verwandten zu wohnen. 72,2 % äußerten dabei den Wunsch nach einer eigenen Wohnung oder WG.^[1] Betrachtet man die gezahlte Ausbildungsvergütung nach dem Mindestvergütungsgesetz nach §17 Abs. 1 Satz 1 BBiG liegt die durchschnittliche Ausbildungsvergütung bei 650,- € pro Monat. Durch die ständig steigenden Mieten ist es für Auszubildende fast unmöglich eine eigene Wohnung anzumieten. Einen staatlichen Zuschuss für einen eigenen Wohnraum kann Auszubildenden dabei im Rahmen der Berufsausbildungsbeihilfe gewährt werden. Die Voraussetzungen für das BAB sind jedoch sehr eingeschränkt. Um BAB zu erhalten, müssen folgende Voraussetzungen^[2] erfüllt sein:

- Teilnahme an einer Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (BvB)
- Vorbereitung auf den Hauptschulabschluss oder einem gleichwertigen Schulabschluss
- Absolvieren einer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf und der Ausbildungsbetrieb ist zu weit von den Eltern entfernt, um zuhause wohnen zu bleiben.
- Absolvieren einer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf und man ist über 18 Jahre alt oder verheiratet

- Absolvieren einer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf und mindestens ein Kind

- Du bist in der ausbildungsvorbereitenden Phase einer Assistierten Ausbildung (AsA).

Um Auszubildenden zu ermöglichen aus dem Elternhaus ausziehen zu können, fordern wir die Einrichtung von Azubi WGs. Diese sollen über die kommunalen Wohnungsgesellschaften eingerichtet und vorgehalten werden. Es muss jungen Menschen ermöglicht werden, ihr Leben in die eigene Hand nehmen zu können und unabhängiger von den Eltern werden zu können.

[1] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1203107/umfrage/wohnsituation-von--azubis-in-deutschland/>

[2] <https://www.arbeitsagentur.de/bildung/ausbildung/berufsausbildungsbeihilfe-bab>

C2 Abschaffung außertariflicher Ausbildungsverträge bei Thüringer Landesbehörden

Antragsteller*in: Jusos Gotha
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern die Landesregierung auf zu prüfen, ob derzeit bei
2 allen Ausbildungsangeboten des Freistaates Thüringen entweder eine Verbeamtung
3 auf Probe erfolgt oder alternativ als Ausbildungsvertrag der geltende
4 Tarifvertrag angewandt wird. Hierbei soll insbesondere geprüft werden, ob neben
5 den Ausbildungsberufen im öffentlichen Dienst auch bei den erst seit kurzem
6 angebotenen dualen Studiengängen ausnahmslos bei allen Behörden des Freistaates
7 Thüringen die Tarifregelungen bzw. die gesetzlichen Bestimmungen des
8 Beamtenbesoldungsgesetzes angewandt werden.

9 Die Landesregierung wird weiterhin aufgefordert ggf. noch bestehende
10 außertarifliche Ausbildungsverträge schnellstmöglich durch Tarifverträge zu
11 ersetzen oder die betroffenen Auszubildenden bzw. dual Studierenden auf Probe zu
12 verbeamten, auch wenn das Ausbildungsangebot nicht das Erlernen eines staatlich
13 anerkannten Ausbildungsberufes, sondern den Erwerb eines akademischen Grades zum
14 Ziel hat (duales Studium).

15 Außertarifliche Ausbildungsverträge sollen auch bei zukünftigen
16 Ausbildungsangeboten und dualen Studiengängen im öffentlichen Dienst keine
17 Anwendung mehr finden, stattdessen soll entweder eine Verbeamtung auf Probe
18 erfolgen oder der geltende Tarifvertrag angewandt werden.

Begründung

In vielen Thüringer Behörden steht ein Generationenwechsel bevor, da eine Großzahl von Angestellten im öffentlichen Dienst und BeamtenInnen, die kurz nach der Wiedervereinigung Deutschlands eingestellt wurden in naher Zukunft in den Ruhestand gehen werden. Außerdem besteht ein Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt, weshalb die Nachbesetzung der freiwerdenden Stellen für manche Behörden eine Herausforderung darstellt. Zur Lösung dieses Problems wurden Ausbildungs- und duale Studienangebote durch die Rot-Rot-Grüne Landesregierung gefördert und ausgeweitet. Diese Entwicklung begrüßen wir als Jusos. Allerdings ist dem Juso-Kreisverband Gotha bekannt geworden, dass mindestens ein duales Studienangebot bei einer Behörde des Freistaates Thüringen über einen außertariflichen Ausbildungsvertrag,

statt über den geltenden Tarifvertrag bzw. die Verbeamtung auf Probe geregelt wird. Zwar orientiert sich die monatliche Ausbildungsvergütung an der tariflich festgelegten Bezahlung, jedoch werden die betroffenen Studierenden bei Sonderzahlungen wie dem Corona-Bonus oder der Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) ausgenommen und auch bei anderen Regelungen (z. B. Urlaubsanspruch) schlechter gestellt.

Es darf keine Auszubildenden erster und zweiter Klasse geben! Außertarifliche Ausbildungsverträge dürfen nicht die Norm für die Fachkräftegewinnung im öffentlichen Dienst werden, selbst wenn diese bei dualen Studiengängen rechtlich zulässig sind. Die Parteien, der Rot-Rot-Grünen Landesregierung kämpfen Seite an Seite mit den Gewerkschaften für mehr Tarifbindung, daher sollte der öffentliche Dienst auch in Bezug auf die Fachkräfteausbildung als gutes Beispiel vorangehen.

C3NEU Einführung des Doppelstundenprinzips an weiterführenden Schulen

Antragsteller*in: Jusos Gotha
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern das Einführen des Doppelstundenprinzips an allen
2 weiterführenden Schulen im Freistaat Thüringen. Damit würden je zwei
3 Schulstunden (je 45 min.) zusammengelegt und zu einem Stundenblock (90 min.)
4 werden. Schulfächer sollen damit, wenn möglich nur noch blockweise unterrichtet
5 werden. Die wegfallenden Pausen würden mit anderen Pausen zusammengelegt und zu
6 deutlich längeren Pausen werden. Überbleibende Einzelstunden würden jeweils an
7 die Ränder des Schultags gelegt.

Begründung

Der Alltag vieler SchülerInnen und LehrerInnen in Thüringen besteht gegenwärtig aus vielen kurzen Schulstunden und Pausen. Die LehrerInnen wechseln teils stündlich. Fast jede Stunde vergeht Zeit für den Stundenbeginn für zum Beispiel das Ein- und Auspacken. Die Unterrichtsinhalte können oft nur nach und nach und nicht am Stück vermittelt werden. Gerade als SchülerIn hat man oft auch durch die schiere Anzahl an Stunden einen sehr schweren Schulranzen zu tragen und muss an bis zu acht oder neun Fächer an einem Tag denken. Schulblöcke würden ein geschlossenes Behandeln von Themen und einen Unterrichtsfluss besser ermöglichen. Damit bleibt auch mehr Raum für Diskussionen, aber auch Partizipation aller SchülerInnen am und im Unterricht. Gerade für Versuche, Projekte oder Experimente in vor allem musischen und naturwissenschaftlichen Fächern bliebe ebenfalls mehr Zeit. Die Arbeit mit Lernmethoden, wie zum Beispiel dem Stationslernen würde erheblich vereinfacht. Gegenwärtig wechseln SchülerInnen teils stündlich ihren Unterrichtsraum und können die fünf Minuten lange Pause zwischen den Stunden nicht oder nur unzureichend nutzen. Durch das Zusammenlegen von diesen Pausen würde mehr Zeit zum Essen, Trinken, Unterhalten, aber auch zum Durchatmen bleiben. Diese Pausen könnten also wirklich zu ihrem Zweck genutzt werden, was momentan nicht der Fall ist. LehrerInnen müssten sich nur noch auf zwei bis drei Unterrichtseinheiten pro Schultag vorbereiten und könnten sich auf diese genauer fokussieren. Insgesamt würde das Doppelstundenprinzip den Schulalltag für SchülerInnen und LehrerInnen also deutlich entspannen. Die praktische Anwendung eines solchen Konzepts findet man zum Beispiel am Albert-Schweizer-Gymnasium in Erfurt.

C4NEU Geänderter Schulbeginn für weiterführende Schulen

Antragsteller*in: Jusos Gotha
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

- 1 1. Die Jusos Thüringen fordern, dass der Schulbeginn in allen weiterführenden
2 Schulen landesweit auf 08:30 Uhr verschoben wird, um so der Gesundheit der
3 Jugendlichen Vorrang zu gewähren. Darüber hinaus fordern wir den Ausbau der
4 Hort- und Betreuungsinfrastruktur in der Form, dass eine Betreuung gerade der
5 jüngeren Schüler:innen auf dem Schulgelände vor Schulbeginn gewährleistet ist,
6 um so sowohl den beruflichen Verpflichtungen der Eltern wie auch der Taktung des
7 ÖPNV Rechnung zu tragen und einen für alle Akteur:innen widerstandsfreieren
8 Übergang zu ermöglichen.
- 9 2. Die Jusos Thüringen fordern zudem, dass die Taktung und die Bereitstellung
10 des ÖPNV unverzüglich, spätestens aber bei der Neuaushandlung der
11 Beförderungsverträge durch die Landkreise und kreisfreien Städte an den
12 geänderten Schulbeginn anzupassen, um so das Ziel des Antrages, die Erhaltung
13 der Gesundheit der Schüler:innen durch genügend Schlaf, umsetzen und erreichen
14 zu können.

Begründung

Man muss nicht unbedingt einem politischen Jugendverband angehören oder ein schulpflichtiges Kind haben, um zu wissen oder sich zumindest selbst daran erinnern zu können, dass das frühe Aufstehen keinem jungen Menschen leichtfällt. Hierbei handelt es sich allerdings keinesfalls um ein Problem, welches mit einem schlechten Verhalten der Jugendlichen zu tun hat, bspw. weil diese nicht auf ihre Eltern hörten und immer zu spät ins Bett gingen, sondern um schlichte Biologie, genauer: Chronobiologie. Jener Wissenschaftszweig, welcher sich u.a. auch mit biologischen Rhythmen befasst, hat schon seit geraumer Zeit belastbar nachgewiesen, dass das frühe ins Bett gehen und frühe Aufstehen dem Biorhythmus von Jugendlichen ab circa 14 Jahren grundsätzlich widerspricht und mannigfaltige negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann, was allgemein hin als sozialer Jetlag bezeichnet wird. Zu den möglichen Symptomen, die alle unter Schlafmangel Leidenden gleichermaßen betreffen, gehören Konzentrationsschwäche, Stoffwechselbeeinträchtigungen und in diesem Zuge auch erhöhte Risiken für Adipositas und Diabetes. Wer jetzt sagt, dass Probleme wie Schlafmangel nicht nur Schüler:innen täglich tangieren, ist offen gestanden der Ursache einer immer ungesünderen Arbeitswelt und Gesellschaft gerade ein Stück nähergekommen.

Die Frage ist also, ob wir weiterhin an der tradierten Zeit des Schulbeginns festhalten wollen, obwohl dies

keinerlei positive Auswirkungen auf die Jugendlichen hat und gegen jede wissenschaftliche Evidenz spricht, oder ob wir uns dafür entscheiden, die Gesundheit der Schüler:innen endlich ernst zu nehmen.

C5NEU Wiederaufnahme des Testangebots an Thüringer Schulen

Antragsteller*in: Jusos Gotha
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir fordern, dass freiwillige Selbsttests auf das Corona-Virus mit dem
2 Schuljahresbeginn 2022/2023 erneut zur Verfügung gestellt werden. Alle
3 Schüler:innen sollen mit Wiederaufnahme des Unterrichts ein entsprechendes
4 Angebot erhalten.

Begründung

Die vergangenen zweieinhalb Jahre waren überschattet von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Nicht nur gesundheitlich litten zahlreiche Menschen unter den schweren Folgen einer Infektion, auch die mentale und psychische Gesundheit vieler blieb nicht unberührt. Nötige einschneidende Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens sorgten dafür, dass soziale Interaktion im „realen Leben“ kaum noch stattfinden konnte. Waren bspw. Besuche von FreundInnen und Familienmitgliedern wieder möglich, mussten diese gut vorbereitet sein, um das Risiko einer Ansteckung so gering wie möglich zu halten.

Besondere Infektionsherde können hierbei unsere Schulen darstellen. Gerade in den niedrigeren Klassenstufen kann kaum gewährleistet werden, dass durch Abstand und das regelmäßige Tragen einer Maske die Ansteckungsgefahr niedrig gehalten wird. Zu diesem Zweck war es wichtige und nötige Praxis, SchülerInnen zweimal wöchentlich auf eine Infektion mit dem Corona-Virus zu testen. Diese Testpflicht endete mit Ablauf des 6. Mai. Ein freiwilliges Testangebot bestand darüber hinaus bis zum 25. Mai.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen deutlich, welche Auswirkungen zu spätes Handeln auf potentiell steigende Infektionszahlen haben kann. So waren es doch vor allem SchülerInnen, Auszubildende und StudentInnen, die die stärksten Einschnitte in ihr Privatleben hinnehmen mussten. Eine derartige Situation gilt es durch entsprechende Maßnahmen rechtzeitig zu verhindern.

C7 „Ach ja, nebenbei vermittele ich noch Wissen“ - Entlastung von Lehrpersonal

Antragsteller*in: Jusos Ilm-Kreis
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Der Fokus von Lehrenden sollte wieder auf dem Unterricht und der
2 Wissensvermittlung liegen. Dies verbessert die Unterrichtsqualität und macht den
3 Lehrberuf attraktiver.

4 Eine effektive Methode der Entlastung ist die Umverteilung von
5 Verwaltungsaufgaben auf qualifiziertes und insbesondere digital geschultes
6 Personal. Viele der zusätzlich anfallenden Aufgaben werden weiterhin nicht
7 angemessen angerechnet und entlohnt.

8 Wir fordern die Unterstützung von Lehrpersonal an staatlichen
9 Bildungseinrichtungen.
10 Landkreise und Städte sollen Sachbearbeiter:innen-Stellen deutlich ausweiten und
11 das Land die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen bereitstellen.
12 Weiterhin fordern wir eine gerechte Entlohnung für zusätzlichen Arbeitsaufwand
13 von Lehrpersonal und Schulungen zur Vereinfachung von digitalen und analogen
14 Arbeitsprozessen.

15 Daher fordern die Jusos Thüringen:

- 16 • Ausweitung der Ausschreibung von Stellen für Sachbearbeiter:innen und
17 Schaffung entsprechender Voraussetzungen
- 18 • Berechnung von Extrastunden für Verwaltungsaufgaben sowie Vor- und
19 Nachbereitungsstunden bei Lehrpersonal
- 20 • Schulung von Personal, insbesondere im Umgang mit digitalen Medien

Begründung

Kernfokus im Lehrer:innen-beruf sollte auf dem Vorbereiten und Durchführen von Wissensvermittlung liegen.

Durch die Umverteilung von Verwaltungsaufgaben auf Lehrende und einen langfristigen Stellenabbau ist das Schulsystem geschwächt und die Arbeitsbelastung für das Personal hoch. Im Rahmen der Corona-Pandemie hat sich diese Lage noch verschärft.

Abseits des eigentlichen Unterrichts fallen zahlreiche Arbeiten an, die nicht als Arbeitsstunden verrechnet werden, trotzdem aber erfüllt werden müssen. Dazu gehören beispielsweise auch Unterrichtsvorbereitung und die Auswertung von Lernständen, welche nicht in dem Umfang angerechnet werden, der für eine sorgfältige Erfüllung nötig wäre.

C8 Was nicht die Regel ist, kann nicht so heißen - Zur Mindeststudiendauer

Antragsteller*in: Jusos Ilm-Kreis
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen werden sich bei der nächsten Novellierung des Thüringer
2 Hochschulgesetzes dafür einsetzen, dass in §52 ThürHG (und in anderen sich
3 darauf beziehenden Paragraphen) das Wort "Regelstudienzeit" durch das Wort
4 "Mindeststudiendauer" ersetzt wird. Davon unberührt bleibt die Vorgabe der KMK,
5 dass Studiengänge so gestaltet werden müssen, dass sie innerhalb der
6 Mindeststudiendauer abgeschlossen werden können und dass diese insgesamt fünf
7 Jahre nicht überschreitet. Die Mindeststudiendauer darf unterschritten werden,
8 sie ist einzig als Rechtsanspruch der Studierenden gegenüber der Universität zu
9 verstehen. Zusätzlich sollen alle Studiengänge ihre reale durchschnittliche
10 Studiendauer ausweisen müssen.

Begründung

Laut statistischem Bundesamt schlossen im Jahr 2020 bundesweit lediglich 21,1% der Studierenden ihren Bachelor und 32,8% der Studierenden ihren Master in Regelstudienzeit ab. In einigen Fächerguppen sieht es noch schlechter aus, z.B. beim Ingenieurwesen mit 14,6% bzw. 23,4%. Allein daran lässt sich ablesen, dass die Studiengänge mehrheitlich nicht so gestaltet sind, dass sie in der definierten Regelstudienzeit zu absolvieren sind. Die Ausgestaltung liegt in den Händen einzelner Hochschulen und letztlich Studiengangskommissionen. Um Studienanfänger:innen diese Diskrepanz transparent zu machen, muss die jeweilige Abschlussstatistik öffentlich und im Einschreibeprozess offengelegt werden.

Dieser Antrag zielt auf eine Veränderung der Wahrnehmung der Bedeutung der Studiendauer. Wir passen den Begriff der Realität an und setzen dadurch idealerweise eine Kettenreaktion aller (Ver-)Ordnungen und Gesetze, welche sich auf die Regelstudienzeit und §52ThürHG beziehen, in Gang. Weshalb gibt es Leistungen nach BAföG nur für die absolute Mindeststudiendauer? Wie passen Auflagenfächer in dieses System, durch die sich bislang die Regelstudienzeit nicht erhöht? Was ist bis zu ihrer Abschaffung mit den Langzeitstudiengebühren?

Aber auch für alle Studierenden schafft der Begriff der Mindeststudiendauer die Möglichkeit, selbstbewusst gegenüber sich, ihrer Familie, der Hochschule, dem BAföG-Amt, potentiellen Arbeitgeber:innen etc. zu vertreten, wie viel Zeit man in die eigene Bildung investiert.

Die Abschaffung der Regelstudienzeit steht in den Sternen. Aber die Umbenennung ist über die dadurch erfolgende Wahrnehmungsveränderung ein großer Schritt in diese Richtung.

Quellen

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/kennzahlen-nichtmonetaer-2110431207004.pdf?__blob=publicationFile

Seite 670 unten

C9NEU2 Heutige Bildung erfordert Digitalisierung an Thüringer Schulen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Schule muss auf die heutige Arbeitswelt vorbereiten, welche zum Großteil digital
2 erfolgt.

3 Deshalb fordern wir Jusos Thüringen eine moderne Bildungspolitik, welche es den
4 Schüler:innen ermöglicht alle erforderlichen Kompetenzen zu erlangen, um
5 zukünftig erfolgreich in der digitalen Umwelt zu bestehen.

6 Ausbau der digitalen Infrastruktur

7 Zunächst ist es erforderlich, zu klären welche digitale „Grund“ Ausstattung an
8 jeder Schule vorhanden sein muss.

9 Unter einer digitalen Grundausstattung verstehen wir:

- 10 • genügend digitale Endgeräte, damit jede:r Schüler:in ein Endgerät nutzen
11 kann
- 12 • ein Internetzugang durch Glasfaseranschluss inklusive WLAN in jedem
13 Schulraum für die Schüler:innenschaft und Lehrer:innen
- 14 • entsprechende Sicherheitskonzepte zum Schutz der digitalen Infrastruktur,
15 sowie hauptamtliches Personal, welches sich um Betrieb und Instandhaltung
16 kümmert.
- 17 • durchdachtes Anwendungsportfolio, um den Schüler:innen digitales Arbeiten
18 näherzubringen
- 19 • Serverkapazitäten im Rahmen der erforderlichen Anwendungen unter anderem
20 der „Thüringer Schulcloud“, welche Schüler:innen und Lehrer:innen digitale
21 Tools jederzeit zur Verfügung stellen kann

22 Solch eine Grundausstattung muss an jeder Thüringer Schule vorhanden sein, um
23 eine Chancengleichheit in der Schulbildung zu erreichen und Schulen näher
24 aneinander zu bringen, um Erfahrungen auszutauschen oder an gemeinsamen
25 Projekten zu arbeiten.

26 Auf Basis dieser Erkenntnisse sollte der aktuelle Digitalpakt in Thüringen
27 überarbeitet werden, damit allen Thüringer Schulen eine digitale
28 Grundausstattung ermöglicht werden kann. Dabei ist auch die Nutzung des
29 Digitalpakts neu zu gestalten, da Thüringer Schulen zum Teil kaum die
30 finanzielle Unterstützung nutzen und nur durch Selbstfinanzierung digitale
31 Infrastrukturen aufbauen konnten bzw. können.

32 Durch die aktuell mangelnde Ausstattung von Anwendungssoftware auf den
33 bereitgestellten digitalen Endgeräten können Lehrer:innen digitale Lernmethoden
34 nicht in vollen Umfang nutzen. Aus diesem Grund muss ein Portfolio von
35 Basisanwendungen, wie zum Beispiel Office-Programme durch Unterstützung der
36 Lehrer:innen erfolgen und zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren sollte die
37 Kontrolle und Verteilung von Anwendungssoftware flexibel erfolgen, sodass von
38 Lehrer:innen benötigte Individualsoftware beantragt und installiert werden kann.

39 Damit die Digitalisierung in Schulen erfolgreich durchgeführt werden kann,
40 müssen in Zukunft die Meinungen der Lehrer:innen stärker in die Gestaltung
41 miteinbezogen werden.

42 Auch bei der Gestaltung der „Thüringer Schulcloud“ ist es wichtig, dass sowohl
43 Schüler:innen als auch Lehrer:innen mehr Mitbestimmung erhalten, damit eine
44 bessere Verwaltung von Projekten und eine einfachere Kommunikation durch die
45 „Schulcloud“ in Zukunft ermöglicht werden kann.

46 Anhand der Corona-Pandemie hat sich herausgestellt, dass durch die
47 Digitalisierung neue administrative Aufgaben und somit auch neue
48 Herausforderungen in den Schulen entstehen. Hierbei benötigen Lehrer:innen mehr
49 Unterstützung durch die Thüringer Medienzentren, welche für die Beratung in
50 Fragen der Mediennutzung an Schulen zuständig sind. Damit in Zukunft genügend
51 Ansprechpartner:innen für Lehrer:innen zur Verfügung stehen, muss ein Ausbau der
52 Medienzentren erfolgen.

53 **Medienkompetenz der Lehrer:innen**

54 Um Schüler:innen eine moderne Schulbildung zu ermöglichen, benötigen
55 Lehrer:innen neben der Kompetenz in der Unterrichtung des klassischen Lehrstoffs
56 auch eine aktuelle Medienkompetenz. Hierbei ist unser Ziel, dass Lehrer:innen
57 digitale Werkzeuge und Methoden verstehen und im Schulalltag anwenden können.
58 Auch Themen, wie Datenschutz oder Cybersicherheit haben in den letzten Jahren
59

stark an Bedeutung gewonnen und müssen durch Fortbildungen gelehrt werden.

60 Damit eine Chancengleichheit in der Bildung bestehen bleibt, müssen bestimmte
61 Aus- und Weiterbildungen an allen Thüringer Schulen pflichtgemäß durchgeführt
62 werden. Dies wurde während der Corona-Pandemie unter anderem für das Anwenden
63 der „Thüringer Schulcloud“ erfolgreich durchgesetzt und sollte weitergeführt
64 werden.

65 Da in der digitalen Welt fortlaufend neue Produkte entwickelt und verbessert
66 werden, müssen auch entsprechende Aus- und Weiterbildungen regelmäßig für
67 Lehrer:innen angeboten werden.

68 Die regelmäßige Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen für Lehrende im Bereich
69 Digitalisierung beansprucht Zeit und Kosten. Dies muss in Zukunft bei der
70 Zusammenstellung von Fördergeldern beachtet werden.

71 **Medienkompetenz der Schüler:innen**

72 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Schüler:innen besser auf die digitale
73 Arbeitswelt vorbereitet werden müssen. Dabei benötigen Schüler:innen neben der
74 Möglichkeit auf die Nutzung eines digitalen Arbeitsplatzes auch ein
75 ausreichendes Grundverständnis über das Arbeiten mit digitalen Endgeräten.

76 Für uns bedeutet ein digitales Grundverständnis ein ausreichendes Wissen über
77 die aktuellen Möglichkeiten, Gefahren und Schutzmaßnahmen durch Arbeiten mit
78 digitalen Endgeräten.

79 Für die Jusos Thüringen wird dieses Wissen nicht genügend im Schulunterricht
80 vermittelt. Um die Medienkompetenz an Schulen stärker zu integrieren, muss der
81 Unterrichtsinhalt klassischer Schulfächer angepasst oder ein Konzept für ein
82 neues Schulfach zur Bildung der Medienkompetenz ausgearbeitet werden.

Begründung

erfolgt mündlich

C10 Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung

Antragsteller*in: Jusos Jena

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir fordern die Abschaffung der Besonderen Leistungsfeststellung (BLF) in
2 Thüringen. Als Realabschluss soll in Zukunft das Versetzungszeugnis der 10.
3 Klasse nach Vorbild anderer Bundesländer ausreichen.

4 Damit setzen wir uns für eine bundesweite Vereinheitlichung der Voraussetzungen
5 zum Erreichen eines Schulabschlusses ein, damit die Schulabschlüsse
6 vergleichbarer werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

C11NEU Thüringer Schulcloud verbessern

Antragsteller*in: Jusos Jena

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir wollen, dass eine zentrale Cloud, wie die Thüringer Schulcloud (TSC),
2 effektiver genutzt wird und beispielsweise Lehrinhalte oder digitale Merkzettel
3 frei zugänglich für alle Schüler:innen vorhanden sind. Das treibt die
4 Digitalisierung an Schulen voran und verbessert die Leistungsentwicklung. Auch
5 die Umstrukturierung der TSC zu einer intuitiv nutzbaren und einfacheren Website
6 soll angestrebt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

C12 Einführung eines Ausbildungstickets

Antragsteller*in: Jusos Jena
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Für viele Menschen in Ausbildung gestaltet sich der Zugang zu Mobilität und
2 Kultur insbesondere aufgrund begrenzter finanzieller Mittel schwierig. Dabei
3 sind diese Zugänge für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben essentiell. Wir
4 fordern daher, dass allen Schüler:innen, Auszubildenden und Studierenden in
5 Thüringen der kostenfreie Zugang zu Mobilität und Kultur ermöglicht wird.
6 Vorbild dazu sollen die studentischen Semester- und Kulturtickets sein.

7 Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen fordert die Einführung eines
8 thüringenweiten Ausbildungstickets, das allen Personen in Ausbildung in
9 Thüringen den Zugang zu Mobilität und Kultur ermöglicht. Nach dem Vorbild eines
10 solidarischen Semestertickets soll allen Personen die ausnahmslose Nutzung des
11 Nahverkehrs sowie von Kultureinrichtungen in ganz Thüringen ermöglicht werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

C13 Gründung einer landesweiten Interessensvertretung für Auszubildende

Antragsteller*in: Jusos Jena

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Auszubildende haben derzeit lediglich, wenn überhaupt, eine betriebliche
2 Interessensvertretung. Landesweit besteht keine Möglichkeit der vertieften
3 Vernetzung, sodass Interessen und Anliegen der Auszubildenden nur wenig
4 effizient gebündelt und an die Landesregierung oder andere zuständige Stellen
5 herangetragen werden kann.

6 Deswegen fordern die Jusos Thüringen:

7 Auszubildende sollen bei der Gründung einer landesweiten Interessensvertretung
8 unterstützt werden. Alle Auszubildenden bilden eine Auszubildendenschaft und
9 wählen nach demokratischen Prinzipien ihre Interessensvertretung.

C14NEU Jurist:innenausbildung menschlich gestalten

Antragsteller*in: Jusos Jena
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

2 Jurist:innen befinden sich in Deutschland auch abseits von BVerfG und BGH in
3 Machtpositionen. Regelmäßig stellen etwa Jurist:innen die größte Berufsgruppe im
4 Bundestag und in Landtagen. Gleichzeitig ist das Jurastudium unnötig schwer und
5 langwierig. Zugleich wirkt die Struktur des Studiums abschreckend auf
6 Erstakademiker:innen und Studierende aus sozial schwachen Familien. Das führt im
7 Ergebnis dazu, dass solche Gruppen unter Jurist:innen unterrepräsentiert sind.
8 Zugleich besteht in Thüringen ein erheblicher Mangel an Absolvent:innen in allen
9 juristischen Berufen der zu überlangen Verfahren vor Gericht und in der
10 Verwaltung führt.

11 Die Jusos Thüringen setzen sich daher dafür ein, dass das Studium der
12 Rechtswissenschaft niedrigschwelliger zugänglich und unabhängig von der
13 finanziellen Leistungsfähigkeit des Elternhauses, die Ausbildung junger
14 Jurist:innen fairer und menschenfreundlicher wird, feministische Themen zu
15 Studieninhalten werden und dass der Ausbildungsstandort Thüringen gestärkt wird,
16 damit auch in Zukunft die Funktionsfähigkeit der Justiz erhalten werden kann. Zu
17 diesem Zweck fordern die Jusos Thüringen die Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

- 18 1. Langfristig wird die Ausbildung zum:zur Volljurist:in in Thüringen und
19 Deutschland zu einem Bachelor/Master-Studiengang umstrukturiert. Die
20 Staatsexamina werden abgeschafft.
- 21 2. Kurzfristig soll die Möglichkeit geschaffen werden, die
22 Staatsexamensklausuren elektronisch abzulegen, um zu verhindern, dass Jahr
23 für Jahr zahlreiche Studierende und Referendar:innen körperliche
24 Schädigungen, durch die extreme Schreibbelastung erleiden, sowie unfaire
25 Bewertungen von Examenleistungen auf Grund des Schriftbilds passieren.
- 26 3. Der Umfang der Studieninhalte im Ganzen wird reduziert. Der Fokus soll
27 nicht auf dem Auswendiglernen von Kleinstproblemen liegen, sondern auf dem
28 Erlernen der Systematik und der Methodik des Rechts.

- 29 4. Die Studieninhalte sollen um feministische Themen ergänzt werden. Das
30 Sexualstrafrecht soll entweder im Rahmen der Vorlesung „Strafrecht –
31 Besonderer Teil“ oder im Rahmen einer eigenständigen Vorlesung in der
32 Ausbildung behandelt werden. Die Universitäten sollen verpflichtet werden,
33 eine solche Vorlesung anzubieten, die Teilnahme soll für die Studierenden
34 aber freiwillig sein.
- 35 5. Lehrpersonen sollen verpflichtet werden, regelmäßig an einer
36 Pädagogikschulung teilzunehmen. Dadurch soll der Mehrwert der Vorlesungen
37 gegenüber dem Selbststudium erhöht werden.
- 38 6. Das von der Universität angebotene Repetitorium soll gegenüber den
39 privaten, kommerziellen Anbietern soweit ausgebaut werden, dass das
40 Bedürfnis nach teuren privaten Repetitorien entfällt. Die Ausstattung der
41 Bibliothek soll weiter verbessert, insbesondere das Angebot an Online-
42 Datenbankzugriffen deutlich ausgeweitet werden, indem der Etat der
43 Bibliothek erhöht wird.
- 44 7. Rechtsreferendar:innen werden in Thüringen schlecht bezahlt. Ein großer
45 Teil des Gehalts muss für Bahntickets aufgewendet werden, da die
46 Ausbildungsstätten in ganz Thüringen verteilt sind. Wir fordern, dass
47 Referendar:innen zusätzlich zum Gehalt ein Jobticket^[1] bezahlt wird, um
48 einerseits den Standort Thüringen mit Blick auf den massiven
49 Richter:innenmangel zu stärken und andererseits die Hürden für finanziell
50 schlecht abgesicherte Absolvent*innen abzubauen. Außerdem sollen
51 Rechtsreferendar*innen in Thüringen verbeamtet werden.
- 52 8. Die einzige Universität in Thüringen an der Jura studiert werden kann
53 befindet sich in Jena. Die Ausbildung der Referendare erfolgt allerdings
54 über das ganze Land verteilt. Dadurch sind Referendare gezwungen aufwendig
55 umzuziehen. Das führt nicht nur zu erheblichen Belastungen für Studierende
56 sondern bewirkt auch, dass mehr Referendar:innen die Möglichkeit des
57 Umzuges nutzen um Thüringen den Rücken zu kehren. Die Lehrveranstaltungen
58 während des Referendariats sollen daher in Jena stattfinden. Die
59 Stammdienststellen sollen dabei an den Landgerichten verbleiben.

60 ^[1] Vorbild Hessen

Begründung

Erfolgt mündlich.

C15 Azubis finanziell fördern

Antragsteller*in: Jusos Erfurt
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir fordern die Ausweitung der Berufsausbildungsbeihilfe auf alle Azubis die
2 außerhalb des elterlichen Haushalts wohnen. Dabei soll vor allem die Berechnung
3 des Einkommens der Eltern sowie der/des Lebenspartner:in beendet werden sowie
4 die Förderungsbegrenzung des Wohnraums.

Begründung

Der Bedarf an qualitativen Fachkräften ist enorm, so heißt es regelmäßig aus der Wirtschaft.

Dennoch bleiben diverse Ausbildungsplätze unbesetzt, was nicht zuletzt an den Hürden liegt, die Azubis finanziell in ihrer Ausbildungszeit ertragen müssen. Ausbildungsvergütungen sind allzuoft so gering, dass die Lebenshaltungskosten kaum zu stemmen sind. Dafür kämpfen wir parallel schon durch die Forderung der Mindestausbildungsvergütung, die den Ausbildenden Unternehmen zumindest eine gesetzliche Untergrenze aufzwingt. Das BAB fungiert aktuell als eine Art BaföG für Azubis neben der Ausbildungsvergütung.

Das ist kein optimaler Weg, bei der die Industrie und das Handwerk doch selbst genug Ansporn haben sollten, ihr angehendes Personal schon in der Lehre ausreichend zu finanzieren für ihre Arbeit. Da dies allzu oft nicht der Fall ist, dient das BAB als finanzielle Stütze für Azubis, die eine eigene Wohnung beziehen müssen und deren Vergütung nicht das Existenzminimum erreicht. Ausbildungsorte sowie die Berufsschulstandorte stellen eine zeitliche Belastung für alle Azubis dar. Entweder findet sich in Städten, an denen viele Ausbildungen angeboten werden, nur schwerlich bezahlbarer Wohnraum (Hier beißen sich die Probleme der Finanzierung mit der Ausbildungsvergütung), oder es bleibt bei Azubis günstiger, bei den Eltern wohnen zu bleiben und weite Pendelwege in Kauf zu nehmen.

Zwar hilft auch hier schon das (fast) landesweite Azubiticket, aber echte Ausbildungsplatzwahl, welche ja auch von der grundgesetzlichen Berufswahlfreiheit garantiert wird, sieht anders aus. Wohnpreise, Mobilitätskosten und schlecht entlohnte Arbeitszeit während der Ausbildung machen diesen Lebensweg nicht gerade attraktiv. Aber auch junge Menschen, die nach erfolgreicher Ausbildung oder Studium feststellen, warum auch immer, dass Sie doch nicht glücklich sind mit ihrer ersten (Aus-)Bildungswahl, brauchen gerade danach eine Möglichkeit, eine neue Lehre zu beginnen. Zu den bekannten Problemen kommt dann aber hinzu: die BAB ist nicht darauf ausgelegt. Ebenso wenig auf Azubis, welche bereits in einer Familie/Lebensgemeinschaft leben oder auf eigenen Beinen abseits der Eltern stehen wollen.

C16 Lebenskompetenzen vermittelnde Schulbildung in den Bereichen „finanzielle und bürokratische Bildung“

Antragsteller*in: Jusos Weimar und Weimarer Land

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern, dass ein Teil der in der 9. und 10. Klasse
2 vorgesehenen Stunden im Fach „Wirtschaft und Recht“ sowie Projektwochen zur
3 Vermittlung von finanziellen und bürokratischen Kompetenzen eingesetzt werden.
4 Ergänzend sollen verstärkt offene Bildungsinhalte (OER) und geeigneter Content
5 z. B. aus dem öffentlich-rechtlichen FUNK-Netzwerk für das außerschulische
6 Lernen bekanntgemacht werden.

Begründung

Viele Jugendliche und junge Erwachsene kommen während Ihrer Schulzeit mit angewandten Fragestellungen wie „Wo eröffne ich am besten ein Konto?“, „Wie miete ich die erste eigene Wohnung oder das erste eigene Zimmer an? Worauf muss ich dabei achten?“ oder „Welche Hilfsleistungen (BAföG, Wohngeld etc.) stehen mir zu und wo kann ich diese Leistungen beantragen?“ nicht in Kontakt. Die gesamte notwendige Bildung hierzu ist nicht Bestandteil der aktuellen Lehrpläne. In diesen wird der Fokus auf ökonomische und zivilrechtliche Fragestellungen gelegt, die insbesondere für Schüler:innen bis einschließlich der 10. Klasse kaum zur praktischen Anwendung kommen dürften. Diese Wissenslücken müssen die Heranwachsenden als Hypothek in den Start Ihres selbstbestimmten Lebens mitnehmen und müssen selbst dafür Sorge tragen, dass sie diese Kenntnisse erlangen. Das aktuelle Bildungsdefizit dahingehend ist auch Ergebnis einer Studie der Schufa. Demnach wünschen sich 90% der Befragten mehr finanzielle Bildung in der Schule. Durch die fehlende Kompetenzvermittlung in der Schule entstehen für Heranwachsende aus verschiedenen sozialen Verhältnissen Chancenungleichheiten, z. B. bei den Kosten für Bildung. Des Weiteren ist die Kompetenzvermittlung in diesen Bereichen in sozial starken Elternhäusern oftmals ausgeprägter und inhaltlich vollständiger. Zudem sind Verluste, die durch falsches oder mangelndes Handeln in o. g. Bereichen (Beantragung von Sozialleistungen, Abschluss von schlechten Verbraucher:innenverträgen, etc.) für junge Erwachsene aus sozial starken Familien deutlich leichter zu verkraften als für Gleichaltrige aus sozial schwachen Familien.

Demnach muss es das Ziel einer guten Schulbildung sein, finanzielle und bürokratische Kompetenzen zu vermitteln, um Chancengleichheit zu gewährleisten und einen reibungsärmeren Einstieg in das selbstbestimmte Leben zu ermöglichen.

Wie oben beschrieben würde damit die Chancengleichheit in der Bildung gefördert und der Einstieg in das selbstbestimmte Leben erleichtert werden. Des Weiteren könnte als Nebeneffekt u. a. das Verhältnis von Bürger:innen zum Staat verbessert werden, indem die Funktionsweise des Staates besser verstanden und akzeptiert werden würde. Dies würde die Demokratisierung der Gesellschaft fördern und wäre ein Beitrag zur Abwehr demokratiefeindlichen Gedankengutes. Weiterhin würden auch soziale Leistungsangebote besser greifen, wenn potentiell Berechtigte über ihre Ansprüche bessere Kenntnisse hätten. Ferner würden Betrug oder überhöhte Preise bei Verbraucher:innen-Verträgen erschwert werden.

C17 Bildung für dieses Jahrhundert — Tablets an Schulen

Antragsteller*in: Jusos Gera und Jusos Greiz

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern für alle Schüler:innen, unabhängig der Schulform,
2 Tablets für den Schulunterricht ab der fünften Klasse. Diese Tablets sind bis
3 zur achten Klasse Eigentum des Freistaats Thüringen, welches nach Abschluss
4 dieser an die Schüler:innen übertragen wird. Da technische Geräte nach einigen
5 Jahren der Nutzung nicht mehr auf einem angemessenen Stand sind, ist es
6 sinnvoll, dass die Schüler:innen die Tablets am Ende ihrer schulischen Laufbahn
7 nicht mehr an die Schule zurückgeben müssen, sondern diese direkt
8 weiterverwenden können. Findet ein Schulwechsel in ein anderes Bundesland vor
9 Vollendung des achten Schuljahres statt, wird das Tablet wieder an die Schule
10 abgegeben.

11 Bei Anschaffung der Tablets durch das Bundesland soll die Auswahl anhand von
12 Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit, Langlebigkeit, fairer Produktion und
13 gerechten Lieferketten getroffen werden. Außerdem ist darauf zu achten, dass
14 sowohl die Tablets der Lehrkräfte, als auch andere digitale Endgeräte in der
15 Schule mit den beschaffenen Tablets kompatibel sind. Aus diesem Gesichtspunkt
16 können Erziehungsberechtigte nicht eigenständig Tablets erwerben, dies geschieht
17 im Klassenstufenverbund. Die Tablets sind beim Freistaat Thüringen versichert.
18 Die Finanzierung dieser soll einkommensabhängig von Erziehungsberechtigten
19 geschehen.

Begründung

Durch die zunehmende Digitalisierung ist es notwendig Kinder durch Tablets auf das spätere Berufsleben vorzubereiten. Zudem vereinfachen diese den Schulunterricht und beugen Krankheiten vor, welche durch das schwere Tragen und Heben von Schulrucksäcken entstehen können. Die Anschaffung eines solchen Tablets ist auf lange Sicht günstiger als jährlich Bücher, Schreib- und Malmaterialien zu kaufen, da diese Kosten meist selbst getragen werden.

Um den Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten, muss der Freistaat Thüringen bei dem Kauf der Tablets auf Nachhaltigkeit, Langlebigkeit und noch weitere festzulegende Umweltstandards achten. Zudem muss beim Kauf auf eine faire Produktion geachtet werden, damit keine Menschen für unseren Wohlstand ausgebeutet werden.

Auch Tablets können natürlich kaputt gehen, deshalb wird eine Versicherung mit dem Land Thüringen abgeschlossen um die anfallenden Kosten zu decken. Wird ein Tablet mutwillig oder grob fahrlässig zerstört, so tragen Erziehungsberechtigte die vollen Kosten.

C18 Wiedereinführung der Schulgeldfreiheit in Gesundheitsberufen

Antragsteller*in: Jusos Gera und Jusos Greiz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern die sofortige Wiedereinführung der Übernahme des
2 Schulgelds für Auszubildende in Gesundheitsberufen sowie die Übernahme der
3 gezahlten Beiträge seit Aussetzung der Schulgeldfreiheit.

Begründung

Die von der CDU erpresste Kürzungspolitik raubt den Auszubildenden jede Planungssicherheit. Die Landesregierung ist gezwungen, im Jahresverlauf 2022 330 Millionen Euro einzusparen. Laut Bildungsministerium müssen 74 Millionen Euro im eigenen Ministerium eingespart werden. Davon ist auch die Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe betroffen. Der Kurswechsel führt zu Verunsicherungen sowohl bei den Trägern als auch bei Schülerinnen und Schülern der Gesundheitsfachberufe. [1]

Gerade für solch wichtige Berufsausbildungen, ist es notwendig diese weiterhin so attraktiv wie möglich zu gestalten, die Kürzungen sind dabei ein Schritt in die falsche Richtung. Diese schrecken Ausbildungswillige vor einer Karriere im Gesundheitswesen ab. Angesichts des weiterhin akuten Pflegenotstandes trägt die Schulgeldfreiheit dazu bei, die Attraktivität der Ausbildung in gesundheitlichen und pflegerischen Berufen zu erhöhen.

[1] <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/schulgeld-auszubildende-gesundheit-beruf-kritik-100.html>

C19NEU Corona und wie weiter? Keine Rückkehr zum „Business as usual“!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Seit dem Ausbruch der Corona Pandemie 2020 ist dieses Sommersemester das Erste,
2 das ohne größere Einschränkungen stattfinden kann. Es ist erfreulich, dass das
3 studentische Leben wieder an die Hochschulen zurückkehrt und soziale Kontakte
4 und universitäre Veranstaltungen wieder in Präsenz stattfinden können.

5 Jedoch hat die Corona-Zeit neben den verheerenden Auswirkungen für die
6 Studierenden, die unter anderem in unserer Kampagne „Studieren am Limit“
7 adressiert wurden, auch gezeigt, dass in der Gestaltung eines Studienablaufs
8 plötzlich Dinge möglich sind, die vorher undenkbar schienen: Freiversuche,
9 Aussetzung der Regelstudienzeit, angepasste Prüfungsfristen, aufgezeichnete
10 Online-Vorlesungen und vieles mehr.

11 Für die meisten Thüringer Hochschulen heißt die Rückkehr zur Präsenzlehre, auch
12 die Rückkehr zum „Business as usual“. Dozierenden, die beispielsweise weiter
13 hybride Lehre oder Online-Kurse anbieten wollen, wird dies häufig nur in
14 Ausnahmefällen gestattet, obwohl sich dadurch auch viele Vorteile ergeben: unter
15 anderem die Möglichkeit, wichtige Inhalte aus Vorlesungen wiederholt anzusehen,
16 um diese besser zu verinnerlichen oder Lernstoff bei Krankheitsausfällen
17 einfacher nachholen zu können. Weiterhin bieten hybride Lehrangebote
18 insbesondere Studierenden mit Kindern die Möglichkeit, ihren Tagesablauf
19 flexibler zu gestalten.

20 Zudem hat die Pandemie auch gezeigt, dass ein Studium auch ohne den brutalen
21 Druck durch Modulfristen, begrenzte Anzahl von Versuchen bei Prüfungen oder
22 Regelstudienzeit möglich ist. Diese Errungenschaften müssen beibehalten werden!

23 Daher fordern wir:

- 24 • das weitere Anbieten von Teilen der Veranstaltungen im Hybrid- oder
25 Online-Format.

- 26 • die Wiedereinführung von Freiversuchen.
- 27 • die Abschaffung von Regelstudienzeit und Langzeitstudiengebühren.
- 28 • die flexiblere Gestaltung von Studienordnungen.
- 29 • und die flächendeckende Möglichkeit zur Prüfungsabmeldung bis 24 Stunden
30 vor Prüfungsbeginn.
- 31 • auf Veranstaltungen der Juso-Landes- und Bundesebene bei denen
32 Workshops/Seminare angeboten werden, sollen insbesondere männlich gelesene
33 Jusos aus Thüringen immer auch Workshops/Seminare zum Thema Feminismus
34 besuchen, sofern mehrere angeboten werden

Begründung

erfolgt mündlich

C20 Aus gegebenem Anlass: Finger weg von der Hochschul-Finanzierung!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Deutschland bleibt schon lange hinter den selbst- und in der EU geleisteten
2 Versprechungen zurück: Bereits 2008 ist auf dem Dresdner Bildungsgipfel von Bund
3 und Ländern das Ziel ausgerufen worden, bis 2015 mindestens 10 % des BIP für
4 Bildung (7 %) und Forschung (3 %) auszugeben. Stattdessen werden in Deutschland
5 nur 4,3 % des BIP für Bildung aufgebracht.

6 Die Situation an den Thüringer Hochschulen hat sich durch den neuen
7 Landeshaushalt zusätzlich dramatisch verschlechtert. Bei den
8 Haushaltsverhandlungen der Regierungsparteien Linke, SPD und Grüne mit der
9 fundamentaloppositionellen CDU wurde einerseits der gleiche Gesamtumfang wie
10 2021 festgelegt, während andererseits die CDU eigene Projekte durchgedrückt hat.

11 Dadurch sind alle bisherigen Finanzierungen des Landes zu einer Globalen
12 Minderausgabe (GMU) von 330 Mio. € gezwungen. Die Thüringer Hochschulen erhalten
13 in diesem Rahmen im Jahr 2022 27,5 Mio. € (ca. 5 %) weniger Landesmittel, als
14 sie bereits langfristig zugesichert bekommen haben. Auch 2023 sind sie mit
15 weiteren Globalen Minderausgaben belegt.

16 Alle Thüringer Hochschulen sind von diesen Ausfällen, abhängig von ihrer Größe
17 und ihrem bisherigen Budget, betroffen (FSU Jena: -10,4 Mio. €, DH Gera-Eisenach
18 -0,7 Mio. €). Vor allem zahlreiche eingeplante und zum Teil dringend benötigte
19 Sanierungs- und Bauvorhaben werden durch die Kürzungen an allen
20 Hochschulstandorten verschoben oder abgebrochen.

21 Besonders die Universität Erfurt ist durch massive finanzielle Defizite in ihrer
22 derzeitigen Form existenzbedroht. Die gekürzten Landeszuschüsse in Höhe von -2,8
23 Mio. € 2022 und -1,4 Mio. € 2023 treffen hier mit den explodierenden Baukosten
24 für einen Forschungsneubau zusammen. Ursprünglich war hierbei ein Eigenanteil
25 von 3 Mio. € kalkuliert. Da sich die Gesamtkosten jedoch von 11 Mio. € auf 20
26 Mio. € gesteigert haben und alle Mehrkosten durch die Universität allein
27 gestemmt werden müssen, hat sich der Eigenanteil auf 12 Mio. € vervierfacht.

28 Daher wurde ein massives Sparvorhaben aufgesetzt. Dieses beinhaltet einen

29 Einstellungsstopp für jegliche wissenschaftliche Mitarbeiter*innen (inkl.
30 Elternzeitvertretungen) und eine Aussetzung der Promotionsstipendien bis 2025
31 sowie Budgetkürzungen für die Bibliotheken, Forschungseinrichtungen und externe
32 Lehraufträge.

33 Der gesamte Thüringer Forschungsstandort, vor allem die Universität Erfurt, ist
34 durch die Kürzungen konkret bedroht. Auch die Lehre an den Hochschulen
35 verschlechtert sich nach den jetzigen Plänen bereits in ihrem Umfang und ihrer
36 Vielfalt. Es besteht akuter Handlungsbedarf, um Folgeschäden für die nächsten
37 Jahrzehnte zu vermeiden und Thüringen als attraktives Hochschulland zu sichern.

38 Darum fordern wir:

- 39 • eine lang- und kurzfristige Gewährleistung zur Ausfinanzierung der
40 Thüringer Hochschulen im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung 2030.

- 41 • einen Ad-hoc-Ausgleich der akuten Kürzungen an Forschung & Lehre in
42 Thüringen durch einen Nachtragshaushalt, vor allem zur Sicherung für
43 bedrohte Arbeits- und Promotionsstellen an den Thüringer Hochschulen.

- 44 • eine grundlegende Überwindung der bisherigen Sparpolitik an Hochschulen
45 und Bildungseinrichtungen. Hochschulen müssen eine sichere und angemessene
46 Ausstattung mit Personal, Räumlichkeiten und Material gewährleistet haben.

Begründung

erfolgt mündlich

D1NEU Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung - Antrag auf Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung

Antragsteller*in: Juso-Landeskonferenz

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir solidarisieren uns mit der „Kieler Erklärung zur Stärkung der politischen
2 Teilhabe von Gehörlosen“ des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom 29.-30.10.2021 und
3 schließen uns den folgenden darin enthaltenen Forderungen an:

4 • die politische Teilhabe von Gehörlosen auf Augenhöhe mit allen anderen
5 Bürger:innen,

6 • die Änderung des § 78 Absatz 1 und 5 SGB IX wie folgt:

7
8 *(1) Zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltages*
9 *einschließlich der Tagesstrukturierung werden Leistungen für Assistenz erbracht.*
10 *Sie umfassen insbesondere Leistungen für die allgemeinen Erledigungen des*
11 *Alltags wie die Haushaltsführung, die Gestaltung sozialer Beziehungen, die*
12 *persönliche Lebensplanung, die Teilhabe am gemeinschaftlichen, politischen und*
13 *kulturellen Leben, die Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher und*
14 *ehrenamtlicher Aktivitäten sowie die Sicherstellung der Wirksamkeit der*
15 *ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen. Sie beinhalten die*
16 *Verständigung mit der Umwelt in diesen Bereichen.*

17 *(5) Leistungsberechtigten Personen, die ein Ehrenamt ausüben, sind angemessene*
18 *Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung zu erstatten, soweit die*
19 *Unterstützung nicht zumutbar unentgeltlich erbracht werden kann. Die notwendige*
20 *Unterstützung soll hierbei vorrangig im Rahmen familiärer, freundschaftlicher,*
21 *nachbarschaftlicher oder ähnlich persönlicher Beziehungen erbracht werden.*
22 *Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen sind die für die Ausübung eines*
23 *Ehrenaltes erforderlichen Kommunikationshilfen, insbesondere*
24 *Gebärdensprachdolmetscher:innen oder andere Formen/Angebote professioneller*
25 *Kommunikationsunterstützung als Leistung zu gewähren.*

26 • die Streichung der Formulierung „aus besonderem Anlass“ in § 82 SGB IX bei den
27 „Leistungen zur Förderung der Verständigung“ und

28 • die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensabhängigkeit von Leistungen zur

29 Sozialen Teilhabe (Wegfall der Einkommens- und Vermögensgrenzen)

Begründung

Menschen mit Behinderung in Deutschland sind im kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich immer noch benachteiligt, dabei sind nach dem Grundgesetz alle Menschen gleichberechtigt. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe in diesen Bereichen und zwar im gleichen Maße wie Menschen ohne Behinderung. Mit der Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) hat sich der Deutsche Bundestag zur Garantie dieser Teilhabe per Gesetz verpflichtet. Menschen mit Hörbehinderung (Gehörlos, Taube und Schwerhörige) haben ein Recht auf Hilfsmittel für Kommunikationsmöglichkeiten wie Übersetzungen durch Gebärdensprachdolmetscher. Der Bund soll daher im Bundesteilhabegesetz ändern, dass Menschen mit Hörbehinderung die Kosten für ihre politischen und ehrenamtlichen Aktivitäten erforderlichen Kommunikationshilfen als Assistenzleistung nach § 78 SGB IX erstattet bekommen.

D2NEU Mehr Demokratie-Werte an Schulen

Antragsteller*in: Jusos Jena
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Zeit
2 des Nationalsozialismus gestärkt wird. Dazu soll zum einen der Lehrplan des
3 Geschichtsunterrichts so angepasst werden, dass ausreichend Zeit ist um über die
4 Anfänge, die Verbrechen und die Folgen des Nationalsozialismus zu lernen und
5 sich kritisch damit auseinanderzusetzen. Daran anknüpfend sollen die
6 Schüler:innen zum anderen verpflichtend an einer Exkursion zu einer KZ-
7 Gedenkstätte teilnehmen, um sich anhand realer Orte die Ausmaße der
8 Grausamkeiten zu vergegenwärtigen und an die Lehren aus dieser Zeit zu erinnern.

9 Weiter fordern die Jusos Thüringen, dass der Sozialkundeunterricht gestärkt
10 wird, sodass dieser in allen Schulformen schon ab der siebten Klasse beginnt und
11 verpflichtend mit mindestens zwei Wochenstunden unterrichtet wird. In diesem
12 Fächerkontext sollen außerdem Projekte, wie zum Beispiel „Schule mit Courage“,
13 eingebunden werden, die den Schüler:innen eine Auseinandersetzung mit
14 Zivilcourage näher bringt und Handlungsweise gegen Mobbing, Rassismus, Sexismus
15 u.v.m. lehrt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

E1 Putin die Grenzen aufzeigen!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Putins Krieg, Putins Verantwortung

2 Europa ist im Krieg. Europa ist im Krieg um die Demokratie und die Freiheit. Mit
3 dem russischen Überfall auf die Ukraine hat Putin die halbwegs friedliche
4 Koexistenz demokratischer Staaten und dem autokratischen Russland vollends
5 beendet. Die neo-imperiale und neo-autokratische Motivation des Kremls, einen
6 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu planen und letztlich durchzuführen, sind
7 durch nichts zu rechtfertigen. Mit dem Einmarschbefehl hat Putin die Schuld für
8 den Tod mehrerer zehntausender Menschen und für unermessliches Leid durch
9 Flucht, Vertreibung und Kriegsverbrechen auf sich und sein Regime geladen. Das
10 ist unverzeihlich und darf niemals ungesühnt bleiben. Die persönlich
11 Verantwortlichen müssen in einem gerechten und freien Verfahren unter Achtung
12 des Völkerrechts vor internationalen Gerichten für ihre Verbrechen zur
13 Rechenschaft gezogen werden.

14 Wir stellen fest:

- 15 • Die russische Führung ist für das Leid in der Ukraine verantwortlich.
- 16 • Der russische Überfall auf die Ukraine ist ein Verstoß gegen das
17 Völkerrecht und gegen die Menschlichkeit.
- 18 • Die russischen Streitkräfte begehen Kriegsverbrechen.

19 Wir fordern:

- 20 • die persönlich Verantwortlichen für diesen Krieg müssen in fairen und
21 gerichtlichen Verfahren, unter Achtung geltender völkerrechtlicher
22 Verträge zur Rechenschaft gezogen werden.

- 23
- die Aufarbeitung der bisherigen östlichen Nachbarschaftspolitik
- 24 Deutschlands und insbesondere der SPD. Schwerwiegende Fehleinschätzungen
- 25 hinsichtlich des russischen Regimes mit Blick auf seine Aggressivität
- 26 müssen mit großer Selbstkritik reflektiert werden.

27 **Die Angst des Kremls vor der Demokratie**

28 Der russische Krieg gegen die Ukraine, der seit 2014 jedes Jahr Menschen das

29 Leben kostet und die Ukraine daran hindert, sich wirtschaftlich und

30 gesellschaftlich zu entfalten, ist der finale Ausdruck der Schwäche des

31 autokratischen Systems in Moskau. Spätestens seit 2007 versucht Putin mit einer

32 aggressiven völkerrechtswidrigen Außenpolitik in seiner Nachbarschaft und

33 darüber hinaus ein korruptes, autokratisches, oligarchisches System zu sichern.

34 Das politische System Russlands unter Putin lebt einzig und allein davon, dass

35 wenige feudalherrschaftlich anmutende Oligarch:innen mit Vetternwirtschaft und

36 Korruption den russischen Boden und die russische Bevölkerung ausbeuten, um sich

37 zu bereichern. Wer sein Land dermaßen ausbeutet, hat zu Recht Angst davor, dass

38 sich die Ausgebeuteten im In- und Ausland dagegen wehren. Aus purer Angst sich

39 nicht weiter durch die Ausbeutung Russlands ins Unermessliche bereichern zu

40 können, werden Menschen, die sich dieser Ungerechtigkeit entgegenstellen von den

41 Schergen der Kleptokrat:innen, ermordet, verhaftet oder anderweitig unterdrückt.

42 Die heimtückischen Mordanschläge auf Oppositionelle sind nur ein grausames

43 Beispiel unter vielen für die Methoden des Kremls. Die russische Führung ist,

44 wie der Einsatz von Nowitschok (Nervengift) nach innen und die rücksichtslose

45 Kriegsführung in der Ukraine nach außen zeigen, bereit, alles zu tun, um ihre

46 Macht und ihr Ausbeutungssystem zu sichern.

47 Wir stellen fest:

- 48
- Russland unter Putin ist eine Gefahr für die internationale Sicherheit und
- 49 den Frieden in der Welt. Das Regime ist erklärte Feindin all unserer
- 50 Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.
- 51
- Die russische Führung hat Angst davor Geld und Macht zu verlieren, wenn
- 52 die Bevölkerung grundlegende politische Freiheiten und bürgerliche Rechte
- 53 erhält.
- 54
- Jede Form von Demokratiebewegung in Russland oder in seiner direkten
- 55 Nachbarschaft stellt eine Bedrohung für das kleptokratische politische
- 56 System dar. Demokratisierungsbewegungen in der russischen Nachbarschaft
- 57 haben gezeigt, dass kremltreue Regime von Ihrer Bevölkerung vertrieben
- 58 werden, wenn sie die Freiheit bekommen über ihre Herrscher:innen in freien

59 Wahlen entscheiden zu dürfen.

- 60 • Je mehr ehemalige (Nachbar-)Staaten sich von einem korrupten System mit
61 Ablaufdatum abwenden, umso geringer werden die Renditen für die
62 kleptokratische Elite und sie sieht sich genötigt, wie Verbrecher:innen
63 Geld und Renditen von Nachbarstaaten zu erpressen oder sie sich mit Gewalt
64 zu holen.

65 **Unsere Antwort auf die neo-imperialen und neo-autokratischen Ausbeutungen**

66 Die Antwort auf die aggressiven und korrupten Ausbeutungsinteressen der
67 russischen Oligarchie muss auf dem entschiedenen Einstehen und Verteidigen
68 unserer Werte basieren. Russlands aggressive Führung ist einzig daran
69 interessiert, ihren obszönen Reichtum zu vermehren und wird deshalb niemals mit
70 ihrem Streben nach mehr Reichtum durch Ausbeutung aufhören. Um die Ausbreitung
71 des russischen Neo-Imperialismus und der darauffolgenden Unterdrückung
72 entgegenzutreten, müssen wir bedrohte Staaten vor Russland schützen. Dies
73 gelingt uns am besten, indem wir die Staaten bei ihrem Wandel zu stabilen und
74 resilienten Demokratien unterstützen. Je demokratischer und resilienter Staaten
75 sind, umso schwerer haben es Oligarch:innen mit korrupten Deals Einfluss zu
76 nehmen und ihr kleptokratisches System der Unterdrückung der Vielen und die
77 Privilegien der ganz Wenigen zu exportieren.

78 Wir fordern:

- 79 • den Beistand der internationalen Gemeinschaft für die Staaten, Regionen
80 bzw. deren Bevölkerung, die von russischen Aggressionen betroffen sind.
- 81 • die demokratische Stärkung von Staaten, die durch Russland bedroht werden.
82 Dies kann durch die Ausweitung von Integrationsbemühungen, etwa durch die
83 Ausweitung von Demokratieförderungsprogrammen der europäischen
84 Nachbarschaftspolitik gelingen.
- 85 • die prekäre sicherheitspolitische Lage von russischen Nachbarstaaten nicht
86 weiter zu ignorieren und Staaten, die in Gefahr sind, russische Gewalt
87 aufgezwungen zu bekommen, wehrfähig zu machen. Das beinhaltet militärische
88 Kooperationen in allen konventionellen Dimensionen der Kriegsführung,
89 außer der direkten Beteiligung von Bündnisstreitkräften an Kampfeinsätzen.

- 90 • die Freiheit für Staaten zu garantieren, ihre Bündnisse selbst zu wählen
91 zu können. Wir dürfen nicht mehr aus vermeintlicher Rücksicht auf
92 russische, sicherheitspolitische Beschwerden Bündnisbeitritte kategorisch
93 ausschließen. Gleichermaßen dürfen Bündnisbeitritte immer nur unter
94 Berücksichtigung der in den Bündnisverträgen festgelegten Verfahren
95 erfolgen, sodass eine Integrationskapazität und Bündnisstabilität
96 gewährleistet bleiben kann.

- 97 • die gezielte Verhinderung der Renditenmaximierung der russischen Elite,
98 indem wir ihr korruptes Handeln sanktionieren und ihre neo-imperiale
99 Ausbreitung durch gezielte schwerwiegende Sanktionen verhindern.
100 Effektivstes Mittel ist die Verhinderung von Geldströmen nach Russland in
101 die Taschen der Oligarch:innen.

- 102 • die gezielte und schnelle Abwendung von russischen Rohstoffimporten zur
103 Verhinderung der weiteren Querfinanzierung der russischen Kriegsführung.

- 104 • kurzfristige Erleichterungen für politisch und gesellschaftlich Verfolgte
105 aus Russland und Belarus, in Deutschland bzw. der EU Asyl zu beantragen.

106 **Europäische Perspektive für Russland**

107 Überdies bleibt festzuhalten, dass wir im Sinne unserer internationalistischen
108 Ausrichtung weiterhin das Ziel weltweiten Friedens und weltweiten Wohlstands
109 verfolgen. Russland in Gänze war und ist nicht "der Feind". Es sind die
110 russischen Eliten, das Militär, die Wirtschaft und Medien, die fast vollständig
111 durch regimetreue Personen geleitet werden, die große Teile der Bevölkerung für
112 ihre kleptokratischen Interessen missbrauchen. Bedenklich ist jedoch, wie viele
113 Menschen dem Kurs des russischen Regimes zu folgen scheinen. Trotz alledem wird
114 eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland und der russischen Zivilgesellschaft
115 immer unser Ziel bleiben. Ein demokratisches und friedliches Russland könnte
116 einen der weitreichendsten Beiträge zur Erreichung einer friedlicheren und
117 gewaltfreieren Welt liefern. Nichtsdestotrotz können und werden die Gräueltaten
118 des Kremls nicht ungesühnt bleiben. Russland darf erst wieder auf
119 gewinnbringende Kooperationen mit der EU, NATO oder Deutschland hoffen, wenn es
120 sich wieder zu den grundlegendsten Prinzipien des Völkerrechts und der
121 Menschlichkeit bekennt. Die Jus post bellum darf unter gar keinen Umständen mit
122 Gewalt diktiert werden. Eine Nachkriegsordnung in der geteilten Nachbarschaft
123 der EU und Russlands darf einzig und allein auf Basis bindender Friedensverträge
124 organisiert werden. Verhandlungen über eine Nachkriegsordnung in Europa kann es
125 allerdings nur geben, wenn Russland bereit ist, Konflikte ohne Zwangsandrohungen

126 in Verhandlungen zu lösen. Erst wenn Russland den Pfad der Gewalt verlässt, kann
127 es und soll es eine Annäherung geben. Diesbezüglich sehen wir Russland nach
128 seinem Überfall auf die Ukraine und als Verursacher von Gewalt und Leid in der
129 Bringschuld.

130 Wir fordern:

- 131 • den Rückzug aller russischen Truppen, die völkerrechtswidrig im
132 postsowjetischen Raum stationiert sind. Insbesondere fordern wir einen
133 sofortigen Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine, Georgien und der
134 Republik Moldau.

- 135 • die Rückgabe aller durch Russland völkerrechtswidrig annektierten Gebiete.

- 136 • ein Bekenntnis der russischen Führung zu Frieden, Freiheit und Demokratie
137 als friedenssichernde Grundlage für den Frieden in Europa.

- 138 • die Beteiligung Russlands und der russischen Eliten am Wiederaufbau von
139 Regionen, die durch russische Angriffe zerstört worden sind.

Begründung

erfolgt mündlich.

F1 Schwangerschaftsabbrüche zugänglicher und sicherer gestalten

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Jeder Mensch hat das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper.
2 Entsprechend müssen Schwangere die Wahlfreiheit darüber haben, ob sie die
3 Schwangerschaft fortführen oder beenden wollen.

4 Neben dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch braucht es aber auch Ärztinnen und
5 Ärzte, die einen Abbruch in der Praxis umsetzen können.

6 In Thüringen sind das allerdings nur 13 Praxen, davon 6 Kliniken, vornehmlich in
7 Nord- und Mittelthüringen. Damit kann nicht jede Person diesen medizinischen
8 Eingriff ohne große zeitliche, geographische, wie finanzielle Hürden in Anspruch
9 nehmen.

10 Aus dieser Situation leiten die Jusos Thüringen zwei Forderungen ab:

11 1. Schwangerschaftsabbrüche in staatlichen Kliniken, insbesondere Unikliniken

12 Es müssen in jedem staatlichen Klinikum Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt
13 werden können. Als Eingriff der medizinischen Grundversorgung muss dieser
14 Eingriff auch hier angeboten werden.

15 2. Ausbildung

16 Damit Schwangerschaftsabbrüche in mehr medizinischen Einrichtungen durchgeführt
17 werden kann, müssen mehr Ärztinnen und Ärzte in der Lage sein diesen Eingriff
18 durchzuführen. Deswegen ist es von besonderer Wichtigkeit, dass alle
19 Medizinstudentinnen und -studenten das theoretische Grundwissen des Eingriffs
20 erlernen.

21 Außerdem sollen in der Facharztausbildung zur Gynäkologin oder zum Gynäkologen
22 eine praktische Schulung erfolgen, sodass alle Fachärzte und Fachärztinnen
23 theoretisch wie praktisch in der Lage sind einen Schwangerschaftsabbruch
24 vorzunehmen.

25 Des Weiteren fordern die Jusos Thüringen, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt
26 wird, um die Forschung und Zulassung nach einem Mittel zum Abbruch der
27 Schwangerschaft durch Medikamentenverabreichung voranzutreiben. Die bisherigen
28 Mittel, wie zum Beispiel Cytotec, waren ursprünglich nicht zum gezielten
29 Schwangerschaftsabbruch bestimmt und wurden nur ohne Zulassung, von wenigen
30 Ärztinnen und Ärzten, im sogenannten „off label use“ verwendet.

31 Da medikamentöse Abbrüche allerdings mit weniger Komplikationen und in der
32 Durchführung diskreter verlaufen als operative Abbrüche, sollte die Forschung
33 hier nach Möglichkeiten suchen, die die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der
34 Frau im Hinblick auf die Beendigung einer Schwangerschaft für die Betroffenen
35 leichter zugänglich macht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

F2 Feministisches Schutzkonzept

Antragsteller*in: Jusos Jena
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern die verpflichtende Vorlage eines Schutzkonzeptes
2 gegen sexuelle Belästigung und sexuelle Übergriffe für die Genehmigung von
3 öffentlichen Veranstaltungen.

4 Ein Schutzkonzept soll für alle mit öffentlichen Geldern geförderten
5 Veranstaltungen zwingend sein.

6 Das Schutzkonzept soll aus mindestens zwei Aspekten bestehen:

7 1. Räumliche Anforderungen

8 Das Schutzkonzept soll einen Raumplan enthalten, in dem Örtlichkeiten
9 gekennzeichnet werden, die prädestiniert für Übergriffe und Belästigungen sind,
10 da diese dort vermeintlich „im Verborgenen“ geschehen. An diesen Orten müssen
11 entsprechend verhindernde Maßnahme organisiert und umgesetzt werden.

12 Des Weiteren müssen die Veranstaltenden eine Räumlichkeit auswählen, die als
13 Rückzugsort im Falle eines Übergriffs oder einer Belästigung genutzt werden
14 kann. Dieser Raum muss von der Veranstaltung abgegrenzt oder zumindest
15 abgrenzbar sein.

16 2. Schulungen im Umgang mit Fällen von sexueller Belästigung oder Übergriffen

17 Das Schutzkonzept soll darüber hinaus eine verpflichtende Schulung für alle
18 Mitarbeitende des Servicepersonals und den Veranstaltenden im Umgang mit
19 sexueller Belästigung und Übergriffen enthalten.

20 Dort sollen die Teilnehmenden darin geschult werden, wie sie übergriffiges und
21 belästigendes Verhalten frühzeitig erkennen und derartige Situationen sensibel
22 auflösen.

23 Außerdem soll ein Handlungskonzept erstellt und erprobt werden, in dem das
24 Verfahren mit einem Vorfall von sexueller Belästigung oder eines sexuellen
25 Übergriffs durchgeplant wird, sodass das Opfer auf sensible und rücksichtsvolle
26 Art geschützt und betreut werden kann und der Täter oder die Täterin konsequent
27 sanktioniert wird.

28 Zusätzlich sollen die Teilnehmenden darin geschult werden die Symptome von K.O.
29 Tropfen zu erkennen und die notwendige medizinische Erstversorgung erlernen.

30 Eine entsprechende Hinweispflicht für öffentliche Werbung bei Erfüllung der
31 Auflagen des Schutzkonzepts soll in Anlehnung an die Kennzeichnungen der
32 Notinsel, soll geprüft werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

F3NEU2 Die SPD Thüringen ist kein Männerverein!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir Jusos Thüringen sagen der toxischen Männlichkeit in der SPD Thüringen den
2 Kampf an und werden den männlich dominanten Verhaltensmustern und Strukturen
3 noch entschlossener gegenüberreten. Wir setzen uns noch stärker dafür ein, eine
4 bessere Vernetzung aller FINTA*-Personen in unserem Landesverband zu ermöglichen
5 und den Männern ihre Toxizität zu spiegeln und diese zu unterbinden.

6 Deshalb ist es notwendig, dass auf allen künftigen Landesparteitagen der SPD
7 Thüringen ein FINTA*-Plenum und zugleich ein Männer-Plenum abgehalten wird. Kann
8 dieses Ziel nicht im SPD-Landesvorstand erwirkt werden, stellen wir als Jusos
9 Thüringen solch einen Antrag auf dem nächsten Landesparteitag.

10 Darüber hinaus unterstützen wir das neu ins Leben gerufene Awareness-Team der
11 SPD Thüringen bei seiner Arbeit. Wir stärken gemeinsam FINTA*-
12 Vernetzungsstrukturen, leisten Aufklärungsarbeit durch Workshops und Seminare
13 und werden niemals müde, männlich dominantes Verhalten aufzuzeigen und zu
14 bekämpfen. Wir entwickeln zusammen Konzepte, wie dies auch in den einzelnen SPD-
15 Kreisverbänden gelingen kann und etablieren ein Beschwerdemanagement, über das
16 toxisch männliches Verhalten nicht nur gemeldet, sondern auch sanktioniert wird.

Begründung

erfolgt mündlich

F4 FINTA* Plenum

Antragsteller*in: Jusos Jena
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen beschließt, dass
- 2 1. in der Vorbereitung und Planung einer LaKo mindestens 90 Minuten für eine
3 Finta* Plenum vorgesehen werden müssen
- 4 2. das planende Gremium soll sich dafür einsetzen, dass die vorgesehen Zeit
5 dafür genutzt wird.

Begründung

Erfolgt mündlich.

F5 Grundsätzlich queer-feministisch!

Antragsteller*in: Jusos Weimar und Weimarer Land

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Immer wieder kommt es in unserem Verband zu Diskussionen über queer-
2 feministische Grundsatzpositionen, Selbstbezeichnungen, Umgangsformen und deren
3 Umsetzung.

4 Aus diesem Grund setzen wir uns als Jusos Thüringen für eine grundsätzliche und
5 weitreichende Auseinandersetzung mit dem Thema Queer-Feminismus ein und werden
6 folgende Punkte umsetzen:

- 7 • Bis zur Landeskonferenz 2023 werden die Jusos Thüringen weitere
8 zielgerichtetere und grundlegendere Bildungs- und Seminarangebote zum
9 Thema Queer-Feminismus in all seinen Facetten anbieten.
- 10 • Zusätzlich führen wir Jusos Thüringen eine Quote ein, die besagt, dass
11 alle männlich gelesenen Teilnehmenden der Jusos Thüringen an allen
12 Veranstaltungen der Jusos und der SPD mindestens einen feministischen
13 Workshop belegen müssen.
- 14 • Die Jusos Thüringen verpflichten sich alle Anträge, Papiere und
15 Stellungnahmen etc. aus queer-feministischer Perspektive zu untersuchen,
16 diese einzuarbeiten und nach außen zu kommunizieren.

Begründung

erfolgt mündlich

F6 Unisextoiletten — Für mehr Gerechtigkeit auf dem stillen Örtchen.

Antragsteller*in: Jusos Gera und Jusos Greiz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir fordern, in der Thüringer Bauordnung festzuschreiben, dass in künftigen
2 Neubauten und Renovierungen, mit öffentlich zugänglichen Toiletten, der Großteil
3 dieser Unisex sein müssen. Sanitärräume für mehrere Personen sind so zu
4 entwerfen, dass Unisextoiletten, mit Wickeltischen in diesen, prozentual am
5 meisten vorhanden sind. Weiterhin sollen separate Sanitäreinrichtungen für
6 Frauen* und Männer* in diesen Gebäuden aufzufinden sein. Werden
7 Einzelsanitärräume gebaut, sollen diese grundsätzlich für alle Geschlechter
8 zugänglich sein. Bereits bestehende Einzelräume müssen zukünftig als Unisex
9 ausgewiesen werden.

10 Darüber hinaus fordern wir, dass Veranstalter:innen (z.B. von Festivals oder
11 Stadtfesten) bei dem Einsatz von mobilen Toiletten ("Dixi-Toiletten") dazu
12 verpflichtet werden, dass der Großteil der bereitgestellten Örtlichkeiten Unisex
13 ist.

14 Des Weiteren müssen Menstruationsartikel mindestens auf Unisextoiletten
15 kostenfrei zugänglich oder im Nutzungspreis der Sanitäreinrichtung inbegriffen
16 sein.

G1 Psychische Gesundheit von Schüler:innen mehr in den Fokus stellen

Antragsteller*in: Jusos Jena
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die psychische Gesundheit von Heranwachsenden muss intensiver in den Fokus der
2 Gesellschaft gestellt werden. Das Präventionsradar der DAK-Gesundheit zeigt,
3 dass 43% aller Schüler:innen, also fast jede:r zweite, unter hohem Stress
4 leidet. Datenerhebungen des statistischen Bundesamtes zeigen, dass sich die Zahl
5 der von Depressionen betroffenen Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren von
6 2000 bis 2017 verzehnfacht hat, und auch die Corona-Pandemie und die damit
7 einhergehend Zäsur ihres Lebens hat junge Menschen in ihrer mentalen Gesundheit
8 betroffen.

9 Um das Bewusstsein der Kinder und Jugendlichen für psychische Erkrankungen zu
10 fördern und sie für Symptome zu sensibilisieren, fordern die Jusos Thüringen,
11 dass an Schulen verpflichtende Programme eingeführt werden, die über die
12 Krankheitsbilder und ihre Anzeichen aufklären, sowie den Umgang und die
13 Prävention schulen, damit frühzeitig ein Bewusstsein geschaffen und
14 Hilfestellung geleistet werden kann. Orientiert werden kann sich dabei an
15 Programmen wie zum Beispiel „Verrückt? Na und!“.

16 Des Weiteren fordern wir, dass die Schulsozialarbeit gestärkt wird, damit die
17 Schüler:innen darin einen niedrigschwelligen Anlaufpunkt finden können, an den
18 sie sich wenden können, wenn sie Hilfe oder Unterstützung brauchen.

19 Dafür muss es gelingen, dass die Angestellten der Schulsozialarbeit fest in den
20 Schulalltag und schulische Freizeitangebote eingegliedert werden, damit der
21 Kontakt zur Schulsozialarbeit nicht erst dann hergestellt wird, wenn die Kinder
22 und Jugendlichen ein Problem haben, was die Kontaktaufnahme aus Angst oder Scham
23 meistens erschwert.

24 Damit dieses Angebot besser wahrgenommen werden kann, ist es wichtig, dass das
25 vom Land ausreichend Stellen geschaffen werden, sodass Sozialarbeiter:innen als
26 langfristige Konstante von Schüler:innen in ihrem Schulleben wahrgenommen werden
27 können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

G2 Geburtsbedingungen für Haus- und Klinikgeburten verbessern

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

2 Wir sprechen uns für verbesserte Geburtsbedingungen im klinischen Setting und
3 bessere Wahlmöglichkeiten zwischen Geburtssettings, sowie für finanziell
4 erleichterte Arbeitsbedingungen freiberuflicher Hebammen aus.

5 Schwangere in Deutschland entscheiden sich in der Regel für eine Klinikgeburt,
6 eine Geburt im Geburtshaus oder eine Hausgeburt. Dabei haben Klinikgeburten den
7 Vorteil, im Fall einer Komplikation oder bei dem Wunsch nach Schmerzmitteln
8 direkt intervenieren zu können. Geburtshäuser und Hausgeburten zeichnen sich
9 üblicherweise durch eine 1-zu-1-Betreuung durch eine Hebamme aus sowie die
10 Garantie auf eine Wassergeburt nach Wunsch. Auch müssen hier weniger Ortswechsel
11 unter der Geburt stattfinden als bei Klinikgeburten, was sich stressmindernd auf
12 die Geburt auswirken kann. Intensive Betreuung, die Nutzung von Wasser und
13 weniger Stressoren unter der Geburt wirken sich positiv auf Geburtsverläufe aus,
14 sodass es in der Folge zu weniger starken Geburtsverletzungen und positiveren
15 Erinnerungen an die Geburt kommen kann.

16 Geburtshaus- und Hausgeburten können jedoch nur bei einer komplikationslosen
17 Schwangerschaft stattfinden. Mehrlingsschwangerschaften, bestimmte
18 Vorerkrankungen oder plötzliche Veränderungen der Situation (z. B. wenn sich das
19 Kind nicht mehr rechtzeitig dreht) schließen die Möglichkeit einer Geburtshaus-
20 oder Hausgeburt aus.

21 Wir fordern, dass auch Schwangere, die durch gesundheitliche, geographische oder
22 sonstige Gründe nicht die Möglichkeit haben, im Geburtshaus oder zu Hause ihr
23 Kind zu gebären, oder die sich aus freien Stücken für eine Klinikgeburt
24 entscheiden möchten, auch in der Klinik die gesundheitsfördernden Bedingungen
25 von Geburtshaus oder Hausgeburt vorfinden:

- 26 • Eine Badewanne pro Kreissaal und darüberhinausgehende an Geburtshäuser
27 angeglichene Ausstattung in den Kreissälen

- 28
- Eine Hebamme pro Schwangere
- 29
- Genügend Zeit: Schwangere sollten die Möglichkeit haben, sich von den
- 30 Anfangswehen bis nach der Geburt im selben Kreissaal aufzuhalten. Auf
- 31 diese Weise entstehen keine zusätzlichen Stressoren durch Orts- und
- 32 Raumwechsel während der Geburt, was das Risiko auf Geburtsverletzungen
- 33 verringert.

34 Für Schwangere, die sich für eine Hausgeburt entscheiden sowie solche, die eine

35 Beleghebamme wünschen, werden mehr freiberufliche Hebammen gebraucht. Es

36 entscheiden sich jedoch aus finanziellen Gründen zu viele Hebammen dagegen,

37 freiberuflich zu arbeiten oder freiberuflich Geburten durchzuführen: Die

38 Haftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen kostet knapp 10000 Euro im

39 Jahr bei im Vergleich zu den Versicherungskosten nicht angemessenen Gehalt. Wir

40 sprechen uns daher für die Übernahme eines Großteils der

41 Haftpflichtversicherungskosten freiberuflicher Hebammen durch den Staat aus.

42 Voraussetzung für die Kostenübernahme könnten ggf. Nachweise regelmäßiger

43 Fortbildungen sein, sodass eine qualitativ hochwertige Arbeit gewährleistet ist.

Begründung

Erfolgt mündlich.

G3 Prüfung eines Capita-Systems in der Gesundheitsversorgung

Antragsteller*in: Jusos Jena

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Jena fordern, dass geprüft werden soll, ob das derzeitige
2 Fallpauschalen-System zur Bezahlung von Beschäftigten in der Krankenversorgung
3 durch ein Per-Capita System ersetzt werden kann. In diesem per-Capita System
4 würde den staatlichen Krankenhäusern ein bestimmtes Gebiet zugewiesen werden,
5 dessen Bevölkerungszahl das Budget für die Einrichtung bestimmen soll.

Begründung

Erfolgt mündlich.

G4NEU Anerkennung Nachweis ukrainischer Impfnachweise/ Impfpässe

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern die Anerkennung von ukrainisch sprachigen
2 Impfnachweisen gegen Masern in Gemeinschaftseinrichtungen, wenn diese die im
3 Sinne des Masernschutzgesetzes erforderlichen Impfungen belegen und als weiteren
4 Schritt die vereinfachte und kostenlose Übertragung in einen deutschen
5 Impfausweis für die langfristige Vereinfachung.

Begründung

Im Rahmen des Masernschutzgesetz (§20 IfSG) ist festgelegt, dass Personen, die eine Gemeinschaftseinrichtung nach §33 IfSG, also bspw. eine Kita oder Schule besuchen, einen Immunitätsnachweis gegen das Masernvirus vorlegen müssen. Festlegungen zur Sprache des Nachweises sind im Infektionsschutzgesetz nicht getroffen worden. Wir haben im Unstrut-Hainich-Kreis jedoch die Erfahrung gemacht, dass mehrere Schulen die ukrainisch sprachigen Impfnachweise nicht anerkannt haben. Nach einer Masern-Epidemie in der Ukraine in den frühen 2010ern fand in den letzten Jahren eine sehr erfolgreiche Impfkampagne in der Ukraine statt, sodass mittlerweile sehr hohe Impfquoten vorliegen; das Vorliegen eines Impfschutzes war zudem auch in der Ukraine Voraussetzung für den Schulbesuch. Eine Übertragung des ukrainischen Impfnachweises in einen deutschen Impfausweis ist bspw. In Gesundheitsämtern möglich und neben einem erheblichen organisatorischen Aufwand und der damit verbundenen Zeitverzögerung beim Eintritt in die Gemeinschaftseinrichtung mit Kosten von 5-10€ pro Nachweis verbunden. Die Gesundheitsämter, die Impfnachweise übertragen können, sind derweil aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie sowie angesichts der Pandemie liegendegebliebener weiterer Pflichtaufgaben erheblich belastet. Wir fordern die Anerkennung der ukrainisch sprachigen Impfnachweise durch die Gemeinschaftseinrichtungen, um einen schnellen und unkomplizierten Eintritt der betroffenen Kinder in Gemeinschaftseinrichtungen zu ermöglichen, die Familien finanziell zu entlasten und gleichzeitig auch im öffentlichen Gesundheitsweisen eine Entlastung zu ermöglichen.

G5NEU2 Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Problemstellung:

2 Um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum steht es schlecht. Besonders im
3 nicht urbanen Raum fehlen Fachärzt:innen und Psychotherapeut:innen
4 gleichermaßen. Das Ungleichgewicht zwischen der Verteilung dieser in Städten und
5 auf dem Land stellt eine massive Ungerechtigkeit dar, die letztlich tödlich
6 enden kann. Die Schwelle, ärztliches oder psychotherapeutisches Fachpersonal
7 aufzusuchen, steigt mit sinkender Mobilität und steigendem Alter und wirkt sich
8 negativ auf die Gesundheit und die Lebensdauer aus.

9 Nicht nur das Stadt-Land-Gefälle sorgt für eine Unterversorgung der Bevölkerung,
10 vor allem auch Unterschiede zwischen Ost und West markieren eine deutliche
11 schwächere Gesundheitsversorgung in den neuen Bundesländern. Laut
12 Kassenärztlicher Bundesvereinigung befindet sich der gesamte Osten Deutschlands
13 in einem Defizit bezüglich der ärztlichen und psychotherapeutischen
14 Versorgungslage.

Die Jusos Thüringen fordern:

- 16 1. Kommunen (ins. Gemeinden) sollten in Dörfern für einen möglichen
17 Praxisinhaber, der über eine Niederlassung im ländlichen Raum nachdenkt,
18 grundsätzlich per Gesetz zentrale Praxisräume (z.B. im Gemeindehaus usw.)
19 zur Verfügung für medizinische Zwecke haben müssen.

- 20 2. Eine kommunal organisierte Mitfahrgelegenheit (z.B. durch
21 örtliche/regionale Taxiunternehmen oder Unternehmen des ÖPNV) muss für
22 Gemeinden, in der keine niedergelassene Arzt:in tätig ist, eingerichtet
23 werden. Ebenfalls muss, über die genannten Punkte wie Taxiunternehmen etc.
24 kommunal ein Fahrdienst zum nächsten Allgemeinkrankenhaus sowie zu
25 fachärztlicher Betreuung eingerichtet werden.

G6 Endlich genug Geld für Thüringer Krankenhäuser

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir fordern das Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen
2 und Familie und weitere an der Krankenhausplanung und Aufstellung des
3 Investitionsprogramms entsprechend Thüringer Krankenhausgesetz (ThürKHG)
4 beteiligte Akteure auf, Krankenhäuser im Landeskrankenhausplan des Freistaats
5 Thüringen kostendeckend und zukunftsfähig zu finanzieren und wenn nötig
6 entsprechend gesetzliche Grundlagen anzupassen. Wir fordern die SPD-
7 Landtagsfraktion zum Einsatz für eine kostendeckende Krankenhausfinanzierung
8 auf.

9 Hierzu müssen Fördersätze erhöht, Projekte durch die Einzelförderung leichter
10 genehmigt und Antragsprozesse vereinfacht werden. Häufig werden bei der Vergabe
11 von Investitionsfördermitteln andere Investitionsquellen seitens der
12 Krankenhausträger, auch Fremdkapital, einkalkuliert. Dies führt zu einer
13 geringeren Teilförderung; der Rest muss durch den Krankenhausträger finanziert
14 werden. Aus diesem Grund muss bei Einzelförderungen vollständige Kostendeckung
15 vom Land zur Verfügung gestellt werden.

16 Grundlage der Krankenhausfinanzierung ist das Krankenhausfinanzierungsgesetz
17 (KHG).

18 Ziel und Zweck des Gesetzes ist die "wirtschaftliche Sicherung der
19 Krankenhäuser, um eine qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte
20 Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen digital ausgestatteten,
21 qualitativ hochwertigen und eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern
22 zu gewährleisten" (§ 1 Abs. 1 KHG). Die Bundesländer kommen jedoch den
23 Verpflichtungen zur Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionskosten schon
24 jahrzehntelang nicht im erforderlichen Umfang nach. Laut der Deutschen
25 Krankenhausgesellschaft (DKG) erhöhten sich die bereinigten Kosten der
26 Krankenhäuser seit 1991 bis 2020 auf das 2,69-fache, der reale Wert der
27 Investitionsfinanzierung sank aber um 45 %, in Thüringen sogar um 71 %.

28 Aus diesem Grund muss die Investitionsfinanzierung mindestens auf das Doppelte
29 oder sogar das Dreifache der derzeitigen Förderung angehoben werden, damit der

30 über Jahre aufgebaute Investitionsstau aufgeholt und das oben genannte Ziel im
31 Ansatz erfüllt werden kann. Ebenso unerlässlich ist eine gute
32 Gesundheitsplanung. Sie muss bedarfsgerecht erfolgen. Wenn Krankenhäuser
33 bedarfsnotwendig sind, gehören sie in den Landeskrankenhausplan. Kein
34 Krankenhaus darf aus betriebswirtschaftlichen Gründen geschlossen werden; ebenso
35 wenig darf eine Reduktion der Bettenzahl erfolgen.

36 In Thüringen müssen die Kommunen einen Beitrag zur Krankenhausfinanzierung
37 leisten.

38 Die Kommunen sollten zudem ein Mitbestimmungsrecht bei der Krankenhausplanung
39 für Kommunen und Kreise besitzen. Im Bereich der Bedarfsplanung müssen Stimmen
40 auf kommunaler Ebene ein Mitspracherecht haben. Hierfür sollten
41 Planungsausschüsse implementiert werden, denen neben GKV und Krankenhausträger
42 auch Personalvertreter:innen sowie Vertreter:innen von Patient:innen und
43 niedergelassenen Ärzt:innen angehören sollen. Der Krankenhausplanung soll eine
44 kreisübergreifende Planung des Versorgungsbedarfs vorausgehen.

45 Die unzureichende Finanzierung der Investitionskosten führen zu Verlusten, die
46 öffentliche Träger dazu bringen, Krankenhäuser zu privatisieren. Dieser Umstand
47 darf nicht akzeptiert werden. Wir Jusos fordern, diesen Trend umzukehren und
48 eine Rekommunalisierung von Kliniken einzuleiten. Wenn Krankenhäuser nicht durch
49 ein marodes Finanzierungssystem in finanzielle Not gerieten, würde privater
50 Träger weniger Einzug in den Krankenhaus-"Markt" haben. Forderungen nach einer
51 monistische Finanzierung durch die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) und eine
52 Kalkulation der Investitionskosten über "Invest-DRGs" erteilen wir eine klare
53 Absage.

54 Uns ist bewusst, dass kleinere Kliniken bestimmte Eingriffe nicht mit der
55 gleichen Qualität erfüllen können wie größere, stärker spezialisierte Häuser.
56 Eine gute Evaluation der Versorgungsqualität ist wichtig. Bedenklich sind jedoch
57 mögliche Konsequenzen einer geringeren Qualität wie die teilweise oder komplette
58 Herausnahme eines Krankenhauses aus dem Landeskrankenhausplan oder die Kürzung
59 von Investitionsfördermitteln. Solche Praktiken lehnen wir ab, da man ohne Geld
60 keine gute Versorgung sichern kann und bloße Qualitätskriterien nicht über den
61 Versorgungsbedarf entscheiden.

62 Wir fordern darüber hinaus, politische Werkzeuge, die auf Minderausgaben und
63 Austerität ausgerichtet sind, kritisch in Frage zu stellen und mehr
64 Möglichkeiten für gute Krankenhausfinanzierung zu entwickeln und auf den Weg zu
65 bringen. Die mangelnde Bereitschaft zur Investitionsförderung besteht durchaus
66 auch an anderer Stelle. Äquivalent zur Krankenhausfinanzierung bedarf es unter
67 anderen auch einer kostendeckenden Finanzierung von Pflegeeinrichtungen seitens
68 der Länder, damit Pflegebedürftige sich nicht durch einen hohen Eigenanteil,
69 weil ansonsten überhaupt keine Versorgung gewährleistet werden könnte,

70 verschulden müssen.

71 Die Tatsache des "Kaputt-Sparens" der Krankenhäuser ist den Menschen in
72 Thüringen und Deutschland bestens bekannt. Für ein nach vorne gerichtetes
73 Gesundheitswesen auf der Basis von guter Medizin ist eine kostendeckende
74 Finanzierung unabdingbar. Durch eine wirklich kostendeckende
75 Krankenhausfinanzierung entsprechend des Grundsatzes der dualen Finanzierung
76 kann Thüringen als Vorbild für andere Bundesländer fungieren, demographisch
77 vordenken und ein Zentrum hochwertiger, flächendeckender medizinischer
78 Versorgung sein bzw. werden. Einen wichtigen Schritt dahin wollen wir mit diesem
79 Antrag ansprechen.

Begründung

(erfolgt mündlich)

GO Geschäftsordnung (Vorschlag)

Antragsteller*in: Landesvorstand
Tagesordnungspunkt: 2 Beschluss der Tages- und
Geschäftsordnung

Antragstext

- 1 1. Stimmberechtigt sind die von den Kreisverbänden gewählten Delegierten.
- 2 2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gemeldeten
3 Delegierten anwesend ist.
- 4 3. Die Konferenz wählt sich ein fünfköpfiges Tagungspräsidium, welches die
5 Veranstaltung leitet. Das Präsidium beurkundet die Beschlüsse der
6 Konferenz und führt das Protokoll.
- 7 4. Die Konferenz wählt eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission.
- 8 5. Rederecht haben die Delegierten, vom Landesvorstand eingeladene Gäste
9 sowie alle anwesenden Jusos.
- 10 6. Die Beratungen sind öffentlich, sofern die Stimmberechtigten nichts
11 Gegenteiliges beschließen. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit
12 werden in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
- 13 7. Die Redezeit darf 3 Minuten nicht überschreiten.
- 14 8. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt
15 der Antrag als abgelehnt.
- 16 9. Wortmeldungen sind schriftlich beim Präsidium einzureichen. Das Präsidium
17 erteilt das Wort in der Reihenfolge der eingegangenen Meldungen im Wechsel
18 einer FINTA*-Person und einem Mann oder umgekehrt. Liegen nur noch
19 Wortmeldungen von Männern vor, dann wird nach drei Redebeiträgen über eine
20 Öffnung der Redeliste für drei weitere Redebeiträge durch alle weiblichen
21 Delegierten abgestimmt.

- 22 10. Die Delegierten haben das Recht, Geschäftsordnungs-, Initiativ- und
23 Änderungsanträge zu stellen. Über Geschäftsordnungsanträge ist unmittelbar
24 nach dem laufenden Redebeitrag unter Anhörung jeweils einer Für- und
25 Gegenrede abzustimmen. Bei Beantragung der sofortigen Beendigung der
26 Aussprache wird vor der Abstimmung die Redner:innenliste verlesen.
- 27 11. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 10
28 Delegierten aus 3 Kreisverbänden unterstützt werden und wenn der Anlass
29 für den Antrag nach Ablauf der Antragsfrist eingetreten ist. Die MPZK
30 überprüft die Unterstützungen der Initiativanträge.
- 31 12. Antragsschluss für Änderungs- und Initiativanträge ist zwei Stunden nach
32 Beginn der Konferenz und wird durch das Präsidium bekannt gegeben. Anträge
33 werden auch behandelt, wenn sie sich auf die vorgelegten Änderungsanträge
34 beziehen.
- 35 13. Über die Reihenfolge der Antragsberatung entscheidet das Präsidium. Das
36 Präsidium kann der Konferenz zusammengefasste Abstimmungsvorlagen
37 vorschlagen.
- 38 14. Das Präsidium nimmt die Personalvorschläge entgegen und gibt unmittelbar
39 vor den Wahlgängen das Ablaufen der Bewerbungsfrist bekannt.
- 40 15. Jede FINAT*-Delegierte kann die sofortige Abhaltung eines FINTA*-Plenums
41 beantragen. Dieser Antrag ist durch eine Mehrheit der anwesenden FINTA*-
42 Delegierten zu beschließen und bedarf keiner öffentlichen Begründung. Bei
43 Zustimmung wird die Konferenz unterbrochen. Gleichzeitig zum FINTA*-Plenum
44 findet ein Männerplenum statt, welches sich kritisch mit dem eigenen
45 Verhalten gegenüber FINTA*-Personen auseinandersetzt.

1NEU Zeitenwende für deutsche Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – aber in die richtige Richtung

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern von der Bundesregierung eine Neuausrichtung der
2 deutschen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

3 Neue europäische Bündnisstrukturen bilden:

4 Das Ziel der deutschen Sozialdemokratie muss ein Zusammenwachsen der
5 Europäischen Union und aller anderen europäischen Staaten sein. Europa braucht
6 heute mehr denn je eine geeinte Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Die
7 Gründung eines eigenständigen Verteidigungsbündnisses in Europa, in welchem alle
8 EU-Staaten, sowie weitere europäische Staaten Mitglieder werden können,
9 unabhängig von der NATO, sowie die Bildung einer gemeinsamen europäischen Armee
10 muss ein vordergründiges Ziel der Bundesrepublik Deutschland sein. Hierzu
11 bedingt es die Gründung eines eigenständigen EU-Ministerrates für
12 Verteidigungsfragen, sowie die Gründung eines Verteidigungsausschusses im
13 Europäischen Parlament, da eine europäische Armee zwingend eine Parlamentsarmee
14 sein muss. Zudem muss ein gemeinsames europäisches Wehrrecht geschaffen werden.

15 Durch neue Bündnisse können auch neue Möglichkeiten entstehen. Einzelne
16 Mitgliedstaaten können sich auf bestimmte Fachbereiche konzentrieren. So sollte
17 es insgesamt das Ziel sein, dass das Budget für Militärausgaben in Europa sinkt.
18 Mehr Waffen schaffen keinen Frieden!

19 Bis dieses mittel- bis langfristige Ziel erfüllt ist, muss die deutsche
20 Bundeswehr dringend reformiert werden.

21 Aus Einsätzen, wie Afghanistan und Mali lernen:

22 Künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen auf ein Minimum reduziert
23 werden. Langjährige Auslandseinsätze wie Afghanistan oder Mali, welche in
24 Hinblick auf ihre ursprünglichen Ziele absolute Misserfolge waren, müssen der
25 Vergangenheit angehören.

26 Umfangreiche Einsätze, welche der Sicherung und Stabilisierung einer Region oder
27 eines Landes gelten, benötigen künftig einer strengeren und umfangreicheren
28 Planung, welche unter anderem Zieloptionen und eine maximale Dauer, welche nach
29 dessen Ablauf nicht wieder verlängert werden kann, beinhalten. Bereits im
30 Vorhinein des Einsatzes muss klar feststehen, welche konkreten Ziele erreicht
31 werden sollen. Alle zwei Jahre nach Einsatzbeginn soll eine umfassende
32 Evaluierung der aktuellen Situation, sowie zum Stand der vorgenommenen
33 Einsatzziele durch eine Expert:innenkommission durchgeführt werden, welche aus
34 Parlamentsmitgliedern und fachkundigen Personen aus der Zivilgesellschaft (z.B.
35 NGOs für Außenpolitik oder Entwicklungshilfe) besteht.

36 Alle aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen einer Überprüfung
37 unterzogen werden. Sie müssen hinsichtlich ihrer Ziele und der eingesetzten
38 Mittel noch dieses Jahr neu evaluiert werden.

39 Einsätze der Bundeswehr sind zudem nur dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen,
40 wenn ein bestätigtes UN-Mandat für den Einsatz vorliegt.

41 Kleinere Ausbildungsmissionen oder Unterstützungen von UN-Missionen durch
42 Beobachter*innen, wie die Missionen MINURSO in der Westsahara, UNMISS im
43 Südsudan UNIFIL im Libanon oder KFOR im Kosovo sind weiterhin zu unterstützen.
44 Aktuelle Missionen der Europäischen Union sind ebenfalls zu überprüfen. Ziel
45 muss hier eine Verlagerung der Abstimmung und Überprüfung (halbjährliche
46 Abstimmung) von EU-Missionen vom EU-Rat zum Europäischen Parlament sein.

47 Hauptaugenmerk der deutschen Bundeswehr soll und muss künftig der Landes- und
48 Bündnisverteidigung gehören.

49 Reformierung und Grundlagen der Bundeswehr:

50 Die Jusos Thüringen lehnen die Anschaffung bewaffneter Drohnen entschieden ab
51 und verurteilen die Anschaffung von 140 Raketensätzen zur Bewaffnung von Drohnen
52 des israelischen Modells Heron TP durch die aktuelle Bundesregierung.

53 Die Jusos Thüringen lehnen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht strikt ab. Wir
54 stehen für die Möglichkeit der freien Entscheidung Jugendlicher und junger
55 Erwachsener nach dem Schulabschluss. Die Bundeswehr muss eine Berufsarmee
56 bleiben!

57 Die Beschaffung in der Bundeswehr durch das Bundesamt für Ausrüstung,
58 Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) muss grundlegend
59 erneuert werden. Hierzu dienen folgende Punkte als Grundlagen:

- 60 • die Beschaffung von Rüstungsgütern durch das BAAINBw (Koblenz) sollte

61 zukünftig dezentraler gestaltet werden und so auch durch einzelne
62 Standorte dezentrale Bestellungen ermöglichen. So können diese Standorte
63 ortsabhängige Beschaffungsprobleme schneller lösen.

64 • der Schwellenwert, bis zu dem ohne Ausschreibungen innerhalb der Kasernen
65 frei eingekauft werden kann, wurde bereits in diesem Jahr von 1000 auf
66 5000€ angehoben. Über eine weitere adäquate Anhebung dieses Werts kann
67 entschieden werden.

68 • Das sogenannte Handgeld von aktuell 25000€ jährlich, mit dem Kommandeure
69 einfache Ausrüstung oder Ersatzteile anschaffen dürfen, soll angehoben
70 werden.

71 • Hersteller von Rüstungsgütern erhalten künftig feste Raten pro
72 Nutzungsstunde, sind aber für Ersatzteilmanagement und Wartungskapazitäten
73 selbst verantwortlich. So kann die Bundeswehr selbst entlastet werden.
74 Wenn die Geräte nicht einsatzbereit sind, fließt kein Geld.

75 • Der Schwerpunkt der militärischen Grundausrichtung muss künftig schon in
76 der Beschaffung auf die Landes- und Bündnisverteidigung, statt auf
77 (offensivere) Auslandseinsatzrüstung, ausgerichtet werden.

78 • Personenausrüstung muss Priorität vor der Beschaffung von Panzern,
79 Flugzeugen oder Schiffen haben.

80 • Enorme Ausgaben für militärische Berater*innen (Erstes Halbjahr 2019 155
81 Mio. €), wie unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen müssen der
82 Vergangenheit angehören!

83 • Keine Spezialanfertigungen mehr! Die Beschaffung muss künftig stärker auf
84 standardisierte Rüstungsgüter zur Steigerung der Effizienz und
85 Geschwindigkeit der Lieferungen umgestellt werden.

86 Finanzierung der Bundeswehr:

87 Wir erkennen an, dass eine wehrhafte Bundeswehr mit einer sachgemäßen Ausrüstung

88 notwendig ist. Gleichzeitig kritisieren wir das Sondervermögen von 100
89 Milliarden in seiner am 01.06.2022 im Bundestag beschlossenen Form. Notwendige
90 Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes sollten nicht über Instrumente erfolgen,
91 die dauerhaft das Haushaltsrecht des Parlaments untergraben. Die Jusos Thüringen
92 lehnen eine Erhöhung des Verteidigungsbudget auf 2% des Bruttoinlandsprodukt
93 (BIP) ab und unterstützen den Beschluss auf dem Juso-Bundeskongress 2021 zur
94 Abschaffung des NATO 2% Zieles.¹

95 Die Jusos Thüringen unterstützen ein einmaliges Sondervermögen für die
96 Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro, um grundlegende Versäumnisse der
97 vergangenen Jahrzehnte beseitigen zu können, lehnen jedoch eine Aufnahme in das
98 Grundgesetz ab. In der beschlossenen Form wurde ein kreditfinanzierter
99 Nebenhaushalt im Grundgesetz verankert, welcher nach Belieben von zukünftigen
100 Regierungen immer wieder neu aufgefüllt werden könnte. Wir kritisieren ebenso
101 den exklusiv auf die Bundeswehr beschlossenen Verwendungszweck und plädieren für
102 eine breitflächigere Umstrukturierung für jegliche sicherheitspolitischen
103 Felder. Es darf nicht ausschließlich für Waffenprojekte der Bundeswehr genutzt
104 werden.

105 Vielmehr soll es zur besseren Ausrüstung von Grundmaterialien der Bundeswehr,
106 für Infrastrukturmaßnahmen, für Zivilschutzmaßnahmen, zur Verbesserung der IT-
107 Sicherheit von deutschen Behörden und somit zum Schutz vor Cyberangriffen, für
108 eine Aufstockung von Entwicklungshilfe und somit der Unterstützung von
109 Auslandseinsätzen oder zur Weiterentwicklung außenpolitischer Konzepte wie
110 feministischer Außenpolitik, genutzt werden.

111 Vorrangige Ziele der Jusos Thüringen sind die Absenkung von Militärausgaben und
112 die Verringerung von zukünftigen militärischen Auslandseinsätzen. Wir möchten
113 für eine friedlichere Welt eintreten und fordern deshalb eine deutliche Erhöhung
114 des Etat des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
115 Entwicklung (BMZ). Eine bessere Unterstützung vor Ort kann Konflikte auf
116 friedliche Weise lösen bzw. am Entstehen hindern und für bessere Lebensqualität
117 sorgen. Nach Berichten aus dem März 2022² sollen im laufenden Jahr sogar 1,57
118 Milliarden Euro weniger zur Verfügung stehen. Das Budget sinkt so von 12,4 auf
119 10,8 Milliarden Euro. Durch Mittel aus dem 100 Milliarden Sondervermögen sollten
120 pro Jahr mindestens 3 Milliarden Euro für das BMZ aufgewendet werden.

121 Deutschlands sicherheitspolitischer Einsatz für eine friedlichere Welt:

122 Ein mittelfristiges Ziel Deutschlands muss eine atomwaffenfreie Welt sein.
123 Hierzu unterzeichnete die Bundesrepublik bereits 1969 den sogenannten
124 Atomwaffensperrvertrag (*Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons –*
125 *NPT*), welcher das Verbot der Verbreitung und die Verpflichtung zur Abrüstung von
126 Kernwaffen zum Gegenstand hat.

127 In Artikel I bis III verzichten die Unterzeichnerstaaten, die nicht im Besitz
128 von Kernwaffen sind, auf den Erwerb von Atomwaffen. Unter Artikel VI
129 verpflichten sich die Atommächte zur vollständigen Abrüstung. Diesem Ziel kommen
130 diese Länder jedoch kaum nach, stattdessen werden Atomwaffenarsenale ständig
131 modernisiert .

132 Da dieser aktuelle Vertrag seit Jahrzehnten nur zu unzureichenden Ergebnissen
133 führt, bedingt es einen neuen Vertrag. Ziel der aktuellen und künftiger
134 Bundesregierungen muss ein absolutes Atomwaffenverbot sein.

135 Deshalb fordern wir die Unterzeichnung des sogenannten Atomwaffenverbotsvertrags
136 (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW*) als fünfter europäischer
137 Staat und als erstes NATO-Mitglied, um ein starkes Zeichen zu setzen. Der
138 Atomwaffenverbotsvertrag ist eine internationale Vereinbarung, welche die
139 Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und
140 Einsatz von Kernwaffen verbietet, sowie die Drohung mit diesen. Dieser Vertrag
141 ist ein erster Schritt in Richtung einer atomwaffenfreien Welt, soll jedoch auch
142 nur eine Vorstufe einer Nuklearwaffenkonvention sein, welche klare gesetzliche
143 und technische Maßnahmen enthält, um eine vollständige Abrüstung zu erreichen.

144 ¹[https://jusos.de/wp-](https://jusos.de/wp-content/uploads/2021/10/Antragsbuch_JusoBundeskongress2021.pdf)
145 [content/uploads/2021/10/Antragsbuch_JusoBundeskongress2021.pdf](https://jusos.de/wp-content/uploads/2021/10/Antragsbuch_JusoBundeskongress2021.pdf) (Antrag F15)

146 ²<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-885528>

Begründung

Die Jusos stehen in einer langen anti-militaristischen und pazifistischen Tradition und stehen über viele Jahrzehnte teils ungerechtfertigten Auslandseinsätzen der Bundeswehr, sowie weiterer Kriegsverbrechen anderer Ländern, entschlossen entgegen.

In den vergangenen Jahren müssen jedoch auch wir einer stärker militarisierten Welt entgegenblicken. Internationaler Terrorismus, sowie Bürgerkriege in nahezu allen Teilen der Welt führten wiederum zu zahlreichen neuen, sowie andauernden Militäreinsätzen.

Erst im vergangenen Jahr mussten wir Zeug:innen des wohl verheerendsten Abzugs aus einem internationalen Auslandseinsatz werden. Der militärische Abzug aus Afghanistan erfolgte viele Jahre zu spät und dann in einer solch desaströsen Art und Weise, dass dort heute ein fundamentalistisches Regime der Taliban herrscht, welches demokratische und gesellschaftliche Fortschritte innerhalb weniger Wochen und Monate zerstörte.

Auch Deutschland hat Schuld an diesem Ausgang eines Auslandseinsatzes, welcher ursprünglich nie hätte stattfinden dürfen. Nun ließen wir zahlreiche Unterstützer:innen und Ortskräfte zurück und überließen sie

ihrem Schicksal.

In diesem Jahr mussten und müssen wir noch immer einem abscheulichen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hier in Europa entgegenblicken. Dieser von zahlreichen Kriegsverbrechen geprägte Angriff auf ein demokratisches Land führte in ganz Europa, in Deutschland und auch bei uns in der SPD und bei den Jusos mindestens zu einem Überlegen, wenn nicht zu einem Umdenken in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Laut Bundeskanzler Olaf Scholz bedeutete dieser Angriff auf die Ukraine eine Zeitenwende. Und ja das stimmt, doch wir Jusos müssen nun die Zeichen dafür setzen, dass diese Zeitenwende in die richtige Richtung steuert und nicht zu einer Aufwärtsspirale von Militarisierung und Aufrüstung führt!

Klar ist, dass die oberste Maxime der Sozialdemokratie und uns Jungsozialisten in der Außenpolitik die Diplomatie sein muss. Klar ist jedoch auch, dass wir einen Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine nicht tolerieren dürfen. Wir müssen ihn auf das Schärfste verurteilen! Wir müssen weiterhin unser Bestes tun, um der Ukraine beizustehen und sie zu unterstützen. Dies gilt deutlich auch für Waffenlieferungen.

Wir Jusos stehen heute an einem Punkt, an welchem wir uns Gedanken über unser zukünftiges Verhältnis mit Auslandseinsätzen, der Bundeswehr und Waffenlieferungen machen müssen. Die Gefahr eines dritten Weltkriegs war seit dem Ende des Kalten Krieges nie so hoch wie heute. Dieser Antrag soll ein erster Aufschlag für uns Jusos Thüringen sein und soll zu ersten Diskussionen und Auseinandersetzungen mit der Thematik führen. Dementsprechend soll dieser Antrag auch keine Gesamtlösungen bieten, sondern vielmehr erste Zeichen für eine zukunfts- und friedensorientierte Sicherheitspolitik setzen.

Bundeswehrreformen können nur Übergangslösung sein

Klar ist, dass die hier vorgeschlagenen Reformen für die Deutsche Bundeswehr nur Übergangslösungen sein können. Ein großes Ziel für uns Jungsozialisten ist ein Zusammenwachsen der Europäischen Union, welche über die Zeit auch mehr Kompetenzen der einzelnen Mitgliedsstaaten übernehmen kann. Hierzu gehört auch die Gründung einer gemeinsamen europäischen Armee, welche unabhängig zur NATO ist.

In Krisen- und Kriegsfällen kann eine gemeinsame EU-Armee einheitlicher und schneller agieren. Ziel einer solchen EU-Armee kann eine Spezialisierung einzelner Mitgliedstaaten auf bestimmte Sachgebiete innerhalb der Struktur sein. So können die einzelnen Länder strukturell und finanziell entlastet werden.

Oberste Priorität einer EU-Armee muss sein, dass das Europäische Parlament ähnlich zum Deutschen Bundestag die Beschlusskraft für Einsätze hat.

Strukturell müssen innerhalb der aktuellen EU hierfür ein Ministerrat für Verteidigungsfragen, sowie ein Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament gegründet werden. Da wir Jusos für eine Stärkung des Europäischen Parlaments und somit für eine Demokratisierung der Europäischen Union und gegen aktuell zu starke Einflüsse durch die einzelnen Mitgliedstaaten stehen, ist ein Ministerrat für Verteidigungsfragen aktuell notwendig, für uns jedoch nur als Übergangslösung tauglich.

Langfristiges Ziel innerhalb einer Reformation der Europäischen Union muss dann eine Ausrichtung des Ressorts Verteidigung nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland sein. An der Spitze des Ressorts steht die/der Kommissar:in für Außen- und Sicherheitspolitik. Inhaltliche Fragen und Vorbereitungen werden ausschließlich im Rahmen des Parlaments getroffen - nicht in undemokratischen Institutionen. Hierfür dient dann ein zu gründender Verteidigungsausschuss, wobei Entscheidungen zu Einsätzen der EU-Armee im Europäischen Parlament abgestimmt und verabschiedet werden. Verlängerungen von Mandaten sollen ebenfalls nach deutschem Vorbild halbjährlich neu abgestimmt werden.

Aktuelle Mandate der Bundeswehr

Zum Verständnis der obigen Forderungen zu Auslandseinsätzen, sollen hier kurz und bündig die aktuellen Mandate der Bundeswehr, sowie möglicher Kritikpunkte dargestellt werden.

Kosovo-Force (KFOR)

Bei diesem Mandat handelt es sich um eine NATO-Mission mit einer Absicherung durch die UN-Resolution 1244. Ziel der Mission ist eine Sicherung der Region Kosovo seit 1999. Seit 2009 werden kontinuierlich die Truppenstärken, sowie Stützpunkte reduziert, wodurch die Deutsche Beteiligung von ehemals 6000 Soldat:innen auf aktuell 80 geschrumpft ist. Über die Jahrzehnte konnte eine Besserung der sicherheitspolitischen Lage festgestellt werden. Ein weiterführendes Auslaufenlassen des Mandats ist die aktuell beste Option.

Counter Daesh (Jordanien) /Capacity Building Iraq

Die Einsätze in Jordanien und dem Irak, welche der Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staats dienen, werden zwar von über 60 Ländern getragen, verfügen jedoch über keinerlei UN-Mandat. Der deutsche Anteil an dieser Mission ist relativ gering und beinhaltet vor allem die See- und Luftraumüberwachung, sowie die Unterstützung der Luftbetankung. Das Kontingent Deutschlands ist auf maximal 500 Soldat:innen begrenzt. Eine Beendigung des deutschen Einsatzes ist nach Ablauf des aktuellen, durch den Bundestag verabschiedeten Mandat, ab dem 31.10.2022 von den Jusos Thüringen zu unterstützen.

Operation Sea Guardian

Die Operation Sea Guardian der NATO soll zur Sicherheit im Mittelmeer und zur Stärkung der Südflanke der Allianz beitragen. Gleichzeitig steht bei dieser Mission die frühzeitige Erkennung krisenhafter Entwicklungen im Mittelmeerraum und maritimer Terrorismus im Vordergrund. Die Bundeswehr beteiligt sich temporär mit Schiffen und Booten an dieser Operation. Erst im März 2022 wurde das Mandat durch den Bundestag um ein Jahr verlängert. Hierbei wurden einige gravierende Schwachstellen geschlossen. Bisher waren auch Einsätze in Küstengebieten von Nicht-NATO-Staaten möglich. Außerdem wurde die Obergrenze von Soldat:innen von 650 auf 550 gesenkt. Dieses Mandat sollte weiter evaluiert werden und den wahren Gegebenheiten angepasst werden.

Europäische Trainingsmission in Mali

Die EUTM Mali ist eine multinationale Ausbildungsmission der Europäischen Union. Ziel war es, die malischen Streitkräften mit der geleisteten militärischen Grundlagenausbildung und Beratung dazu zu befähigen, gegen islamistische Milizen in der Region vorzugehen. Heute ist die Aufgabe der Mission, die Streitkräfte anderer afrikanischer Staaten (aktuell Niger), zu befähigen. Mandatiert ist die Mission durch den Europäischen Rat bis 2024, durch den Bundestag bis Mai 2022. Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine kam diese Mission in Mali nahezu zum Stillstand, da die malische Regierung eine Zusammenarbeit mit der russischen Söldnergruppe Wagner nicht ausschließen konnte. Da sich diese Mission in absoluter Schwebelage befindet, ist eine neue Evaluierung und eine Anpassung des Mandats dringend erforderlich. Eine Beendigung des Einsatzes ist in Betracht zu ziehen.

UN-Mission MINUSMA

Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen dient der Sicherung des Friedens. Die Kernaufgaben sind, die Waffenruhevereinbarungen und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie die Umsetzung des Abkommens für Frieden und Aussöhnung aus dem Jahr 2015 zu unterstützen. Durch zahlreiche Zwischenfälle und hohe Verluste von UN-Soldat:innen und Unterstützer:innen entwickelt sich die Mission MINUSMA aktuell zu einem Afghanistan 2.0. Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik beschreibt den Einsatz der Bundeswehr in Mali mit Stand Februar 2021 als wirkungslos. Grund sei der Stiftung zufolge, dass die Stabilisierung als Ziel meist eine untergeordnete Rolle spielt und in der deutschen Politik nicht über ein wirkungsvolles Engagement in Mali nachgedacht werde. Die Jusos Thüringen sollte den Vorschlag der Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD) von Anfang 2022 unterstützen, die Einsätze der Bundeswehr in Mali auf ein mögliches Ende hin zu überprüfen.

United Nations Interim Force in Lebanon (UNFIL)

UNFIL ist eine Beobachtermission der Vereinten Nationen im Libanon. Die UNIFIL-Mission wurde 1978 ins Leben gerufen und ist eine der ältesten aktiven UN-Beobachtermissionen. Nach dem Zweiten Libanonkrieg im Jahr 2006 wurde das Mandat ergänzt. Seitdem unterstützt UNIFIL die libanesische Regierung dabei, die Seegrenzen zu sichern und den Waffenschmuggel über See zu verhindern. Aktuell stellt Deutschland ca. 150 Soldat:innen. Der Einsatz ist bis Juni 2022 mandatiert. Deutschland sollte sich hier für eine Erarbeitung einer Exit-Strategie einsetzen.

United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS)

UNMISS ist ein Einsatz der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung im Südsudan. Seit 2011 beteiligt sich die Bundeswehr an der VN-Mission und unterstützt damit den Friedensprozess im Südsudan. Die Personalobergrenze für den Einsatz der Bundeswehr bei der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan liegt bei 50 deutschen Soldat:innen. Das aktuelle Mandat läuft bis März 2023.

European Union Naval Force Mediterranean (EUNAVFOR Irini)

Die Bundeswehr beteiligt sich seit dem 7. Mai 2020 an der Mission EUNAVFOR Irini im zentralen Mittelmeer. Gemäß aktuellem Beschluss des Deutschen Bundestages können bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. In diesem Einsatz durch die EU wird das UN-Waffenembargo gegen Libyen im Mittelmeer

überwacht. Das aktuelle Mandat läuft bis März 2023.

United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara (MINURSA)

Die Mission der Vereinten Nationen zur Vorbereitung eines Referendums über den Status der Westsahara (MINURSO) überwacht den Waffenstillstand zwischen Marokko und der Frente Polisario – einer militärischen und politischen Organisation in der Westsahara. Die Bundeswehr beteiligt sich an der Mission seit 2013 mit bis zu vier Militärbeobachter:innen. Da die Beobachter:innen unbewaffnet sind, muss keine Mandatierung des Bundestages erfolgen.

Neun weitere Einsätze ohne Mandat

Weiterhin existieren 9 weitere Einsätze der Bundeswehr auf dem Gebiet von NATO-Mitgliedsstaaten. Unter anderem in Litauen, der Slowakei, Rumänien, sowie Marine- und Luftwaffeinsätze im Baltikum, der Ägäis, im Nordatlantik und im Mittelmeer.

Grundlagen der Bundeswehr

Die Ablehnung der Anschaffung von bewaffneten Drohnen war bisher und sollte auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Jusos sein. Deutschland sollte sich nicht am bereits begonnenen Wettrüsten mit bewaffneten Drohnen beteiligen. Der Kampfeinsatz mit bewaffneten Drohnen aus der Entfernung führt zu einem Krieg, welcher zunehmend emotionsloser und autonomer wird. Eine Senkung von Opfern unter Zivilist:innen ist gegenüber der konventionellen Kriegsführung nicht erkennbar. Im Gegenteil können sich Zivilist:innen vor den meist geräuscharmen bzw. -losen Drohnen nicht in Sicherheit bringen. Das Versagen der Technik, falsche oder fehlerhafte Daten, das Auftreten unerwarteter Ereignisse oder die Inkaufnahme von zivilen Opfern aus politischen oder militärischen Gründen, sind nur vier Anlässe für zivile Opfer durch bewaffnete Drohnen. Bewaffnete Drohnen können zwar die eigenen Soldaten schützen, aber können ebenso zu einer höheren Bereitschaft führen in Kriege einzugreifen.

Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht oder auch einer sogenannten Dienstpflicht entspricht nicht den Grundsätzen der Jusos. Obwohl wir Angebote des Freiwilligen Sozialen Jahr oder ähnlicher Angebote stark unterstützen, stehen wir für die Freiwilligkeit jeglicher Angebote. Seit dem Krieg in der Ukraine wurde vermehrt eine Steigerung des Interesses von jungen Menschen an der Grundausbildung in der Bundeswehr vermeldet. Diese Freiwilligkeit sollte auch in Zukunft Priorität haben, zudem eine Diskussion über die Wehrpflicht viel schwerwiegendere Probleme hinwegtäuscht. Die Personalstärke der Bundeswehr ist zumindest keines dieser Probleme.

Beschaffung

Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) hat zur Zeit circa 6800 Dienstposten, davon 1700 militärische, sowie 4600 Dienstposten im nachgeordneten Bereich. Im Amt sind 2200 Dienstposten unbesetzt, davon 280 militärische. 180 externe Unternehmensberater arbeiten im BAAINBw. Bis Ende 2022 werden altersbedingt ca. 1000 Mitarbeiter das Bundesamt verlassen.

Alleine diese Zahlen zeigen ein riesiges Versäumnis vergangener Verteidigungsminister:innen, welche alle daran gescheitert sind dieses aufgeblähte Beschaffungssamt zu reformieren. Weder ist die Beschaffung der Bundeswehr personell zukunftsfähig aufgestellt, noch gibt es Grundlagen, welche eine dezentrale und einfachere Versorgung ermöglicht.

Die im Antrag beschriebenen Punkte können hierfür erste Ansätze bilden, um zukünftig jahrelange Verzögerungen, Fehlplanungen und enorme Kostensteigerungen zu verhindern.

Atomwaffenverbotsvertrag

Der im Antrag beschriebene Vertrag wurde 2017 unter der UN-Resolution 71/258 verabschiedet. Stand Oktober 2021 sind 86 Länder Vertragspartner, wovon 56 Länder den Vertrag auch ratifiziert haben.

Die Unterzeichnung Deutschlands würde neben einem starken internationalen Zeichen unter anderem auch den Abzug von Atomwaffen aus Deutschland bedeuten.

Alle weiteren Vertragsbestandteile sind unter folgendem Originaldokument der UN (in deutscher Sprache) einsehbar: <https://www.un.org/Depts/german/conf/a-conf-229-17-8.pdf>

Infoquellen zu aktuellen Einsätzen:

Kosovo

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-im-kosovo>

<https://de.wikipedia.org/wiki/KFOR>

Jordanien/Irak

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-in-jordanien-und-im-irak>

https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswehreinsatz_in_Syrien

Sea Guardian

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mittelmeer-unifil-irini-sea-guardian/sea-guardian-nato-operation>

EUTM MAli

https://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Multidimensional_Integrated_Stabili--zation_Mission_in_Mali

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mali-einsaetze/eutm-bundeswehr-eu-einsatz-mali>

MINUSMA Mali

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mali-einsaetze/minusma-bundeswehr-un-einsatz-mali>

https://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Multidimensional_Integrated_Stabili--zation_Mission_in_Mali

UNFIL Libanon

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mittelmeer-unifil-irini-sea-guardian/die-bundeswehr-im-libanon>

https://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Interim_Force_in_Lebanon

UNMISS Südsudan

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-im-suedsudan>

https://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Mission_in_the_Republic_of_South_Su--dan

EUNAVFOR Iriini Libyen

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mittelmeer-unifil-irini-sea-guardian/zentrales-mittelmeer-eunavfor-med-irini>

https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Irini

MINURSO Westsahara

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-in-marokko>

https://de.wikipedia.org/wiki/Mission_des_Nations_Unies_pour_l%E2%80%99organisat--ion_d%E2%80%99un_r%C3%A9f%C3%A9rendum_au_Sahara_occidental

Alle Einsätze im Überblick

<https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr>

K1 Für eine vielfältige Breiten- und Soziokultur!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Sinkende Infektionszahlen sorgen dafür, dass viele Veranstaltungen wie Konzerte,
2 Seminare und Partys wieder vermehrt und in bekannter Form stattfinden können.
3 Doch gerade im Bereich der Breiten- und Soziokultur sehen wir weiterhin
4 verhaltene Anmelde- und Verkaufszahlen. Zum Beispiel sorgen geschlossene, dunkle
5 Räume mit engen Sitzmöglichkeiten und geringen Lüftungsmöglichkeiten
6 mittlerweile für ein Unwohlsein im Publikum.

7 Durch ausbleibendes Publikum müssen immer mehr Veranstaltungen abgesagt werden.
8 Dies und die aktuell steigenden Preise in allen Lebensbereichen stellen die
9 Breiten- und Soziokultur nach zwei Jahren Pandemie weiter vor finanzielle
10 Schwierigkeiten.

11 Eine Verlängerung der bekannten Fördermittel hätte zur Folge, dass sich die,
12 überwiegend auf ehrenamtlichen Strukturen basierende, Breiten- und Soziokultur
13 erholt und stärkt. Denn erholt und stark, sorgt diese für ein vielfältiges und
14 abwechslungsreiches Programm in jedem Stadt- bzw.- Landbild, dass allen Menschen
15 zu Gute kommt. Eine vielfältige Breiten- und Soziokultur bietet Raum für
16 Erholung und Schutz im Alltag und macht Thüringen zu einem lebenswerteren Ort an
17 dem Mensch leben möchte.

18 Als Jusos Thüringen stellen wir daher folgende Forderung auf:

- 19 • Bereitstellung weiterer Fördergelder zur Antragsstellung 2022 für die
20 Initiative Neustart Kultur.
- 21 • Realitätsnahe Vorgaben zur Vergabe der Fördergelder durch den
22 Bundesverband Soziokultur e.V.

Begründung

erfolgt mündlich

N1 Blockchain zerstört unseren Planeten und die Gesellschaft gleich mit

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Einführung

Cryptowährungen (häufig abgekürzt: Crypto) sind die bekanntesten Anwendungen für die Blockchain-Technologie. Bitcoin - die erste Cryptowährung - wurde 2008 von einer bis heute unbekannt Person erfunden. Spätestens seit 2014 wird versucht diese Technologie auch in andere Bereiche wie Social-Media-Netzwerke, Kunstauktionen (NFTs), automatisierte Vertragserfüllungen (Smart Contracts), elektronisches Ausweisen und Identifizieren (SSI), Lieferkettentracking, Grundbucheinträge und maschinelle Organisationsverwaltung (DAOs) zu übertragen. Einige Personen verwenden für diese "dezentralen" Anwendungen und Visionen die bisher nicht gut abgegrenzten Schlagwörter "Metaverse" oder "web3".

Es gibt sehr viele Crypto-Währungen unterschiedlicher Beliebtheit, jede:r kann seine eigene Währung erfinden und in Umlauf bringen, entsprechend viele sind verfügbar. Die bekanntesten sind Bitcoin, Ethereum, Thether und Dogecoin. Viele der Crypto-Währungen sind lange Zeit unbedeutend. Dies ermöglicht Early-Adoptern mit genügend Kapital einzusteigen und sich frühzeitig viele Anteile der Währungen für einen noch sehr günstigen Preis zu sichern. Sobald die Währung Vertrauen aufgebaut hat, können sie diese gewinnbringend verkaufen. Die Spaß-Crypto Dogecoin wurde z.B. unter anderem durch Elon Musk bekannt, welcher dort regelmäßig absichtliche Kursmanipulation durch Twitter-Erwähnungen betreibt (sog. "Pump and dump").

Umweltzerstörung

Die Blockchain Technologie verbraucht eine unvorstellbar große Menge an Energie. Mit Bitcoin wird jährlich ungefähr so viel Geld bewegt wie mit Paypal. Das obere Limit der weltweiten Anzahl der Transaktionen von Bitcoin selbst beträgt jedoch gerade einmal ca. 10 pro Sekunde. Zum Vergleich: Visa alleine ist fähig bis zu 24.000 Transaktionen pro Sekunde abzuwickeln.

Der Energieverbrauch des Bitcoin-Netzwerkes wird dabei auf 120-200

28 Terawattstunden (TWh) geschätzt. Um diese Zahl in Realtion zu setzen - das ist
29 2-3 mal so viel Strom, wie gesamt Österreich verbraucht. Das GESAMTE restlich
30 Internet, verbraucht ungefähr genauso viel Energie, wie Bitcoin alleine dazu
31 benötigt, einige hundert Millionen Dollar sehr langsam zu bewegen. Es wird
32 dementsprechend mehr Energie verbraucht als Amazon, Google, Apple, Facebook
33 (Meta), Visa, MasterCard, Paypal, alle Videos, Anrufe, Bilder und der gesamte
34 Rest des Internets zusammen benötigen. Die Energie dafür wird zu ca. 40-60% aus
35 fossiler Verstromung erzeugt. [Teilweise gingen sogar stillgelegte](#)
36 [Kohlekraftwerke zur Bitcoin Erzeugung wieder ans Netz](#). Die erzeugten CO2-
37 Emissionen werden auf ca. 115 Megatonnen pro Jahr geschätzt. Das ist
38 vergleichbar mit der jährlichen Emission von Tschechien.

39 Runter gerechnet auf eine Bitcoin-Transaktion entspricht das soviel CO2 wie rund
40 2,5 Mio Transaktionen im Visa-System und einem Stromverbrauch von 2 kWh. Das ist
41 etwas mehr als der jährliche (!) Verbrauch eines deutschen Ein-Personen-
42 Haushaltes, der pro Transaktion anfällt. Zusätzlich entstehen rund 37.000 Tonnen
43 Elektroschrott (v.a. Grafikkarten) pro Jahr, dieser ist nicht im CO2 Footprint
44 inkludiert. [Datenquelle: Digiconomist](#)

45 Der Energieverbrauch von Bitcoin kann praktisch nicht gesenkt werden. Das System
46 ist so entworfen, dass es umso sicherer wird, je mehr Energie investiert wird
47 ("Proof of Work"). Wir können es uns aber schlicht nicht leisten, so viel
48 Energie für ein System zu verschwenden, das Zahlungsverkehr deutlich
49 ineffizienter abwickelt als etablierte Systeme. Wir werden in wenigen Jahren die
50 1,5 Grad Grenze reißen. Das Erreichen von Kipppunkten in unserem Klimasystem
51 wird zusehends wahrscheinlicher. Um auch in der Zukunft Wohlstand und ein
52 friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, muss Energieverschwendung, die den
53 Verbrauch von Staaten um ein vielfaches übersteigt, sofort beendet werden. Es
54 liegt in unserer Verantwortung, dies für die Zukunft des Planeten möglichst
55 schnell zu erreichen. Viele Staaten haben bereits damit begonnen, das
56 klimaschädliche Minen von Cryptowährungen zu verbieten, dem sollte sich die EU
57 anschließen.

58 **Unveränderlich und Unregulierbar**

59 Die letzten Jahre haben besonders gezeigt, dass es eine große Herausforderung
60 ist, mit einer großen Menge von gesellschaftlich unerwünschten Informationen,
61 wie Hass, Belästigungen und Fake News, umzugehen. Die beste Möglichkeit ist die
62 Löschung und Moderation von entsprechenden Inhalten - manchmal durch staatliche
63 Anordnung, aber meist freiwillig durch private Unternehmen.

64 Diese Kontroll- und Moderationsfunktion zum Schutz von Einzelnen, Minderheiten
65 und der gesamten freiheitlich demokratischen Grundordnung ist mit Blockchain-
66 Technologien technisch nicht mehr möglich. Was einmal auf der Blockchain ist,
67 bleibt dort - für immer - und kann immer wieder abgerufen werden. Für Betroffene

68 bedeutet es eine Katastrophe, wenn staatliche Stellen Bürger:innen nicht mehr
69 schützen können. Hassbotschaften, Morddrohungen, Aufrufe zur Gewalt, Revenge
70 Porn, Sexuelle Missbrauchsdarstellungen an Kindern und Verbreitung von
71 Falschinformationen kann auf der Blockchain nichts entgegengestellt werden.
72 Einige Serviceanbieter blenden unliebsame Inhalte zwar aus, auf der Blockchain
73 bleiben diese Inhalte dennoch weiterhin für jede:n einsehbar und unlöschar
74 öffentlich bestehen. Diese Unzensurbarkeit ist by-design und der originäre
75 Zweck der Blockchain-Technologie.

76 Es muss dringend verhindert werden, dass mit und auf der Blockchain ein
77 potenziell rechtsundurchsetzbarer Raum entsteht, der genutzt werden kann, um der
78 Gesellschaft zu schaden. Insbesondere, wenn dieser rechtsfreie Raum
79 perspektivisch einen großen Teil des Internets ausmachen soll, wenn es nach Web3
80 und Metaverse Evangelisten geht. Staatliches Einschreiten ist hier notwendig, um
81 uns alle zu schützen.

82 **Kontrolle durch Kapital**

83 Unser bisheriges Währungssystem basiert auf Vertrauen in die Notenbanken, die
84 Geld bereitstellen. Sowie dem Staat der diese Währungen als allgemeines
85 Zahlungsmittel akzeptiert und durch Steuern einfordert. Diese werden
86 demokratisch kontrolliert und legitimiert. Das gesellschaftliche Zusammenleben
87 basiert auf dem Schutz und das Vertrauen in den Rechtsstaat, der gewisse Rechte
88 und Pflichten garantiert und notfalls durch Zwang umsetzt. Blockchain-Währungen
89 können von denjenigen kontrolliert werden, die eine Mehrheit im Netzwerk
90 besitzen. Kontrollieren heißt in diesem Zusammenhang, dass gesteuert werden
91 kann, wer wann wie viel Geld ausgibt. Zusätzlich kann diese Duplikate von
92 Geldeinheiten erstellen, die im Besitz von anderen sind. Wer früh dabei war hat
93 es leichter, diese kritische Menge zu erreichen. Ein Schutz von Minderheiten
94 durch unabhängige staatliche Organisationen oder eine Schiedsstelle existiert
95 nicht. Es stehen Tür und Tor für Diskriminierung und Ausbeutung von vulnerablen
96 Gruppen offen.

97 Mit Krypto-Währungen wurde ein System geschaffen, das noch anfälliger für
98 Missbrauch ist, als es der staatliche Kapitalismus von sich aus schon ist. Es
99 sollte dringend verhindert werden, dass ein solches System sich weiter
100 verbreitet beziehungsweise etabliert, insbesondere auch außerhalb von Crypto-
101 Währungen. Auch jetzt schon können einzelne große Akteur:innen zeitweise
102 wesentlichen Einfluss auf das Netzwerk nehmen, indem sie strategisch Mining-
103 Rechenzentren ein- und ausschalten (Hash-Rate-Control).

104 **Forderungskatalog**

- 105 • Der Einsatz von ökologisch schädlicher Blockchain-Technologie (Proof of

- 106 Work) in Europa soll verboten oder regulatorisch hochgradig unattraktiv
107 werden, da er im Gegensatz zu herkömmlichen Technologien kaum Nutzen
108 stiftet und dem Klima massiv schadet
- 109 • Die Möglichkeit Währungssysteme so aufzubauen, dass kleine Eliten mit
110 genügend Kapital das gesamte Währungssystem kontrollieren können (Proof of
111 Stake), lehnen die Jusos Thüringen grundsätzlich ab.
 - 112 • Die Schaffung von rechtsfreien Räumen durch Privatpersonen oder
113 privatwirtschaftliche Unternehmen durch Verwendung der Blockchain-
114 Technologie muss durch staatliche Regulation verhindert werden
 - 115 • Der Währungsaustausch von echtem Geld zu Cryptowährungen soll wesentlich
116 erschwert werden, dies würde die allgemeine Zugänglichkeit zu Coins, die
117 Multi-Level-Marketing Strategien verfolgen, deutlich erschweren und somit
118 Betrug frühzeitig unterbinden.
 - 119 • Staatliche finanzielle Förderung zur Entwicklung von Dienstleistungen, die
120 auf Blockchain-Technologie (Proof of Work und Proof of Stake) basiert
121 sollen rückgebaut werden
 - 122 • Die Erträge aus Spekulation (insbesondere mit Crypto-Währungen) sollen
123 stärker besteuert werden, um eine stetige und noch schnellere Umverteilung
124 von Kapital zugunsten einer kleinen Minderheit zu stoppen. Insbesondere
125 sollen einzelne Crypto Transaktionen nachträglich mit einer
126 Finanztransaktionssteuer und CO2 Steuer besteuert werden.
 - 127 • Über die Risiken von Investition bzw. Spekulation in Crypto-Währungen und
128 auf
129 Cryptowährungen basierenden Finanzprodukten soll (auch) von staatlicher
130 Seite mehr aufgeklärt werden.
 - 131 • Um Verbraucher zu schützen müssen dieselben Regularien für die Entwicklung
132 und den Vertrieb von Finanzprodukten des herkömmlichen Finanzmarktes auch
133 auf den Crypto-Markt und dessen Produkte und Dienstleistungen angewandt
134 werden (und die Regularien bestenfalls zuungunsten des Turbokapitalismus
135 verschärft werden)

Begründung

FAQ und Mythbusting

Hier werden die häufigsten Claims und deren Gegenargumente von Crypto zusammengefasst. Solltet ihr an noch mehr Gegenargumenten interessiert sein findet ihr diese [hier](#).

Sind Cryptowährungen sicher?

Jein, das technische System tut unumkehrbar genau das wozu es angewiesen wurde. Für durchschnittliche Nutzer sind diese Systeme allerdings zu komplex um sie im alltäglichen Gebrauch als sicher zu bezeichnen. Die sichere Bedienung ist nur für sehr fachkundige Personen möglich und für diese auch nicht einfach. Unabsichtlich falsche Bedienung, sowie Hacking oder Phishing kann unwiderruflich zum kompletten Vermögensverlust führen. Insbesondere automatisierte Vertragsabwicklungen (Smart Contracts) haben viel Angriffsfläche für Manipulation, Hacking und Missbrauch. Zudem gibt es keine regulatorische oder schlichtende Stelle, an die Betroffene sich bei Missbrauch wenden können, die Vermögenswerte sind dann einfach weg. Es gibt quasi täglich Meldungen von Betrügerischen Crypto Projekten, von Hacking Angriffen und falscher Verwendung durch die fast täglich Schäden in Millionenhöhe entstehen [Quelle](#). In herkömmlichen Geld-Systemen wären die meisten solcher Schäden durch den Rechtsstaat "versichert".

Ist es möglich z.B. mit Bitcoin anonym zu bezahlen?

Die versprochene Anonymität funktioniert gut, solange man damit nur lustige Affenbilder online tauscht. Sobald man seinen täglichen Einkauf im Supermarkt bezahlen will, ist die Anonymität schnell dahin. Jede:r der deine "Bitcoin-Kreditkartennummer" (Wallet Adresse) kennt, kann sofort auch alle früheren Transaktionen sehen - ohne die Möglichkeit einzelne Transaktionen als privat zu markieren. Medikamente, Therapie-Sitzungen, Schulden, Spenden die man an NGOs (nicht) macht könnten in einer Zukunft in der Crypto ein anerkanntes und verbreitetes Zahlungsmittel wäre von jedem eingesehen werden. Diese Daten wären für jeden verfügbar, auch für entfernte Familienmitglieder, zukünftige Arbeitgeber, Ex-Partner:innen usw. Auch neue angelegte Wallet Adressen sind schnell identifiziert - irgendwoher müssen die ersten Einzahlungen von Echtgeld schließlich kommen. Crypto ist nur dann tatsächlich anonym zu verwenden solange man gar nicht oder möglichst wenig mit der echten regulierten Welt interagiert. Für Kriminelle ist dies z.B. deutlich leichter als für durchschnittliche Nutzer:innen im Alltag. [Weitere Informationen ...](#)

Erfüllten Cryptowährungen die typischen Anforderungen an eine Währung?

Nein. Sie sind zu volatil und deflationär ausgelegt. Dies macht sie für viele wirtschaftliche Anwendungsbereiche unbrauchbar. [Weitere Informationen ...](#)

"Mit Crypto kann man viel Geld verdienen und sie sind eine sichere Anlage"

Nein, sie sind keine sicher Wertanlage. Crypto-Währungen sind ein Negative-Sum-Game (genauso viel Geld wie raus geht muss auch von jemand anderem eingebracht werden) und ist damit methodisch kaum von typischen Multi-Level-Marketing Strategien zu unterscheiden, in denen alleinig die neuen Mitglieder die Gewinne der früheren Mitglieder finanzieren und dann selbst auf neue Mitglieder hoffen die deren Gewinne finanzieren. Kurzfristige Spekulationen sind mit Glücksspiel vergleichbar, da keine reale Werte hinterlegt sind. Es gibt einzelne Crypto-Währungen, die mit z.B. mit echtem Geld gedeckt sind (Vergleichbar mit dem

Goldstandard), doch selbst diese Währungen sind nicht wert-stabil (vgl. TerraUSD und Terra Luna Crash vor kurzem). [Weitere Informationen ...](#)

"Die Technologie steckt noch in den Kinderschuhen"

Das Konzept der Blockchain ist ca. genauso alt wie Facebook. Die selbe Behauptung über Facebook ist absurd. Es ist allerdings richtig, dass sich die Technologie rasant weiterentwickelt, jedoch nicht unbedingt in eine gute Richtung. Die grundsätzliche Ausrichtung, alles besitz- und handelbar zu machen und ein "Web des Eigentums" zu errichten, sowie zusätzlich die sehr libertären Auslegung von Meinungs- und Zensurfreiheit, halten wir für ideologisch gefährlich und nicht wünschenswert. [Ausführliche Analyse](#)

"Ist die Anwendung XYZ mit Blockchain nicht richtig revolutionär?"

Häufig gehen solche Problemlösungen am eigentlichen Problem vorbei. Selten wird lösungsoffen über das Problem nachgedacht, sondern nur ein Anwendungsfall für die Blockchain-Technologie gesucht. Sogenannte Private Blockchains, welche einige der Risiken mitigieren, sind weniger kritisch zu betrachten als deren öffentliche Equivalente, dennoch ist jedes Problem das Blockchain angeblich löst auch problemlos mit Blockchain-freier Technologie quasi immer billiger und effizienter zu lösen. Meistens wird auch konventionelle Technologie zusätzlich zur Blockchain benötigt, welche dann erst die eigentliche Verifikation und Sicherheit durch Zentrale Akteure z.B. Staaten/Behörden usw. ins Blockchain-System bringt. Dort wird dann schnell sichtbar dass die ganze Anwendung auch genauso gut bzw. besser ohne Blockchain funktionieren würde vgl. [Berliner Datenschutzbehörde zum Digitalen Schulzeugnis](#) bzw. [Weitere Informationen ...](#)

"Verfolgt web3 nicht zumindest ideologische gute Ziele wie z.B. die Auflösung von Technologie-Monopolen oder die Beteiligung von Künstler:innen an den Gewinnen ihrer Kunst?"

Teilweise schon, es wird allerdings quasi nie den eigenen Anforderungen gerecht. Dabei überschätzt es technologische Lösungsmechanismen und unterschätzt soziale Dynamiken. Insbesondere der Angriff auf Technologie-Monopole ist nur ein Taschenspielertrick. Rund um Cryptowährungen gibt es genauso starke zentralisierte Dienstleistungen wie im herkömmlichen Web, es sind nur andere/neue Player [Weitere Informationen...](#). Diese bringen teilweise auch ganz eigene Interessen mit, wie z.B. Meta (Facebook) mit dem Metaverse. Das NFT-Umfeld (Besitz- und Versteigerbare Bilddateien) hatte von sich behauptet zu existieren um Künstler:innen fair an Verkäufen zu beteiligen. Faktisch wurden die meisten NFTs ohne Wissen der Künstler:innen in die Blockchain eingebracht. Da niemand geprüft hat wer der:die eigentliche Urheber:in der Kunst war, fand tatsächlich nur in absoluten Ausnahmefällen tatsächlich eine tatsächlich faire Vergütung statt, wenn es überhaupt eine gab. [Video zum NFT Phänomen und Blockchain allgemein](#)

Ist Self-Sovereign-Identity (SSI) ein guter Anwendungsfall der Blockchain? DE und EU investieren dort sehr viel Geld.

Persönlich finden wir die potenzielle Kommerzialisierung und die Schaffung von Märkten rund um Identitätsdaten grundsätzlich bedenklich. SSI beschleunigt unser Auffassung nach diesen Trend und macht es

technisch leichter verifizierte Identitätsdaten gewerblich zu handeln. Grundsätzlich ist dieses Konzept auch ohne Blockchain problemlos realisierbar, auch dann bleiben wir allerdings skeptisch. Kurz vor der letzten Bundestagswahl ist die ID-Wallet des Verkehrsministeriums spektakulär gefloppt. Wir halten es für vielversprechender gute vorhandene Systeme wie den e-Perso für alle Dienstleister leichter zugänglich zu machen. Die geringe Nutzungsrate liegt insbesondere auch an dem Geschäftsgebaren der Bundesdruckerei GmbH, welche keine transparente Preisliste besitzt und den Zugang zum e-Perso Ökosystem vermeintlich aus Geschäftsinteressen künstlich stark limitiert. Selbst das bekannte und verbreitete PostIdent-Verfahren könnte heute bereits einfach ersetzt werden, wenn die Schnittstelle zum e-Perso nicht künstlich limitiert wäre. Hier werden vor allem bestehende Geschäftspraktiken geschützt und ein Markt um Identitäten geschaffen, den es unserer Auffassung nach gar nicht erst hätte geben sollen.

N2NEU Kompetenzaufbau Digitalisierung

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir fordern von Gemeinden, Kommunen, Behörden, Ministerien, Schulen und anderen
2 Verwaltungseinrichtungen auf zur/zum:

- 3 • Vorrangige Nutzung von Open Source Software (OSS) auf serverseitigen
4 Anwendungen. Langfristig soll die Abhängigkeit von lizenzpflichtigen
5 Programmen verringert werden.
- 6 • Förderung insbesondere finanzieller Natur und Weiterentwicklung von OSS.
- 7 • Schul-Lehre auf OSS umstellen (z.B. Word, Powerpoint)
- 8 • Bereitstellung zentrale Infrastruktur/Einrichtung
 - 9 ◦ zum Hosting wichtiger Plattformen (OSS)
 - 10 ◦ zur proaktiven Beratung öffentlicher Einrichtungen
 - 11 ◦ zur Schulung und dem Abbau von Hürden und Vorurteilen
- 12 • Aufbau von interner Kompetenz im IT Projektmanagement und Entwicklung
- 13 • Konsequentes Nutzer:innen-zentriertes Design in der Umsetzung
- 14 • Abbau von überbordenden Beratungsleistungen: Ausschreibungen müssen
15 inhouse verfasst und ausgewählt werden können

16 Es muss aufgehört werden bei der Digitalisierung zu sparen und es muss sich dem
17 Thema endlich ernsthaft angenommen werden.

Begründung

Die öffentliche Verwaltung muss Digitalkompetenz intern aufbauen, um nicht den Anschluss zu verlieren.

Thüringen darf nicht noch länger in der Zeit stehen bleiben. Ein wichtiger Faktor, um weiterhin ein attraktiver Lebensstandort zu sein, ist das Maß der Digitalisierung. Sie darf keine Nebensächlichkeit mehr bleiben. Gut geplant und umgesetzt, können so alle Generationen integriert werden.

Notwendig dafür sind mehr Investitionen vor allem im Ausbau zentraler Infrastrukturen. Es muss eine zentrale Einrichtung in Thüringen zur Verfügung etabliert werden, die sowohl die Infrastruktur als auch die Kompetenzen und personellen Kapazitäten hat, Systeme für öffentliche Einrichtungen wie Verwaltungen, Ämter und Schulen bereitzustellen und proaktiv Schulungen, Werbung und Aufklärungsarbeit zu leisten. Ein solches Vorgehen kann kleinere Gemeinden und Schulen finanziell und personell stark entlasten.

Es ist wichtig, dass ein Verständnis für die Digitalisierung in allen Facetten aufgebaut wird. So können Behörden auch selbst in diesem Bereich Ausschreibungen zu erstellen. (Stichwort Beratertreppe) Durch den eigenen Aufbau von Kompetenzen können Prozesse direkt von Grund auf so gestaltet werden, dass alle Generationen inkludiert sind und bezogen auf einzelne Projekte Geld eingespart wird. Aktuell werden diese Mittel sehr häufig für externe Beratungsstellen genutzt, welche somit obsolet werden würden.

Auch wenn es bereits eine gute Rechtsgrundlage in Thüringen gibt, sollten wir endlich aktiver auf Open Source Produkte umsteigen. Eine Unterstützung dieser Projekte kann nicht nur zu Einsparungen im eigenen Haushalt führen, sondern unterstützt auch die Entwickler:innen. Mehr Präsenz solcher Produkte und finanzielle Förderung kommen auch allen Bürger:innen, wie auch Schüler:innen, zu Gute, da diese dann längerfristig supportet und ggf. sogar weiterentwickelt werden können. Die aktuelle Rechtsgrundlage schreibt zwar vor, OSS bei neuen Projekten vorzuziehen, jedoch müssen wir proaktiv bisherige Strukturen überdenken, um mit der Zeit gehen zu können.

Zur Digitalisierung gehört es auch, dass der Schwerpunkt nicht mehr auf Fax und Post liegt. Öffentliche Einrichtungen stellen zu häufig keine digitalen Portale zur Einreichung von Unterlagen und Einsicht zum aktuellen Stand eines Antrages zur Verfügung. Häufig sind nicht einmal direkte E-Mail-Adressen zur verantwortlichen Person auf den Briefbögen. Digitalisierung heißt auch Transparenz und OpenData. Die Digitalisierungsstrategie ist ein guter Anfang, sie sollte aber aktiv umgesetzt und zum Beispiel um Schulen ergänzt werden.

N3 Digitalisierung betrifft uns auch selbst

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Wir als SPD und Jusos dürfen uns da nicht außen vorhalten. Es ist ein wichtiger
2 Schritt selbst Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, damit die einzelnen Orts-
3 und Kreisverbände direkt darauf zugreifen können. Egal ob die Kommunikation mit
4 den eigenen Mitgliedern über Mailverteiltern oder Messengern, ob Dokumentenablage
5 in einer Cloud oder das Erstellen und Teilen von Kalendern und Umfragen. Es muss
6 eine grundlegende Infrastruktur für die tägliche Arbeit ohne große Hürden
7 geschaffen werden, um sowohl gegenüber den Mitgliedern als auch nach außen das
8 Bild einer modernen Organisation vermitteln zu können.

9 Ist eine solche Struktur einmal geschaffen, können wir diese einfach nutzen, um
10 für Transparenz zu sorgen. Aktuell ist es schwierig bis unmöglich selbstständig
11 nachzuvollziehen, welche Beschlüsse vom Landes-, Kreis-, Ortsverband oder den
12 verschiedenen Treffen gefasst wurden.

13 Dazu gehört es auch, dass die Vorsitzenden von Orts- und Kreisverbänden einfach
14 Zugriff auf ihre eigenen Mitgliederinformation haben. Aktuell wird es diesen
15 sehr stark erschwert einen direkten Kontakt aufzubauen. Datenschutz ist sehr
16 wichtig, man kann ihn jedoch auch so gestalten, dass dieser einen nicht selbst
17 in Gänze einschränkt.

18 Wir fordern gegenüber der SPD und den Jusos Thüringen

- 19 • durchsuchbare Beschlussdatenbank der LaKo / Parteitage
- 20 • Eine zentrale Kommunikation mit den Mitgliedern und Vereinfachung der
21 Kontaktaufnahmemöglichkeiten mindestens durch Vorsitzende
- 22 • digitale Methoden (E-Mail ausgenommen) für Mitgliederbefragungen als
23 Option (z.B. QR Code)
- 24 • Zentrale Bereitstellung von Software für Kreis- und Ortsverbände
25 (selbstverwaltet, zentral Bereitstellung)

- 26 ◦ Website
- Videoconferenzing
- 27 ◦ Cloud (Dokumentenablage)
- Wiki (Wissensmanagement)
- 28
- 30 • Angebot von digitaler Infrastruktur, welche auch durch "normale"
- 29 Mitglieder nutzbar ist
- 31
- 32 ◦ Cloud
- Kalender
- 33 ◦ Umfragen- und Formularerstellung
- u.v.m.
- 34

36 Wir müssen endlich aufhören aktiv weiter bei der Digitalisierung zu sparen und
35 müssen uns dem Thema endlich ernsthaft annehmen. Dieser Antrag soll der erste
37 Schritt in diese Richtung sein.
38

O1 Werbekostenzuschuss für kommunale Jugendeinrichtungen

Antragsteller*in: Jusos Gotha
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Angebote für Kinder und Jugendliche funktionieren bekanntlich am besten, wenn
2 sie ein breites Publikum adressieren. In Thüringen gibt es eine Vielzahl von
3 Jugendeinrichtungen, die neben den verschiedensten Veranstaltungsformaten auch
4 andere tolle Aktivitäten für ihre Zielgruppen anbieten. Diese müssen
5 kontinuierlich weiterentwickelt werden und ausfinanziert sein.

6 Oft ergeben sich Probleme aber nicht durch fehlendes Angebot. Eher sind es die
7 fehlenden Möglichkeiten, diese durch geeignete Wege und in angemessenem Maße
8 erfolgreich zu bewerben.

Die Jusos Thüringen fordern:

- 10 1. Einen landesweiten Veranstaltungskalender, sowie ein Angebotsregister in
11 welchem zentralisiert alle Leistungen der kommunalen und freien Träger der
12 Jugendsozialarbeit erfasst werden.
- 13 2. Die Einführung eines zweckgebundenen Förderprogramms für Kinder- und
14 Jugendzentren zur Optimierung der reichweitenbezogenen Werbemöglichkeiten.

Begründung

Die Bedeutung von, und der Bedarf an kommunalen Jugendeinrichtungen steigt stetig. Vor allem in Anbetracht der vergangenen Jahre, in denen die Möglichkeiten sozialer Interaktion durch die pandemiebedingte Situation stark eingeschränkt waren, werden entsprechende Angebote immer wichtiger.

Durch die, meist durch kommunale Trägerschaften bedingten, kleinteiligen Strukturen, fällt es vielen Eltern und Jugendlichen schwer, AnsprechpartnerInnen und die damit verbundenen Angebote zu finden. Erfahrungen zeigen, dass der Kreis der BesucherInnen solcher Einrichtungen oft aus einer immer gleichen Gruppe von Kindern und Jugendlichen besteht. Hierfür gibt es zahlreiche Gründe, unter anderem auch, dass das umfangreiche Angebot oft nicht ausreichend gut wahrgenommen wird. Beworben wird dieses oft vor Ort, darüber hinaus gibt es wenige Möglichkeiten, die Gruppe der AdressatInnen zu vergrößern.

Durch einen landesweit zentralisierten Veranstaltungskalender sollen Informationshürden abgebaut werden. Darüber hinaus sollen durch ein zweckgebundenes Förderprogramm die Werbemöglichkeiten für eigene Veranstaltungen und die zugehörige Reichweite optimiert werden. Die Inanspruchnahme von Fördermitteln kann durch die jeweilige kommunale Verwaltung oder durch mit dieser kooperierende Institutionen (bspw. Kreisjugendring Gotha e.V.) zentralisiert werden, um das praktische Inanspruchnahme der Fördermittel niedrigschwelliger zu gestalten.

O2NEU Unterstützung für Freiwillige

Antragsteller*in: Landeskonferent

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern eine Unterstützung für Freiwillige. Die Freiwilligen
2 sollen Unterstützung in Form von Rabatten und Ermäßigungen für kulturelle
3 Einrichtungen und Sportstätten erhalten, in derselben Höhe wie für Azubis und
4 Studis. Der Ermäßigungsanspruch soll von allen Einrichtungen umfassend anerkannt
5 werden.

6 Die Ansprechpartner:innen hierfür sind in der Regel die Kommunen. Durch die
7 Unterstützung soll die gesellschaftliche Anerkennung für den Freiwilligendienst
8 steigen. Die kulturelle und soziale Teilhabe ermöglichen den Freiwilligen eine
9 persönliche Weiterentwicklung bei freiwilliger Arbeit.

Begründung

Freiwillige erhalten aktuell 300€ im Monat, die sich aus 150 Euro Aufwandsentschädigung und 150 Euro Verpflegungspauschale zusammensetzen. Das Wohngeld, welches als sozialpolitische Unterstützung dienen soll, reicht für viele junge Menschen kaum aus, sodass sie in dieser Zeit auf das Geld von ihren Erziehungsberechtigten angewiesen sind. Dies führt zur soziale/wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Einige Arbeiter:innenkinder müssen somit auf einen sozialen Dienst verzichten, welcher auch im Lebenslauf als Vorteil dienen kann, beispielsweise für eine Bewerbung für das Referendariat in Thüringen oder für eine Bewerbung für einen Studienplatz.

Freiwillige bezahlen aktuell den Preis für Erwachsene, während Azubis und Studierende eine Ermäßigung erhalten, dabei steht Freiwilligen meist weniger Geld als Studis oder Azubis zur Verfügung.

O4 Jugendarbeit - halten, schützen, ausbauen.

Antragsteller*in: Jusos Erfurt
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen wirken darauf hin, dass die Jugendarbeit ausreichend
2 finanziert wird. Dabei gilt es, wachsenden Bedarfen in der Stadt und in der
3 Fläche gerecht zu werden. Wir fordern, die Mindestzuweisungen des ThürKJHAG auf
4 17 Millionen Euro p.a. zu erhöhen.

5 Damit wollen wir erreichen, dass weiter in die Zukunft unseres Landes investiert
6 wird.

7 Wir erkennen an, dass Jugendliche in der Corona-Pandemie nicht nur persönliche
8 Kontakte einschränken mussten, sondern auch, dass sie in ihrer freien Entfaltung
9 und Entwicklung beschnitten wurden. Diesen tiefgreifenden Einschnitten wollen
10 und müssen wir begegnen und die niedrighschwelligen Anlaufstellen - welche sich
11 in der örtlichen Jugendarbeit wiederfinden -ausreichend ausfinanzieren.

Begründung

Die Jugendarbeit vor Ort steht in Thüringen, gerade im Lichte der Pandemie, vor großen Herausforderungen. Die Thüringer Städte wachsen und vor allem die Gruppe der unter 27-jährigen wächst stetig. Diese Entwicklung begrüßen wir, wissen aber, dass Kinder und Jugendlichen in allen Lebenssituationen qualifizierte und niedrighschwellige Anlaufstellen benötigen. In der Fläche findet zeitgleich ein Aussterben solcher Anlaufstellen statt, was auch an der Missachtung der Lebensrealitäten junger Menschen durch örtliche Entscheidungsträger:innen begründet ist. Hierzu kommt, dass vor Ort mit Bestürzung, Bedauern und Unverständnis auf die Nachricht zu möglichen Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe reagiert wurde. Der aktuelle Haushaltsentwurf des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) soll, in Folge der - von der Thüringer CDU verlangten - globalen Minderausgabe i.H.v. 330 Millionen Euro, eine Kürzung der Örtlichen Jugendförderung von 17 Millionen auf das gesetzliche Minimum i.H.v. 15 Millionen Euro vorsehen.

Daher: Wir sagen Nein zur Kürzung der Jugendförderung!

Die im Haushalt veranschlagten Mittel dienen der Ermöglichung der vielfältigen Angebote der

offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Arbeit der Jugend- und Sozialverbände. Mit diesem Geld werden unter anderem Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit auf lokaler Ebene finanziert. Herausfordernder und notwendiger denn je sind nach zwei Jahren Pandemie diese Angebote insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Kinder und Jugendliche, die Träger der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und die dort ehrenamtlich Engagierten und hauptamtlichen Fachkräfte haben keine Kürzungen, sondern mehr 1 Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz Aufmerksamkeit verdient! Die Strukturen und Einrichtungen sind nicht nur Freizeit- und Bildungsangebote, sie stärken junge Menschen in der Bewältigung von Herausforderungen und sind Orte von Partizipation und Demokratie. Die Erfahrungen, die junge Menschen dort sammeln, sind unerlässlich für ihren weiteren Lebensweg. Investitionen in die Jugend sind immer Investitionen in die Zukunft unseres Freistaates. Jeder investierte Euro zahlt sich aus! Viele junge Menschen waren in zwei Jahren Corona-Pandemie solidarisch mit ihren Mitmenschen, haben sich selbst eingeschränkt und auf viele Dinge verzichten müssen. Wenn man das erkennt und anerkennt, kann die Antwort nicht weniger Geld für die Kinder- und Jugendarbeit sein. Ganz im Gegenteil!

Die langfristigen Folgen der Pandemie lassen sich heute noch nicht abschätzen. Allerdings wissen wir sicher, dass insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche von den Auswirkungen der Pandemie besonders stark betroffen waren und sind. Jede Kürzung im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verstärkt Benachteiligungen in unserer Gesellschaft! Die Kommunen können Kürzungen des Landes nicht abfedern. Kürzungen für Kommunen konterkarieren zudem das Ziel des Haushaltsgesetzgebers zur Stärkung der Kommunen. Die geplante Kürzung sendet ein fatales Signal an alle jungen Menschen in unserer Stadt und dem gesamten Freistaat.

O5NEU Die Platte des 21. Jahrhunderts

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Zeit ist reif für eine neue Platte. Zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag
2 festgeschriebenen Ziele des sozialen Wohnungsbaus fordern die Jusos Thüringen,
3 die stadtplanerische und finanzielle konzeptionelle Ausarbeitung sowie
4 anschließende Förderung von modularer und serieller Bauweise. Im Sinne der
5 Original Platte fordern wir das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung
6 und Bauwesen auf, ein neues Konzept unter folgenden Gesichtspunkten
7 auszuarbeiten sowie voranzutreiben:

8 Modulbauweise

9 Die Platte des 21. Jahrhunderts ist ein normiertes und modulares System. Eine
10 festgeschriebene DIN ist frei zugänglich, sodass Ingenieur:innen sowie
11 Hersteller:innen, schneller und effizienter bereits bestehende Modulpläne
12 fertigen sowie neue Modulkonzepte entwerfen können. Immer gleiche normierte Maße
13 erlauben eine einfachere Beantragung, bei beispielsweise Bauämtern, und eine
14 daraus resultierende schnellere sowie kostengünstigere Konstruktion.

15 Als Folge der Modulbauweise können verschiedene Wohnungsgrößen innerhalb einer
16 Gebäudeeinheit entstehen. Möbel und Raumkonzepte können einfach und schnell für
17 die Gegebenheiten der Raummodule entwickelt werden sowie für alle erschwinglich
18 in Masse hergestellt werden.

19 Module und Außenfassaden (z.B. Schieferfassaden, Backsteinbauten oder spezielle
20 Bauweisen für Innenstädte / Altstädte) sollen individuell an lokale Kulturen und
21 Gegebenheiten anpassbar sein. Vorschläge sollen in diesem Konzept erstellt
22 werden.

23 Gemeinschaftliches Zusammenleben

24 Es muss festgeschrieben werden, dass Gebäudeeinheiten einen Fokus auf die
25 Reduzierung von Segregation und sozialer Ungleichheit legen. Dabei muss der Mix
26 aus verschiedenen Wohnungsgrößen bestehen, welche z.B. als Sozial-, klassischen

27 Miet- und Eigentumswohnungen verfügbar sind.

28 Orte der Begegnung fördern das Zusammenleben und sind in jedem Gebäude als
29 Module einzuplanen. Dazu können für die gesamte Hausgemeinschaft zugängliche
30 Module beitragen, zum Beispiel: Urban-Gardening-Module oder Indoorgewächshäuser
31 (beispielsweise in Kombination mit Aquaponik); Versammlungsräume oder
32 Partykeller; Sport- oder Indoorspielräume; Indoor Stellplätze für Kinderwagen,
33 Rollstühle und Rollatoren; (Tief-) Garagen mit Ladestationen für Fahrräder und
34 Kraftfahrzeuge. Anstelle der Parkplatzflächen um die Gebäude herum, sollen mehr
35 Grünflächen geschaffen werden. Diese können u.a. für gemeinschaftliche Gärten,
36 Ruhe- oder auch Spielflächen genutzt werden.

37 Neben diesen Orten sind darüber hinaus Module für Gewerbeflächen einzuplanen um
38 Fahrtwege zu reduzieren und eine Vielzahl an Personen zu inkludieren. Solche
39 sollen unmittelbar mit dem täglichen Leben im Kontakt stehen. Dies sind u.a.
40 Läden für körpernahe Dienstleistungen oder zur Deckung des täglichen Bedarfs,
41 aber auch Kinder- und Seniorentagesstätten, Arztpraxen, Stellplätze für
42 Automaten beispielsweise für regionale Produkte und Freizeitangebote wie Kinos.
43 Als Veranschaulichung hierfür kann das Dolgensee-Center in Berlin-Lichtenberg
44 dienen.

45 **Zukunftsfähige Nachhaltigkeit**

46 Der Klimakrise angepasst müssen Neubauten mit den enthaltenen Modulen auf
47 Nachhaltigkeit konzipiert und die Gebäudeeinheit möglichst autark entworfen
48 werden.

49 Einen großen verpflichtenden Stellenwert muss die Energieeinsparung über den
50 gesamten Lebenszyklus und die eigenständige Versorgung mit erneuerbaren Energien
51 besitzen. Die Gebäude müssen im Passivhausstandard errichtet werden und
52 Möglichkeiten zur lokalen Energieerzeugung bestmöglich nutzen. Dazu gehören
53 insbesondere die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern, Balkonen und
54 an Fassaden oder die Errichtung von Kleinwindkraftanlagen an Dächern und
55 Fassaden. Sowie darüber hinaus die Nutzung von Wärmepumpen, Solarthermieanlagen
56 oder anderen erneuerbaren Heizsystemen zur autarken Gebäudebeheizung oder in
57 Kombination mit dem Anschluss an ein kaltes Nah- oder Fernwärmenetz. Mit einer
58 abgestimmten Gebäudetechnik (sog. Smarthome-Anwendungen) sollen Potenziale zur
59 abgestimmten Einsparung, Nutzung und Speicherung von Elektro- und Wärmeenergie
60 gehoben werden.

61 Durch bestimmte architektonische Bauweisen entwickeln Menschen
62 Gebäudekühlungsmethoden welche die Luftzirkulation innerhalb der Gebäudeeinheit
63 fördert, ein Beispiel dafür sind persische Windtürme. Für weitere signifikante,
64 energielose Kühlung sorgen Gründächer. Ein Baukonzept hierfür sollte
65 miteinbezogen werden.

66 Weiterhin sollten kostensparende Anlagen eingebaut werden, die eine Autarkheit
67 fördern, wie Regenwasseraufbereitungsanlagen, Solarwärmeanlagen oder
68 Recyclinganlagen mit beispielsweise einem Indoorkompost oder Wurmboxen. Als
69 Beispiel können die Urban-Gardening-Module durch vor Ort entstandene Ressourcen
70 gepflegt werden – Licht, Wärme, Wasser und Erde kommen aus der eigenen
71 Gebäudeeinheit.

72 Die meisten Emissionen eines Gebäudes entstehen allerdings nicht im Betrieb,
73 sondern bereits durch die im Bau eingesetzten Materialien. Umso entscheidender
74 ist es deshalb, die Nutzung alternativer Bau- und Dämmstoffe wie beispielsweise
75 Holz oder Stroh in den Mittelpunkt zu stellen und bereits beim Bau auch ein
76 Rückbaukonzept vorzulegen, um eine Perspektive für die Weiternutzung der
77 Bauteile auch nach dem Ende der Nutzungsphase eines Gebäudes zu liefern. Das
78 Modell Zementwerk – Wohnhaus – Müllhalde hat muss der Vergangenheit angehören!

79 **Imagewechsel**

80 Die Zeit ist reif für eine neue zukunftsweisende, gemeinschaftliche und
81 nachhaltige Platte – die Platte des 20. Jahrhunderts war nicht nur in der DDR,
82 sondern weltweit zu finden. Der Grund dafür war simpel: sie boten
83 innenstadtnahen Wohnraum im Grünen. Für viele Menschen war der Einzug in so eine
84 Plattenbauwohnung ein buchstäblicher Sprung in die Zukunft, da es für die
85 damalige Zeit ein modernes Meisterwerk war. Das sich in den 1990er Jahren
86 prägenden negativen Bild der Platte ist auf den demografischen, sozialen und
87 wirtschaftlichen Wandel zurückzuführen, welche die Regionen durchlaufen haben.

88 Die Platte braucht wieder einen Imagewechsel, mit einem modernen und neu
89 gestaltetem Konzept für unsere und künftige Generationen. Die Bundesregierung
90 will mindestens 400.000 neue Wohnungen bauen – die Stimmung in unserer
91 Gesellschaft ist gegeben, nun ist es Zeit Wohnraum zu schaffen, den sich alle
92 leisten können und welcher dabei Umwelt- und Klimaschutz sowie Innovationen
93 miteinbezieht.

94 Wir finden: das schaffen wir mit der Platte des 21. Jahrhunderts.

U1NEU2 Anspruch auf Klimaschutz ins KSG

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

2 Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Generation. Er stellt
3 uns als Sozialdemokrat:innen und Gesellschaft vor zahlreiche Herausforderungen.
4 Von der Reduzierung der sozialen Gestaltung der Energiewende über eine völlige
5 Neuordnung des Verkehrssystems bis zur Einhaltung der Pariser Klimaziele gibt es
6 zahllose Aspekte, die wir umsetzen und gestalten müssen.

7 Die bestehenden Gesetze zum Klimaschutz, insbesondere das KSG, können diesem
8 Anspruch nicht gerecht werden. Das liegt insbesondere daran, dass es keine
9 verbindlichen Handlungsvorgaben zur Bekämpfung des Klimawandels durch die
10 Verwaltung gibt. Als Folge dieser Regelung ist es einzelnen Ministerien und
11 Behörden überlassen, ob und wie sie den Klimawandel bekämpfen. Das widerspricht
12 der Bedeutung des Klimawandels und unseren Ansprüchen an einen demokratischen
13 Rechtsstaat.

14 Das KSG hat ein Rechtsschutzproblem. Bürger:innen ist es gemäß § 4 Abs. 1 S. 7
15 KSG verwehrt Verstöße gegen das KSG vor Gericht zu bringen. Damit sind
16 insbesondere die Möglichkeiten, jüngeren und sozial schwachen Menschen ihre
17 Rechte mit Blick auf den Klimaschutz zu verfolgen, erheblich eingeschränkt.

18 Wir fordern daher, das Klimaschutzgesetz grundsätzlich zu erneuern. Dabei sollen
19 folgende Punkte umgesetzt werden:

- 20 • Konkrete Vorgaben für Unternehmen und Verwaltung, wie der Klimawandel und
21 Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden CO₂ Restbudgets bekämpft
22 wird. Dazu gehören konkrete Grenzwerte und Verhaltensvorgaben.

- 23 • Der Kampf gegen den Klimawandel muss demokratisch legitimiert vom
24 Bundestag beschlossen werden. Nur so können wir sicherstellen, dass
25 Entscheidungen sozialverträglich gestaltet werden.

- 26
- 27
- 28
- Bürger:innen müssen die Möglichkeit haben, Verstöße gegen das Klimaschutzgesetz vor Gericht zu rügen. Nur ein Gesetz, das der gerichtlichen Kontrolle unterliegt, wird befolgt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

U2 Gemeinschaft schafft Energie - Programm Klima Invest stärken

Antragsteller*in: Jusos Gera und Jusos Greiz

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen fordern, das Förderprogramm Klima Invest des Thüringer
2 Ministeriums für Umweltschutz, Energie und Naturschutz (TMUEN) finanziell weiter
3 auszubauen und mit entsprechenden Mitteln zur Bewerbung und Aktivierung des
4 Programms auszustatten.

Begründung

Die Notwendigkeit, in erneuerbare Energien zu investieren ist nicht zuletzt seit dem Krieg in der Ukraine akut. Gleichzeitig stößt man aber weiterhin auf Widerstand vor allem im ländlichen Raum gegen bspw. Windkraftanlagen. Der Freistaat Thüringen / das TMUEN hat bereits Möglichkeiten geschaffen, die Beteiligung der Bürger:innen an Anlagen, die erneuerbare Energien produzieren, mit dem Förderprogramm Klima Invest zu unterstützen. Leider ist dieses bei vielen Menschen in Thüringen bisher unbekannt. Die finanzielle Förderung von Anlagen in Hand von Bürgern bzw. von Bürgern getragenen Genossenschaften, GmbHs trägt dabei deutlich zur Akzeptanz von Windkraft- und Solaranlagen bei.

“Die Förderung Klima Invest zielt ab auf das Erreichen der Ziele des Thüringer Klimagesetzes, insbesondere auf die Verminderung von Treibhausgasemissionen und die Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels in Thüringen. Gefördert werden z.B. Klimaschutz- und Anpassungskonzepte, gebäudetechnische Investitionen, Schutz vor Schäden durch Starkniederschläge, Hitze, Dürre, Orkane, Investitionen in E-Mobilität, Personal für Klimaschutz- oder Energiemanagement und vieles mehr.” [1]

[1] <https://www.aufbaubank.de/Foerderprogramme/Klima-Invest>

V1 9-€-Ticket als Schwung für die Verkehrswende nutzen: Nahverkehr fahrscheinlos gestalten, Klimaticket im Fernverkehr einführen und Ausbau- und Flexibilisierungsoffensive für den Öffentlichen Verkehr starten

Antragsteller*in: Jusos Südthüringen

Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Ab dem 01.09.2022 soll deutschlandweit die Nutzung des Öffentlichen
2 Personennahverkehrs (ÖPNV) ohne Erwerb eines Tickets möglich werden. Die
3 Einnahmeausfälle von geschätzt 10 Milliarden Euro jährlich sollen durch eine
4 Anpassung des Einkommenssteuertarifs bzw. über eine einzuführende
5 Nahverkehrsabgabe kompensiert werden und den ÖPNV weg von einer
6 Nutzer:innenfinanzierung hin zu einer solidarischen Querfinanzierung gestalten.

7 Mit der Einführung einer Mobilitätsgarantie wird jeder Ort in Deutschland an 365
8 Tagen im Jahr mindestens einmal pro Stunde zwischen 5 Uhr und 24 Uhr erreichbar
9 - sei es mit Bus, Bahn, Rufbus oder Anrufsammeltaxi.

10 Denn gute Mobilität im Alltag – egal ob zur Schule, zur Arbeit, nach Hause oder
11 in der Freizeit – darf nicht vom individuellen Geldbeutel oder dem Wohnort
12 abhängen, sondern muss ein Grundrecht für alle und Garant für gesellschaftliche
13 Teilhabe sein.

14 Für die Nutzung des Fernverkehrs soll parallel ein erschwingliches Klimaticket
15 nach österreichischem Vorbild eingeführt werden.

16 Gleichzeitig werden alle anderen Tarifoptionen beendet, ein bundesweiter
17 Verkehrsverbund gebildet und ein integrierter Taktfahrplan eingeführt. Mit einem
18 einheitlichen analogen und digitalen Informationsangebot gehören Verbünderchaos
19 und Tarifunsicherheit der Vergangenheit an.

Begründung

erfolgt mündlich

V2NEU Aufbau einer zukunftsfähigen Mobilität für Thüringen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Thüringen braucht eine zukunftsfähige, klimafreundliche Mobilität, die auch
2 Menschen aus dem ländlichen Raum eine kostengünstige und angemessene Mobilität
3 ermöglicht. Dabei sollen städtische und ländliche Mobilität nicht in Konkurrenz
4 zueinanderstehen, sondern sich ergänzen.

5 Um klimafreundlichen Bahnverkehr in ganz Thüringen zu ermöglichen, müssen bis
6 2030 alle Bahnstrecken in Thüringen auf elektrischen Betrieb umgestellt werden.
7 Die schnelle Umstellung ist insbesondere zur Erreichung der Klimaziele von
8 großer Bedeutung. Dazu wird durch die Elektrifizierung der Bahnstrecken ihre
9 Einbindung in den überregionalen Verkehr verbessert.

10 In der Stadt und auch im ländlichen Raum soll der Fahrradverkehr eine höhere
11 Priorisierung gegenüber dem Autoverkehr erhalten. Konzepte sollten
12 berücksichtigen, dass kein Flickenteppich an Fahrradwegen, sondern ein
13 durchdachtes Netz entsteht, welches auch tatsächlich die Nutzung incentiviert.

14 Projekte, die dem Ausbau des Nahverkehrs (räumlich und zeitlich) dienen, sollen
15 bevorzugte Förderung gegenüber Autoverkehrsprojekten erhalten. Für ländliche
16 Regionen, die auf individuelle Mobilitätsangebote angewiesen sind, sollen
17 kostengünstige oder kostenfreie Park-and-Ride Angebote zur Verfügung gestellt
18 werden, sodass Ballungsgebiete von Autoverkehr entlastet werden und Menschen aus
19 ländlichen Gebieten trotzdem leichten Zugang zu städtischer Infrastruktur und
20 Versorgung erhalten.

21 Öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum scheitert oft an der sogenannten
22 „letzten Meile“ bis zum Zielort. Eine sinnvolle Lösung für viele Menschen bietet
23 hier die Fahrradmitnahme, die diese „letzte Meile“ überbrückt. Notwendig sind
24 hierfür die kostenlose Fahrradmitnahme und der Ausbau von Mitnahmekapazitäten
25 für Fahrräder im städtischen Nahverkehr und in der Bahn. Des Weiteren kann eine
26 Überbrückung durch Car- und Fahrrad-Sharing Angeboten erweitert werden (z. B. in
27 unmittelbarer Bahnhofsnähe), um auch weiteren Personengruppen die Überwindung
28 der „letzten Meile“ zu ermöglichen.

29 Wir fordern:

30 Die vollständige Umstellung aller Thüringer Bahnstrecken auf elektrischen
31 Betrieb soll bis 2030 umgesetzt werden. Fördergelder des Landes sollen zukünftig
32 nur für Mobilitätsprojekte ausgegeben werden, die eine Reduzierung des
33 Autoverkehrs ermöglichen (Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, Ausbau
34 von Fahrradstrecken, Park and Ride-Angebote zur verkehrlichen Entlastung von
35 Ballungsgebieten, Car-Sharing und Fahrrad-Sharing-Angebote ausbauen). Die
36 Fahrradmitnahme im Nah- und Fernverkehr in Thüringen soll im normalen
37 Fahrkartenpreis für Personen inkludiert sein und bleiben. Die
38 Mitnahmekapazitäten für Fahrräder sollen ausgebaut werden, sowohl im Nah- und
39 Fernverkehr, als auch im Öffentlichen Personen-Nahverkehr.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V3NEU Verkehrspolitik - mehr ÖPNV auf dem Land!

Antragsteller*in: Jusos Eichsfeld
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Problem: Zum Entlastungspaket der Bundesregierung zur Bekämpfung der steigenden
2 Preise aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine
3 gehört auch die, vorerst auf die Monate Juni, Juli und August befristete
4 Einführung eines 9€-Tickets, welches bundesweit im ÖPNV und SPNV gültig ist.
5 Leider kann auch dieses sehr gute Entlastungspaket der Bundesregierung nicht die
6 desolate Lage des Nahverkehrs in Deutschland überdecken. Durch einen stärken
7 Nahverkehr würde uns eine Verkehrswende zum umweltfreundlicherem ÖPNV/SPNV
8 deutlich leichter fallen. Ebenfalls wird die Verkehrswende durch hohe
9 Trassenpreise (Kosten pro km auf einer Strecke für private Verkehrsunternehmen)
10 verhindert, die de facto ein Monopol der Deutschen Bahn AG sowie, damit
11 verbunden, hohe Fahrpreise für klimafreundliche Reisen mit der Bahn, bestehen.

Die Jusos Thüringen fordern:

- 13 1. Es muss eine Einkaufs-/Terminverbindung von jeder Gemeinde bis in die
14 nächstgrößere Stadt/Kreisstadt bestehen. Das bedeutet, dass es
15 Bürger:innen möglich sein muss, Termine oder das Einkaufen durch
16 zuverlässige und häufige (auch anrufbedingte) Fahrten mit dem ÖPNV/SPNV
17 sicherzustellen.
- 18 2. Einen Abbau von Leistungen oder von Bahnhöfen/Haltestellen lehnen wir ab,
19 wir wollen vielmehr eine Erhöhung des Angebotes durch Leistungen und
20 Infrastruktur erreichen. Inaktive/zurückgebaute Bahnstrecken wollen wir
21 konsequent reaktivieren, in defizitären Lagen auch mit Unterstützung des
22 Bundeshaushalts.
- 23 3. In Bezug auf den ÖPNV wollen wir eine verstärkte Nutzung der
24 Teleskopbedienung (Angebot schwach frequentierte Strecken durch
25 nachfragebasierte Angebote zu sichern) etablieren. Ebenfalls soll das eben
26 genannte System viel stärker Einfluss in die Angebotsplanung des
27 Nahverkehrs erhalten (RufBus/AST im ÖPNV, „Winken“ an Haltestellen des
28 SPNV).

V4NEU2 SPNV in Thüringen: Wie wir die richtigen Weichen stellen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Der SPNV als ungeliebtes Pendant zum Fernverkehr

2 Das Thema Schienenverkehr und insbesondere der Schienenpersonennahverkehr (SPNV)
3 wurde in Thüringen lange recht lieblos behandelt. Einerseits gab es seit 1990 an
4 wichtigen Strecken Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen - beispielsweise durch
5 die "Verkehrsprojekte Deutsche Einheit", andererseits sorgte die Privatisierung
6 der Bundesbahn jedoch für eine Fokussierung auf den gewinnbringenden
7 Fernverkehr. In der Folge verfielen große Teile des Streckennetzes im Nahverkehr
8 - insbesondere in den peripheren Regionen. So kommt man heutzutage zwar in
9 Windeseile nach Berlin oder München, aber größere Thüringer Städte wie Jena sind
10 inzwischen vom ICE-Verkehr abgekoppelt und Städte wie Ilmenau, an denen eine
11 Strecke unmittelbar vorbeiführt, wurden nicht angeschlossen.

12 Viele Zugverbindungen sind stillgelegt, an manchen Stellen wurden mittlerweile
13 sogar die Gleise abgebaut. Beträchtliche Teile der Schienenverkehrsinfrastruktur
14 befinden sich noch auf dem Stand des vergangenen Jahrhunderts oder sind gar noch
15 älter. Auch das Rollmaterial (alle Fahrzeuge der Eisenbahn) ist teils veraltet
16 und größtenteils nicht barrierefrei. In der Konsequenz sind die
17 Regionalverbindungen in Thüringen oftmals sehr langsam und schlecht
18 frequentiert.

19 Das Credo "Schiene vor Straße" trägt die Politik bereits jahrelang vor sich her.
20 Wirklich passiert, ist nur wenig. Um eine tatsächliche Verkehrswende
21 herbeizuführen, braucht es daher massive Investitionen in Schiene: sowohl in das
22 Streckennetz und dessen Infrastruktur als auch in das Rollmaterial. Nur wenn das
23 gewährleistet ist, gehört der Bahn die Zukunft.

24 Unsere Forderungen für einen zukunftsfähigen SPNV

25 **→ Mehr Verbindungen, schnellere Verbindungen, die Bahn muss zurück aufs Land**

26 Damit künftig mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf die Bahn motiviert werden

27 können, muss die Bahn wieder attraktiver werden. Verbindungen, die die doppelte
28 oder dreifache Fahrzeit im Vergleich zum Auto benötigen oder so selten befahren
29 werden, müssen perspektivisch der Vergangenheit angehören.

30 Die vorhandenen Strecken sind folglich zu ertüchtigen und für höhere
31 Geschwindigkeiten auszubauen. Darüber muss es eine bestmögliche Vernetzung und
32 Verzahnung von Bahnstationen, gerade im ländlichen Raum, mit anderen
33 Verkehrsmitteln wie Bussen oder Fahrradstationen geben.

34 Insbesondere die Teilhabe von Menschen auf dem Land ist unerlässlich, um das
35 Vorhaben der Verkehrswende umzusetzen. Thüringen hat hier einen Standortvorteil,
36 da es ein Land vieler kleiner Nebenbahnen ist und in vielen Orten noch alte
37 Bahngleise liegen. Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken konnte in der
38 Vergangenheit an unterschiedlichsten Orten in Deutschland erfolgreich realisiert
39 werden. Das Beispiel der Wiederaufgabe der Bentheimer Bahn spricht für sich.
40 Zudem ermöglicht diese Wiedererschließung auch den Anschluss mancher
41 Gewerbegebiete, was zu einer Entlastung des LKW-Verkehrs führt.

42 Mit dem aktuellen "Masterplan Schiene" der Thüringer Landesregierung sollen
43 tatsächlich vereinzelte Strecken wieder auf einen möglichen Betrieb überprüft
44 werden, hier muss aber noch viel mutiger agiert werden.

45 Häufig werden verschwommene Bedarfsanalysen vorgenommen, die erläutern, warum es
46 nicht wirtschaftlich ist, Strecken zu reaktivieren oder Verbindungen Randzeiten
47 anzubieten. Von diesem Ansatz muss sich ein Stück weit verabschiedet werden, da
48 andernfalls die Verkehrswende zu scheitern droht. Darüber hinaus zeigen die
49 erfolgreichen Reaktivierungen in den vergangenen Jahrzehnten, dass die
50 errechneten Bedarfe in vielen unter der tatsächlichen Nutzung lagen.

51 Wir fordern daher:

- 52 • die schnelle Einführung eines integralen Taktfahrplans: Thüringentakt bzw.
53 Deutschlandtakt für mehr Synergieeffekte zwischen Fernverkehr, ÖPNV, SPNV
54 und Individualverkehr.

- 55 • den flächendeckenden zweigleisigen Ausbau aller Zugstrecken, um eine
56 höhere Taktung zu ermöglichen.

- 57 • den Bau von "Verkehrshubs", um Bus und Bahn optimal zu vernetzen und
58 schnelle Umstiege zu ermöglichen.

- 59 • den Ausbau aller Strecken für eine Geschwindigkeit von mindestens 120
60 km/h.

- 61 • Machbarkeitsstudien zur Reaktivierung sämtlicher stillgelegter Strecken in
62 Thüringen.

- 63 • Modellprojekte zur tatsächlichen Abschätzung der Bedarfe an bislang nicht
64 genutzten Schienenverkehrsverbindungen.

- 65 • eine deutliche verbesserte Taktung zu den Randzeiten in die Peripherie und
66 die Einführung einzelner Nachtverbindungen.

67 → **Bahn fahren: klimaneutral und digital**

68 Die Schiene zukunftsfest zu gestalten, heißt auch die großen gesellschaftlichen
69 Entwicklungen mitzudenken.

70 Bereits jetzt beträgt der Anteil elektrischer Züge bundesweit etwa 80 Prozent.
71 Jede:r, die:der jedoch schon einmal in Thüringen in die Bahn gestiegen ist,
72 weiß, dass wir hier weiter hinter dem Bundesdurchschnitt liegen. Gerade in Nord-
73 und Südthüringen wird ein großer Teil des Nahverkehrs mit Dieseltriebwagen
74 betrieben. Das ist auch gar nicht anders möglich, da die meisten Strecken nicht
75 über Oberleitungen verfügen - selbst die bedeutende Mitte-Deutschland-Verbindung
76 ist nicht durchgehend elektrifiziert. Zwar haben Dieselmotoren mit ihren
77 Kapazitäten noch immer wesentlich bessere Klimabilanzen als PKWs, allerdings ist
78 auch mit ihnen keine klimaneutrale Mobilität zu erreichen.

79 Darüber hinaus verstehen es die Bahnbetreiber:innen noch nicht, die Potenziale
80 der Digitalisierung zu nutzen. Einerseits gibt es zahlreiche Prozesse, die noch
81 immer analog ablaufen - beispielsweise wird so manches Stellwerk noch von Hand
82 betrieben, andererseits gibt es zu wenig digitale Angebote: von WLAN in den
83 Bahnhöfen oder Zügen bis zur Mobilfunkabdeckung unterwegs.

84 Modernisierung muss daher auch Klimaneutralität und Digitalisierung heißen.

85 Wir fordern daher:

- 86 • einen Bahnbetrieb mit 100 Prozent Ökostrom-Nutzung.

- 87 • die Einführung digitaler Stellwerke für einen reibungslosen
88 Betriebsablauf.

- 89 • mittelfristig elektrischer Betrieb auf sämtlichen Bahnstrecken in
90 Thüringen.

- 91 • die Aufrüstung von Bahnhöfen und Zügen mit kostenlosen WLAN-Angeboten.

- 92 • die Mobilfunkabdeckung aller Bahnstrecken durch den Ausbau der (passiven)
93 Mobilfunkinfrastruktur.

94 → **Klotzen statt Kleckern bei laufenden Ausbau-Projekten**

95 Infrastrukturprojekte sind aufwendig und werden immer teurer. Darum ist es klar,
96 dass nicht von heute auf morgen sämtliche Strecken mit Oberleitungen versehen
97 und nicht im nächsten Monat jedes Dorf gut angebunden werden kann.

98 Doch zumindest die bereits laufenden Projekte müssen zukunftssicher zu Ende
99 gedacht und nicht immer nur in Teilen umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass
100 Projekte wie die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung in
101 regelmäßigen Abständen aufgrund wechselnder Minister:innen im
102 Verkehrsministerium komplett zu scheitern drohen oder mit unsäglichen Deals im
103 Bundesrat um deren Finanzierung geschachert werden muss. Zum Vergleich: In den
104 Ausbau der Autobahn 4 sind seit 1990 ca. 3,5 Milliarden Euro geflossen, während
105 um die Mitte-Deutschland-Verbindung (ca. 600 Millionen Euro) lange gestritten
106 werden musste, inkl. unlauterer Deals..

107 Teilweise ziehen sich Projekte aufgrund schwankender Finanzierungszusagen über
108 Jahre und Jahrzehnte hin, sodass sie zwischenzeitlich komplett neu aufgesetzt
109 werden müssen, weil sich die bau- und planungsrechtlichen Bedingungen im Laufe
110 der Zeit geändert haben. Jüngstes Beispiel ist deutliche Verzögerung des Ausbaus
111 der Strecke Nordhausen-Erfurt.

112 Wir fordern daher:

- 113 • eine grundsätzliche Priorisierung von Bauprojekten des Öffentlichen
114 Verkehrs über den Individualverkehr.

- 115 • eine langfristige finanzielle Sicherung für Verkehrsprojekte, auch bei

116 eventuellen Kostensteigerungen.

- 117 • eine Vereinfachung des Planungsrechts, um Ausbau- und Neubauprojekte auf
118 der Schiene zu beschleunigen.

119 **→ Feminismus auf die Schiene bringen**

120 Verkehrsplanung war und ist von patriarchalen Strukturen geprägt und richtet
121 sich daher nach wie vor häufig nach männlichen Mobilitätsbedürfnissen. Dies
122 äußert sich unter anderem in der Lage von Bahnhöfen und Haltepunkten, die
123 hauptsächlich anhand von Wegen der Männer zum Arbeitsplatz geplant werden oder
124 auch an der Einstiegshöhe von Zügen, die beispielsweise das Mitführen eines
125 Kinderwagens stark behindert.

126 Zudem stellt der SPNV für FINTA*-Personen ein besonderes Sicherheitsrisiko dar.
127 Im Großraumwagen oder an Bahnhöfen besteht immer die Gefahr, Opfer von
128 Belästigungen oder Gewaltverbrechen durch andere Fahrgäste zu werden,
129 insbesondere nachts.

130 Wir fordern daher:

- 131 • eine konsequent feministische Verkehrsplanung, die sich an FINTA*-
132 Mobilitätsbedürfnissen orientiert, sowohl bei der Streckenplanung als auch
133 bei der Gestaltung der Fahrzeuge. Bisherige androzentrische Ansätze zur
134 Erfassung von Bedarfen und zur Organisation des Schienenverkehrs müssen
135 der Vergangenheit angehören.
- 136 • eine bessere Ausleuchtung von Bahnhöfen und ein generelle Verbesserung der
137 Sicherheitslage an Bahnstationen und in den Zügen, beispielsweise durch
138 die Aufstockung des Security-Personals
- 139 • verpflichtende Awareness-Schulungen für Zugbegleiter:innen, um bei
140 eventuellen Belästigungen von FINTA*-Personen besser und schneller
141 reagieren zu können. Zugbegleiter:innen und Security-Personal sollen immer
142 paritätisch unterwegs sein.

143 **→ Schluss mit dem Ticket-Wahnsinn, Zeit für ein 365-Euro-Ticket für Thüringen**

144 Thüringen-Ticket, Hopper-Ticket oder VMT-Verbundticket? Tageskarte, Vier-

145 Fahrten-Karte oder doch lieber Einzelfahrt?

146 Verschiedene Verkehrsverbünde und ein wirres Ticketangebot stellen für viele
147 eine extreme Hürde bei der Nutzung des Nahverkehrs da. Preise sind meist
148 undurchsichtig, verwirrend und nicht zuletzt teuer. Die Thüringer Kleinstaaterei
149 auch bei den Nahverkehrsverbänden ist kontraproduktiv. Gleichzeitig kann es
150 nicht die Lösung sein, alle Verbünde lediglich an den VMT anzubinden.

151 Das 9-Euro-Ticket, das im Rahmen des Osterpakets der Bundesregierung für drei
152 Monate erhältlich ist und den Öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland
153 einbezieht, zeigt, dass es auch anders geht. Der Run auf das Ticket beweist, ein
154 simples und günstiges Ticket für den gesamten Nahverkehr wird sehr gut
155 angenommen.

156 Zur Ehrlichkeit gehört allerdings auch dazu, dass es vor allem Menschen in
157 urbanen Gegenden hilft und Personen, die im ländlichen Raum mit tendenziell
158 schlechterer ÖPNV- oder SPNV-Ausstattung, nur selten unterstützt.

159 Wir fordern daher:

- 160 • die Landesregierung auf, einen neuen einheitlichen Verkehrsverbund zu
161 initiieren und die Verkehrsunternehmen zur Teilnahme zu verpflichten.

- 162 • die Weiterentwicklung von Thoska und Azubi-Ticket zu kostenlosem
163 Nahverkehr für Schüler:innen, Azubis, Studierende und
164 Freiwilligendienstleistende.

- 165 • kostenlosen Nahverkehr in ganz Thüringen für Sozialhilfeempfänger:innen,
166 Geflüchtete und Senior:innen.

- 167 • die Einführung eines flächendeckend gültigen 365-Euro-Tickets für ganz
168 Thüringen.

Begründung

erfolgt mündlich

W1NEU2 Zeitwende in der Finanzpolitik

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Um den Herausforderungen der Zwanzigerjahre in Bezug auf Klimakrise,
2 Sicherheitspolitik, Armut, Gender-Ungleichheit sowie Flucht und Migration
3 kraftvoll zu begegnen, fordern wir eine Zeitenwende in der deutschen und
4 europäischen Finanzpolitik. Mit der Modern Monetary Theory (MMT) soll sie auf
5 ein zeitgemäßes wissenschaftliches Fundament gestellt werden (Begründung, Teil
6 2). Unsere konkreten Forderungen, die sich aus dem Zusammentreffen der
7 Erkenntnisse der MMT und unseren sozialdemokratischen Überzeugungen ergeben sind
8 folgende:

- 9 • Wir fordern eine grundsätzliche Abschaffung der Schuldenbremse aus Art. 115
10 Abs. 2 GG. Stattdessen soll Art. 115 Abs. 2 GG die deutsche Fiskalpolitik an
11 einen Vierklang aus folgenden Zielen binden: Klimaschutz, Vollbeschäftigung,
12 Armutsbekämpfung und Preisstabilität. (Begründung, Teil 3)
 - 13 • Wir fordern eine Abschaffung der Europäischen Schuldenregeln, der Nicht-
14 Beistandsklausel und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts.
15 Stattdessen soll ein Europäisches Finanzministerium die Tätigkeit notwendiger
16 Investitionen in
17 Klimaschutz, Armutsbekämpfung, Sicherheit und humanitäre Hilfe sicherstellen.
18 (Begründung, Teil 4)
 - 19 • Wir fordern eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische
20 Stärkung der Gewerkschaften. (Begründung, Teil 5)
 - 21 • Wir fordern die Implementierung einer Job-Garantie (JG) zur Sicherstellung von
22 Vollbeschäftigung, einem menschenwürdigen Existenzminimum und konjunktureller
23 Stabilität. (Begründung, Teil 6)
 - 24 • Wir fordern die Implementierung eines Europäischen Green New Deals (GND) zur
25 effektiven Bekämpfung der Klimakrise unter Berücksichtigung der sozialen Frage.
26 (Begründung, Teil 7)
 - 27 • Wir fordern eine staatliche Vergütung von Care-Arbeit. (Begründung, Teil 8)
- 28 Wir betrachten die aufgeführten Maßnahmen als Meilensteine auf dem Weg die
29 Unzulänglichkeiten des Kapitalismus zu überwinden, sind uns aber voll bewusst,
30 dass dieser Weg durch die genannten Korrekturen in der Finanzpolitik noch lange
31 nicht zu Ende ist.

32 1. Einleitendes

33 Die Zwanzigerjahre des 21. Jahrhundert sind ein Jahrzehnt, in dem schicksalhafte
34 Entscheidungen über die Zukunft der Bürger:innen in Deutschland, aber darüber
35 hinaus in
36 ganz Europa und der ganzen Welt getroffen werden. Es hängt von den
37 Weichenstellungen in
38 diesem Jahrzehnt ab, ob die Klimakrise auf ein Ausmaß zu begrenzen ist, welches
39 das Leben
40 auf unserem Planeten in der Form wie wir es kennen weiterhin möglich macht. Es
41 hängt
42 ebenfalls von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob sich die
43 Europäische
44 Staatengemeinschaft effektiv gegen militärische und terroristische Bedrohungen
45 schützen
46 kann und ob sie weiterhin ein beachteter und einflussreicher Akteur ist.
47 Angesichts dieser
48 epochalen Weichenstellungen, die in den kommenden Jahren zu treffen sind, lastet
49 die
50 Verantwortung, die auf den politischen Entscheidungsträger:innen, aber auch auf
51 jeder:m
52 Bürger:in gewaltig. Als Jusos verstehen wir es als integralen Teil dieser
53 Verantwortung, bei den
54 genannten Weichenstellungen alle Angehörigen unserer Gesellschaft mitzudenken
55 und Kosten
56 und Nutzen sozial gerecht zu verteilen.

57 Wir sind uns einig – die ökologische Transformation unserer Zivilisation muss so
58 schnell wie
59 möglich erfolgen. Ebenso dürfen wir bei der Gewährleistung unserer Sicherheit
60 keinen Tag
61 nachlässig sein. Humanitäre Notlagen, wie die Lebensumstände von Menschen die
62 bei uns
63 Schutz vor Elend, Tod und Verfolgung suchen, dürfen wir keinen Augenblick
64 hinnehmen. Dass
65 die Klimakrise, die Sicherheitskrise und die vielen humanitären Krisen kausal
66 miteinander
67 zusammenhängen, zeigt zudem, dass auch eine sinnvolle Lösung dieser Krisen nur
68 zusammenhängend gedacht werden kann. Es ist also deutlich: die Herausforderungen
69 im
70 Hinblick auf Klima, Sicherheit und die humanitäre Lage müssen gleichzeitig und
71 so schnell wie
72 möglich angepackt werden.

73 Aber was heißt eigentlich ‚so schnell wie möglich‘? Neben dem Vorhandensein von
74 technischen Lösungen, guten politischen Ideen und weitsichtigen Strategien ist
75 bei dieser
76 Frage vor allem auch das Budget von entscheidender Bedeutung. Der Umfang und die

77 Zuteilung von Haushaltsmitteln haben erheblichen Einfluss darauf, wie schnell
78 und wie effektiv
79 Lösungsideen für die aufgeworfenen Probleme umgesetzt werden können. Es ist also
80 bei den
81 vor uns liegenden Weichenstellungen von entscheidender Bedeutung, die
82 finanziellen
83 Möglichkeiten unseres Staates richtig einzuschätzen und politische
84 Entscheidungen auf der
85 Grundlage einer fundierten Kenntnis fiskalischer Vorgänge aufzubauen. Dieser
86 Antrag soll dazu
87 dienen den Diskurs über die Finanzpolitik mit Hilfe der Modern Monetary Theory
88 (MMT) auf
89 eine fundierte theoretische Grundlage zu stellen und Perspektiven zu entwickeln,
90 wie
91 progressive Lösungen der gegenwärtigen Krisen auf dem Fundament einer
92 vernünftigen
93 Fiskalpolitik aussehen könnten. Die MMT ist eine im akademischen Diskurs breit
94 diskutierte
95 Geld- und Wirtschaftstheorie, die in Anlehnung an den Keynesianismus
96 makroökonomische
97 Zusammenhänge auf der Grundlage der Funktionsweise unseres modernen
98 Finanzsystems
99 erklärt. Im Folgenden wollen wir die zentralen deskriptiven Erkenntnisse der MMT
100 skizzieren
101 und anschließend auf dieser theoretischen Grundlage unsere
102 wirtschaftspolitischen
103 Forderungen darlegen.

104 2. Erkenntnisse der MMT

105 2.1 Was ist Geld

106 Modernes Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung. Der Staat definiert die
107 Währung, in der
108 Zahlungen an ihn zu tätigen sind und in der er selbst Zahlungen tätigt. In den
109 meisten Staaten
110 der Europäischen Union heißt diese Währung Euro. Der Staat hat zudem ein Monopol
111 auf die
112 Schöpfung seiner Währung. In der Eurozone – einer Währungsunion – ist der
113 Prozess der
114 Währungsschöpfung institutionell etwas komplexer als in einem Staat mit eigener
115 Landeswährung. Dennoch ändert auch die gemeinsame Währung der Eurozone nichts an
116 der
117 Tatsache, dass unser Geld ein Produkt der staatlichen (europäischen)
118 Rechtsordnung ist.
119 Während Bürger:innen und Unternehmen die staatliche Währung einfach nur für ihre

120 ökonomische Aktivität nutzen, ist der Staat selbst nicht einfacher Nutzer
121 sondern Schöpfer
122 dieser Währung. Gesetzt den Fall ein Staat bindet seine Währung nicht zu einem
123 fixen Kurs an andere
124 Vermögenswerte (z.B. Fremdwährungen oder Gold), ist er in seiner Geldpolitik
125 vollkommen
126 unabhängig. Er kann die Leitzinsen beliebig festsetzen und in beliebigem Umfang
127 Währung in
128 Umlauf bringen.

129 Der Staat kann sich in Währungsfragen aber auch Regeln und Einschränkungen
130 auferlegen. Er
131 kann zum Beispiel seine Währung zu einem festen Austauschverhältnis an andere
132 Vermögenswerte binden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren deutsche Währungen
133 etwa
134 zu einem festen Wechselkurs an Gold gebunden (Goldstandard). Nach dem Zweiten
135 Weltkrieg
136 war die Bundesrepublik Teil des Bretton-Woods-Systems, in dem die Deutsche Mark
137 zu einem
138 festen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden war. Auch das Europäische
139 Währungssystem
140 (EWS) war ein solches Regime fixierter Wechselkurse. Derartige
141 Währungsanbindungen
142 schränken den Spielraum eines Staats, die eigene Währung in Umlauf zu bringen
143 und Einfluss
144 auf Kredit- und Anleihezinsen zu nehmen ein. Wenn bei fixierten Wechselkursen
145 die im Umlauf
146 befindliche Menge einer Währung ausgeweitet wird, sinkt deren Wert relativ zu
147 der anderen
148 Währung des Wechselkursregimes. Da aber das Austauschverhältnis fixiert ist, ist
149 die Währung
150 überbewertet. Das führt zu Kapitalflucht und Wettbewerbsnachteilen im Land mit
151 der
152 überbewerteten Währung.

153 Der Euro ist an keine andere bedeutende Währung gebunden. Sein Wechselkurs zu
154 anderen
155 Währungen ist frei. Deswegen sind die geldpolitischen Institutionen der Eurozone
156 (das System
157 nationaler Zentralbanken (ESZB) und anderen Spitze die Europäische Zentralbank
158 (EZB)) in
159 ihrer Geldpolitik unabhängig. Man spricht in diesem Fall von monetärer
160 Souveränität.

161 2.2 Wie funktionieren Staatsausgaben

162 Wenn ein Staat mit souveräner Währung Ausgaben tätigt, schöpft er das benötigte
163 Geld kraft
164 seines Währungsmonopols über seine Zentralbank. Alle Staaten der Eurozone haben
165 ein Konto
166 bei ihrer nationalen Zentralbank und damit indirekt bei der EZB. In Deutschland
167 ist dies das
168 Zentralkonto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank. Genauso haben
169 Geschäftsbanken
170 Konten bei ihrer nationalen Zentralbank.

171 Wenn der deutsche Staat Ausgaben tätigt, passiert Folgendes: Die Bundesbank
172 bucht das
173 Zentralbankkonto derjenigen Geschäftsbank hoch, bei der der/die
174 Zahlungsempfänger:in der
175 staatlichen Ausgabe sein/ihr Konto hat. Dafür schreibt die Geschäftsbank den von
176 der
177 Bundesbank erhaltenen Betrag auf dem Konto des/der Zahlungsempfänger:in gut. In
178 dem
179 Moment, in dem die Bundesbank das Zentralbankkonto der Geschäftsbank hochbucht,
180 erzeugt
181 sie Geld. Dieses Geld war zuvor nicht da und wird durch die Gutschrift bei der
182 Geschäftsbank
183 durch die Bundesbank geschöpft. In der Bilanz der Bundesbank ist dadurch eine
184 zusätzliche
185 Verbindlichkeit entstanden. Damit die Bilanz der Bundesbank ausgeglichen ist,
186 wird das
187 Zentralkonto des Bundes um den entsprechenden Betrag belastet. Der Bund hat also
188 sozusagen jetzt ‚Schulden‘ bei der Bundesbank. Das ist so formal auch logisch,
189 denn schließlich
190 hat die Bundesbank durch ihre Gelderzeugung ja die Ausgabe des Bundes getätigt.
191 Aber was
192 ist die Bedeutung dieser ‚Schulden‘?

193 Der Bund und die Bundesbank sind beide Institutionen des Deutschen Staates. Zu
194 behaupten,
195 eine staatliche Institution habe Schulden bei der anderen staatlichen
196 Institution ist nicht
197 sinnvoll. An dem Verschuldungsgrad des Staats als Ganzem ändert das schließlich
198 nichts. Wenn
199 der Bund 100€ ‚Schulden‘ bei der Bundesbank hat, hat die Bundesbank 100€
200 ‚Forderungen‘ beim Bund. Damit ist die Nettoverschuldung des Staats trotzdem
201 Null. Natürlich hat die Bundesbank im Beispiel der Staatsausgaben Geld an eine
202 Geschäftsbank bezahlt. Insofern hat der Staatssektor als Ganzes trotzdem eine
203 Netto-Verbindlichkeit gegenüber dem Privatsektor.

204 Bei den beschriebenen Bilanzausgleichungen wird diese Verbindlichkeit als

205 negatives
206 Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes abgebildet. Aber von Schulden zu
207 sprechen
208 wäre dennoch in der Sache falsch, denn das Geld ist ja durch das Hochbuchen des
209 Zentralbankkontos der Geschäftsbank durch die Bundesbank entstanden. Die
210 Bundesbank hat
211 sich dieses Geld nirgends ausgeliehen. Sie hat es – kraft ihres Währungsmonopols
212 – einfach
213 geschaffen. Das negative Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes ist
214 nichts weiter
215 als der ‚Bilanzschatten‘ dieser Gelderzeugung durch die Zentralbank.

216 Steuereinnahmen haben hier zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt. Wie anhand
217 der
218 beschriebenen Prozesse deutlich wird, könnte der Bund theoretisch bis in alle
219 Ewigkeit in
220 seiner eigenen Währung Ausgaben tätigen, ohne irgendeiner Instanz oder einem
221 Menschen
222 dafür etwas schuldig zu sein. Das ist so aus dem einfachen Grund, weil der Staat
223 Währungsschöpfer ist. Kein:e Bürger:in muss jemals irgendetwas bezahlen, was der
224 Staat
225 zuvor ausgegeben hat. Der/die Steuerzahler:in bezahlt keine Staatsausgaben und
226 folglich
227 werden mit Staatsausgaben auch unter keinen Umständen künftige Generationen
228 belastet.
229 Bei der Steuerzahlung fließt Geld von den Konten von Bürger:innen und
230 Unternehmen über
231 das Kontensystem der Zentralbank auf das Zentralkonto des Bundes. Hier
232 verringern die
233 Steuerzahlungen also das negative Nettovermögen des Bundes. Die finanzielle
234 Situation des
235 Staates ändert das allerdings in keiner Weise. Selbst wenn sich der Staat nach
236 jahrelangen
237 Haushaltsüberschüssen im herkömmlichen Sinne ‚entschulden‘ und ‚Rücklagen‘
238 bilden würde,
239 wäre das finanziell völlig bedeutungslos. Selbst ein positives Nettovermögen auf
240 dem
241 Zentralkonto des Bundes heißt im Endeffekt nur: Der Bund hat ein Guthaben bei
242 der
243 Bundesbank, bzw. die Bundesbank hat eine Verbindlichkeit gegenüber dem Bund. Das
244 ist
245 bedeutungslos, denn das Nettoguthaben oder die Nettoverschuldung des Staats als
246 Ganzem
247 ist immer noch Null. Das positive Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes
248 verändert
249 die Möglichkeit Ausgaben zu tätigen in keiner Weise. Steuern finanzieren keine
250

Staatsausgaben.

251 Der Staat muss sich also die finanziellen Ressourcen für seine Ausgaben weder
252 von
253 Steuerzahler:innen beschaffen, noch mittels Krediten vom Privatsektor ausleihen,
254 denn in der
255 institutionellen Gestalt der Zentralbank ist der Staat selbst unerschöpfliche
256 Quelle von Geld.
257 Der Staat kann ganz ohne Steuereinnahmen und Kreditaufnahme in seiner eigenen
258 Währung
259 unbegrenzt Geld ausgeben und wird trotzdem niemals in dieser Währung ‚Pleite
260 gehen‘. Denn
261 in seiner Ausgabebetätigkeit ist es dem Staat unmöglich sich im herkömmlichen
262 Sinne zu
263 verschulden, da er die ausgegebenen Mittel stets selbst erzeugt. Steuern und
264 staatliche Kredite
265 (staatliche Kreditaufnahme funktioniert über die Emission von Staatsanleihen)
266 sind für die
267 Staatsfinanzierung nicht notwendig. Ebenso bedeuten Haushaltsüberschüsse auch
268 keine
269 erweiterten finanziellen Spielräume für den Staat, denn er kann für seine
270 Ausgabewünsche
271 unbegrenzt Geld schöpfen – ganz gleich ob er in einer bestimmten Zeitperiode
272 (z.B. einem
273 Jahr) dem Wirtschaftskreislauf über Steuern weniger, gleich viel, oder mehr Geld
274 entzieht wie
275 er in dieser Periode ausgegeben hat.
276 Wir halten fest: Steuern (und Staatsanleihen) finanzieren keine Staatsausgaben
277 und
278 Haushaltsdefizite sind folglich auch keine Belastung für künftige Generationen.
279 Wozu braucht
280 es dann überhaupt Steuern und weshalb emittiert der Staat dann Staatsanleihen?

281 2.3. Wozu Steuern

282 Obwohl Steuern für die Staatsfinanzierung im monetären Sinne bedeutungslos sind,
283 haben sie
284 eine große Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Zunächst dienen sie dazu,
285 dass die
286 staatliche Währung in Wirtschaft und Bevölkerung akzeptiert wird. Indem der
287 Staat
288 Steuerforderungen in der von ihm definierten Währung erhebt, schafft er eine
289 Nachfrage für
290 diese Währung. Schließlich benötigen alle Bürger:innen und Unternehmen die
291 Währung um
292 ihre Steuerschuld zu tilgen. Darüber hinaus sind Steuern das zentrale Instrument

293 der
294 Umverteilung von Vermögen und indem sie Bürger:innen und Unternehmen Kaufkraft
295 entziehen, schaffen sie Platz für die staatliche Nachfrage nach Gütern und
296 Dienstleistungen.
297 Zuletzt können Konsumsteuern als Lenkungsinstrumente eingesetzt werden, wie das
298 etwa von
299 der Tabaksteuer bekannt ist. Steuern sind also unverzichtbar – allerdings dienen
300 sie nicht dazu
301 irgendetwas zu finanzieren. Insofern ist auch die Formel „Starke Schultern
302 müssen mehr
303 tragen“ in der Sache ökonomisch falsch. Wir brauchen das Geld der Reichen nicht
304 um Armut
305 zu bekämpfen, den Klimawandel aufzuhalten und humanitäre Katastrophen
306 abzuwenden. Wir
307 können es ihnen trotzdem wegzunehmen, damit sie mit ihrem Konsum nicht so viele
308 Treibhausemissionen verursachen, gesellschaftliche Machtasymmetrien aufbauen und
309 keine
310 Ressourcen in Anspruch nehmen, die anderweitig sinnvoller eingesetzt werden
311 könnten. Das
312 ist aber eine politische Frage und keine ökonomische. Umverteilung ist
313 selbstverständlich
314 weiterhin notwendig. Die Sicherstellung formal gleicher Chancen reicht nicht
315 aus, um
316 gesellschaftliche Asymmetrien gerecht auszugleichen.
317 Jedenfalls müssen wir unsere linken Narrative von der Vorstellung befreien, der
318 Staat sei
319 finanziell auf das Geld der Reichen angewiesen. Das zeugt von einer Unkenntnis
320 der
321 Funktionsweise modernen Geldes und verspielt Vertrauen in unsere ökonomische
322 Kompetenz.

323 2.4. Wozu Staatsanleihen

324 Und was ist mit den Staatsanleihen? Staatsanleihen sind verzinste staatliche
325 Wertpapiere, die
326 von Akteur:innen des Privatsektors erworben werden können. Sie können
327 unterschiedliche
328 Laufzeiten haben und werden nach Ablauf der Laufzeit vom Staat wieder ausgelöst.
329 Beim Kauf
330 einer Staatsanleihe geschieht bilanziell genau das gleiche wie bei der
331 Steuerzahlung. Einlagen
332 auf dem Konto des/der Käufer:in werden gestrichen und auf dem Zentralkonto des
333 Bundes
334 gutgeschrieben. Sowohl durch Steuereinnahmen als auch durch die Emission von
335 Staatsanleihen kann der Bund den Saldo auf dem Zentralkonto des Bundes erhöhen.
336 Wie inzwischen deutlich geworden sein dürfte, ist das für die Tätigkeit von

337 Staatsausgaben
338 ökonomisch gesehen völlig unerheblich. Der deutsche Staat hat sich allerdings
339 rechtliche
340 Auflagen gegeben, welche die Ausgabentätigkeit künstlich einschränken. Genauer
341 handelt es
342 sich hierbei um die §§ 19 & 20 des Bundesbankgesetzes. Hier ist normiert, dass
343 das
344 Zentralkonto des Bundes nur innerhalb eines Tages überzogen werden darf, aber
345 nach Ablauf
346 eines Tages stets wieder ausgeglichen werden muss. Aus rechtlichen – nicht aus
347 ökonomischen
348 – Gründen darf das Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes also
349 tatsächlich nicht
350 negativ sein. Aus diesem Grund muss der Bund also tatsächlich bei einer Ausgabe
351 entweder
352 durch Steuereinnahmen oder die Emission von Staatsanleihen sein Konto
353 ausgleichen. Es
354 handelt sich hierbei um eine rechtliche Selbstbindung, nicht um eine ökonomische
355 Notwendigkeit. Auch das muss Basiswissen in der politischen Debatte sein. Wir
356 fordern keine
357 Abschaffung dieser Regeln. Staatsanleihen sind durchaus sinnvoll, denn erstens
358 sind
359 Staatsanleihen für den Privatsektor i.d.R. ein risikofreies Sparinstrument und
360 zweitens entzieht
361 die Begabe von Staatsanleihen dem Privatsektor Kaufkraft, was bei einer
362 umfangreichen
363 staatlichen Ausgabentätigung zur Stabilisierung des Preisniveaus wichtig ist
364 (siehe nächster
365 Abschnitt). Allein, Staatsanleihen sind genauso wenig wie Steuern für die
366 Tätigkeit von
367 Staatsausgaben notwendig.

368 2.5 Inflation und realwirtschaftliche Grenzen der Staatsausgaben

369 Die Frage, wie hoch staatliche Ausgaben idealerweise tatsächlich sein sollten
370 ist aber durch
371 die schiere theoretische Möglichkeit unbegrenzter Staatsausgaben noch nicht
372 beantwortet.
373 Wenn Preisstabilität gewährleistet werden soll, können die Staatsausgaben in der
374 Tat nicht
375 unendlich hoch sein. Schließlich kann vom Staat nur gekauft werden, was in der
376 staatlichen
377 Währung zum Verkauf steht. Da aufgrund knapper Ressourcen das Angebot an Gütern,
378 Dienstleistungen und Arbeit begrenzt ist, kann eine zu hohe staatliche Nachfrage
379 zu
380 steigenden Preisen führen. Allerdings ist das erst der Fall, wenn das Angebot

381 der
382 nachgefragten Gegenstände selbst nicht mehr steigen kann. Hier liegt also die
383 natürliche
384 Grenze der staatlichen Ausgabentätigkeit – vorausgesetzt ein konstantes
385 Preisniveau wird
386 angestrebt (wofür wir selbstverständlich eintreten). Wenn es zu politischen
387 Zwecken (wie dem
388 Kampf gegen die Klimakrise) notwendig ist, staatlicherseits mehr Ressourcen zu
389 beanspruchen
390 als nach Abzug der privaten Nachfrage verfügbar sind, muss dem Privatsektor
391 Kaufkraft
392 entzogen werden, damit das Preisniveau gehalten werden kann. Dafür sind Steuern
393 und
394 Staatsanleihen probate fiskalische Steuerungsinstrumente.
395 Inflation ist ein dauerhafter Anstieg des Preisniveaus. Sie kann durch
396 unterschiedlichste
397 Faktoren bedingt sein. Allgemein wird zwischen der (angebotsseitigen)
398 Kostendruckinflation
399 und der nachfrageinduzierten Inflation unterschieden. Bei der
400 Kostendruckinflation führen
401 negative Produktionsschocks (z.B. im Agrarsektor eine klimatisch bedingte
402 Missernte) oder
403 Friktionen in Lieferketten zu einer Verknappung des Angebots. Bei
404 gleichbleibender Nachfrage
405 steigt dann der Preis. Bei verbreitet eingesetzten Rohstoffen wie Öl, Gas oder
406 auch Weizen
407 erhöhen gestiegene Preise unmittelbar die Produktionskosten für zahlreiche
408 weitere
409 Produkte. Es kommt also zu einer angebotsseitigen Kettenreaktion der
410 Preissteigerungen, die
411 sich zu einem steigenden allgemeinen Preisniveau aufaddieren.
412 Nachfrageinduzierte Inflation
413 kommt grob gesagt zustande, wenn die Kaufkraft der Konsument:innen schneller
414 steigt als das
415 Angebot der Unternehmen. Solche Kaufkraftsteigerungen können etwa die Folge von
416 Lohnerhöhungen sein. Allerdings wäre es falsch davon auszugehen, dass
417 Lohnsteigerungen
418 automatisch zu steigenden Preisen führen. Erstens können Unternehmen in einer
419 Konkurrenzsituation nicht willkürlich ihre Preise anheben, weil sie sonst um
420 ihren Marktanteil
421 bangen müssten. (Insofern wirken Lohnsteigerungen als Umverteilungsmechanismus
422 von
423 Kapital zu Arbeit). Zweitens kann eine gestiegene Nachfrage (sofern noch
424 Produktionsfaktoren
425 verfügbar sind) zu einer Ausweitung der Produktion und ggf. in diesem Zuge durch
426 den
427 Markteintritt neuer Anbieter sogar zu Preissenkungen führen.

428 Im schlechtesten Fall wirken beide Kausalfaktoren der Inflation zusammen. Das
429 ist das Szenario
430 einer Lohn-Preis-Spirale: Gestiegene Preise führen zu höheren Lohnforderungen
431 der
432 Arbeitnehmer:innen, und die in der Folge steigenden Löhne führen wieder zu noch
433 weiter
434 steigenden Preisen, da sie ja ihrerseits eine Komponente der Produktionskosten
435 sind.
436 Von Ausweitungen und Verknappungen der Geldmenge ist die Inflation aber nur
437 bedingt
438 abhängig. Die monetaristische Idee, dass Inflation immer und überall schlichtweg
439 das Ergebnis
440 zu expansiver Geldpolitik sei, hat sich nicht bewährt. Sie ist schon allein
441 deshalb falsch, weil
442 eine Erhöhung der (Zentralbank-)Geldmenge (z.B. durch den Ankauf von
443 Staatsanleihen durch
444 die Zentralbank) kaum in die Realwirtschaft vordringt. Geschäftsbanken sind
445 heute in ihrer
446 Kreditvergabe weitgehend unabhängig von der Menge an Zentralbankgeld, die ihnen
447 durch
448 den Abkauf von Staatsanleihen zur Verfügung gestellt wird. Die Kreditvergabe ist
449 im
450 Wirtschaftssystem endogen. Die Zentralbank hat allenfalls über den Leitzins
451 Auswirkungen
452 darauf.

453 Die gegenwärtig hohen Preissteigerungen sind vor allem auf die nach wie vor
454 pandemiebedingte
455 Beeinträchtigung von Lieferketten und realwirtschaftliche Auswirkungen des
456 russischen
457 Angriffskriegs in der Ukraine zurückzuführen. Sie haben mit der Geldpolitik der
458 EZB wenig und
459 mit deren Anleihenkäufen praktisch gar nichts zu tun. Die Geldpolitik kann die
460 Inflation um
461 den Preis einer Rezession durch scharfe Leitzinserhöhungen bremsen, allerdings
462 sind dadurch
463 die Inflationsursachen selbst noch lange nicht nachhaltig beseitigt. Inflation
464 ist ein weitgehend
465 realwirtschaftliches Phänomen und als solches sollte sie auch behandelt werden.
466 Für die Ausgabentätigkeit des Staats bedeutet diese Erkenntnis, dass eine
467 expansive
468 Fiskalpolitik ein Inflationsrisiko sein kann, aber nicht sein muss. Steigert der
469 Staat in Zeiten
470 negativer Angebotsschocks oder im Zustand der Ausreizung der
471 volkswirtschaftlichen
472 Ressourcen seine Ausgaben kommt es zur Übernachfrage und damit zur Gefahr von
473

474 (nachfrageinduzierter) Inflation. Sind allerdings noch Ressourcen verfügbar,
475 führen steigende
476 Staatsausgaben nicht zur Inflation. Hier zeigt sich wieder: Es gibt eine
477 (sinnvolle) Grenze der
478 Staatsausgaben, aber die rührt von realwirtschaftlichen Ressourcenknappheiten
479 und nicht von
480 einer vermeintlichen monetären Knappheit her.
481 Mit diesen Erkenntnissen über das moderne Finanzsystem im Hinterkopf wollen wir
482 nun einige
483 wirtschaftspolitische und rechtliche Regelungen adressieren, die nicht im
484 Einklang mit der
theoretischen Vernunft der vorangegangenen makroökonomischen Analyse stehen.

485 3. Abschaffung der Schuldenbremse

486 Gemäß der in Art. 115 Abs. 2 GG verankerten sogenannten ‚Schuldenbremse‘ darf
487 die
488 Bundesregierung grundsätzlich nicht mehr Geld ausgeben, als dem Bundeshaushalt
489 durch
490 Steuereinnahmen zufließt. Genau genommen darf ein strukturelles Haushaltsdefizit
491 in Höhe
492 von 0,35% des BIP hingenommen werden (vgl. Art. 115 Abs. 2 GG). Die sogenannte
493 Konjunkturkomponente in der Schuldenbremse lockert diese harte Budgetrestriktion
494 in
495 Rezessionszeiten auf. Allerdings sieht die Formulierung im Gesetzestext
496 derartige Ausnahmen
497 von der Schuldenbremse nur für den Fall vor, wenn das Wirtschaftswachstum
498 signifikant
499 negativ von seinem Trend abweicht (konventionelle Berechnung der sog. Output-
500 Lücke).
501 Allerdings kann es sein, dass die volkswirtschaftlichen Ressourcen der
502 Bundesrepublik auch
503 bei trendmäßig wachsendem BIP nicht ausgelastet sind. In diesem Fall besteht bei
504 einer
505 Erhöhung der Staatsausgaben kein Inflationsrisiko. Dennoch muss unter der
506 aktuellen Norm
507 auch in diesem Fall die Schuldenbremse eingehalten werden. Das erschwert den
508 Kampf gegen
509 Arbeitslosigkeit, Armut und Klimakrise mit dem Instrumentarium der Fiskalpolitik
510 erheblich.
511 Wie aus dem vorangegangenen Theorieteil hervorgeht, macht eine solche
512 vermeintliche
513 ‚Schulden‘-Regel ökonomisch keinen Sinn. Sie baut auf einem grundfalschen
514 Verständnis
515 staatlicher Finanzen auf, denn sie behandelt den öffentlichen Haushalt wie einen
516 Privathaushalt (Währungsnutzer anstatt Währungsschöpfer).

517 Die neoliberale Sparideologie darf keinen mangelnden Willen für politische
518 Reformen
519 legitimieren. Notwendige Zukunftsinvestitionen dürfen nicht von willkürlichen
520 Kennzahlen
521 verzögert werden.

522 Sowohl in der Zeit der Großen Koalition, als auch unter der neuen
523 Bundesregierung wird
524 mittelfristig das Ziel ausgeglichener Haushalte angestrebt. Eine solche
525 ökonomisch sinnfreie
526 heilige Kuh darf nicht das zentrale Leitmotiv bundesdeutscher Fiskalpolitik
527 sein.

528 4. Die Schuldenregeln der EU

529 Aus dem gleichen Grund, aus dem wir für eine Abschaffung der Schuldenbremse auf
530 Bundesebene plädieren, fordern wir die Abschaffung der Schuldenregelungen auf
531 EU-Ebene.

532 Das betrifft das in Art. 140 Abs. 1 AEUV normierte zweite sogenannte
533 Konvergenzkriterium,
534 das nach Konkretisierung durch den Rat der Europäischen Union Haushaltsdefizite
535 der
536 Mitgliedstaaten auf maximal 3% des BIP und die Schuldenstandsquote auf maximal
537 60%
538 begrenzt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der das Ziel von ausgeglichenen
539 Haushalten
540 oder sogar Überschusshaushalten für die EU-Staaten vorschreibt, muss aufgrund
541 seiner
542 ökonomischen Unsinnigkeit ebenfalls abgeschafft werden. Gleiches gilt für die
543 Nichtbeistandsklausel, die verbietet, dass ein Mitgliedstaat für die Schulden
544 eines anderen
545 Mitgliedstaats aufkommt.

546 Die gegenwärtig zurückhaltende Fiskalpolitik unter den Bedingungen der
547 Maastricht Kriterien
548 hemmt das europäische Wirtschaftswachstum für Jahrzehnte. Eine Reform der
549 Europäischen
550 Finanzarchitektur soll diesen Missstand beseitigen. Die von uns vorgeschlagene
551 Reform
552 beinhaltet neben der bereits genannten Abschaffung der europäischen
553 Schuldenregeln die
554 Einführung eines Europäischen Finanzministeriums. Ein Europäisches
555 Finanzministerium
556 könnte die notwendigen Mittel für Projekte bereitstellen, die nur im
557 europäischen Rahmen
558 sinnvoll implementiert werden können (das Prinzip der Subsidiarität bleibt
559 geachtet). Der in

560 Teil 7 skizzierte Green New Deal stellt eines dieser Projekte dar. Maßnahmen zum
561 Schutz und
562 zur Unterstützung Geflüchteter sowie solche zur Stärkung der
563 sicherheitspolitischen
564 Autonomie der EU fallen aber ebenfalls in diese Kategorie. Das Europäische
565 Finanzministerium
566 würde Europäische Anleihen emittieren, die dann von privaten Investor:innen auf
567 dem
568 Primärmarkt erworben werden könnten, wobei eine Ankaufgarantie der EZB auf dem
569 Sekundärmarkt das Risiko für Investor:innen auf Null reduziert. Die europäische
570 Integration,
571 hin zu einer ‚ever closer union‘, wird auf diese Weise weiter vorgebracht.

572 5. Höhere Löhne für die Stabilität der EU

573 Jede offene Volkswirtschaft besteht aus drei Sektoren: dem öffentlichen Sektor,
574 dem
575 Privatsektor und dem Ausland. Klar ist, wenn ein Sektor netto spart, muss sich
576 mindestens
577 ein anderer Sektor netto verschulden um diese Ersparnis zu ermöglichen. Es ist
578 logisch
579 unmöglich, dass alle drei Sektoren gleichzeitig sparen. Wenn alle Sektoren
580 sparen, gehen die
581 Ausgaben aller Sektoren zurück. Da aber die Ausgaben eines Akteurs immer
582 gleichzeitig die
583 Einnahmen eines anderen Akteurs sind, gehen damit logischerweise auch die
584 Einnahmen
585 zurück. Wenn also alle drei Sektoren sparen wollen, berauben sie sich selbst der
586 notwendigen finanziellen Ressourcen um zu sparen. Das ist das klassisch
587 keynesiansiche
588 Sparparadox.

589 Seit den Agenda-Jahren sind in Deutschland sowohl privater als auch öffentlicher
590 Sektor
591 regelmäßig gleichzeitig Netto-Sparer. Logischerweise kommt das Geld für das
592 private Sparen
593 unter Erzielung von öffentlichen Haushaltsüberschüssen aus dem Ausland. Konkret
594 sorgen die
595 deutschen Handelsbilanzüberschüsse für diesen Geldzufluss. Diese
596 Handelsbilanzüberschüsse
597 wiederum sind maßgeblich dadurch bedingt, dass in Deutschland seit Beginn des
598 Jahrhunderts
599 die Löhne nicht mehr im Einklang mit dem Produktivitätswachstum steigen. Durch
600 diese
601 Niedriglohnpolitik genießt die deutsche Wirtschaft Wettbewerbsvorteile, die aber
602 zulasten der

603 Konkurrenzfähigkeit anderer europäischer Volkswirtschaften gehen. Dadurch
604 zwingen wir
605 unsere europäischen Partner (insbesondere die südeuropäischen Staaten) unsere
606 Handelsbilanzüberschüsse durch eigene Handelsbilanzdefizite auszugleichen. Es
607 ist logisch
608 notwendig, dass sich unsere europäischen Partner dafür verschulden. Die
609 fehlgeleitete
610 Fiskalpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass Deutschland
611 seine
612 Arbeitslosigkeit an seine schwächeren europäischen Nachbarn exportiert und mit
613 seinen
614 Handelsbilanzüberschüssen südeuropäische Staaten in die Verschuldung gedrängt
615 hat.
616 Weil uns an einer solidarischen und stabilen Europäischen Union gelegen ist,
617 muss diese Politik
618 umgekehrt werden! Wir brauchen ein signifikantes Lohnwachstum in Deutschland um
619 unseren
620 europäischen Partnern wieder faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Wir
621 fordern
622 daher eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische
623 Stärkung der
624 Gewerkschaften. In Anbetracht der pandemie- und kriegsbedingten temporären
625 Knappheiten
626 in der Realwirtschaft sollen diese Maßnahmen behutsam und schrittweise umgesetzt
627 werden.
628 Außerdem fordern wir eine Abkehr von der harten deutschen Linie in der EU, die
629 südeuropäischen Staaten zur Lösung eines von Deutschland maßgeblich
630 mitgeschaffenes
631 Problems eine sozial und ökonomisch verheerende Austeritätskur aufoktroziert.

632 6. Die Job-Garantie

633 Strukturelle Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftliche Folgeprobleme, gehörten
634 der
635 Vergangenheit an. Soziale Isolation, Kriminalität, Landflucht, gesundheitliche
636 und familiäre
637 Probleme sowie frühzeitige Schulabgänge können nach Verlust einer (eigenen)
638 geregelten
639 Arbeit zu erheblichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen
640 führen.
641 Gemeinschaftsbildung, soziales Netzwerken, praxisorientiertes Lernen sowie die
642 Sicherung
643 von intergenerationeller Stabilität, u.a. können ohne geregelte Beschäftigung,
644 nur schwer ihre
645 integrativen Kräfte entfalten.
646 Die Implementierung einer Job-Garantie (JG) soll strukturelle Arbeitslosigkeit

647 und ihre
648 Folgeprobleme beseitigen. Sie kann zudem helfen die Ziele einer
649 volkswirtschaftlichen
650 Effizienzsteigerung, einer Reduktion sozialer Reibungspunkte und dem Kampf gegen
651 vermachtete Ungerechtigkeiten, besser zu erreichen.
652 Das Ziel des Programms ist es, jeder arbeitswilligen Person eine gemeinnützige
653 Arbeit
654 anzubieten. Der Staat als ‚Arbeitgeber der letzten Instanz‘ könnte so einen
655 sozial akzeptablen
656 Mindestlohn und entsprechende Arbeitsbedingungen, auch in der Privatwirtschaft,
657 durchsetzen. Löhne und Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft werden
658 natürlicherweise
659 mindestens auf dem gleichen, wenn nicht sogar auf einem höheren Niveau sein als
660 in der Job-
661 Garantie. Wäre das nicht der Fall, hätten Arbeitnehmer:innen keinen Anreiz
662 überhaupt von
663 einem JG-Job in die Privatwirtschaft zu wechseln. Private Arbeitgeber sind so
664 gezwungen
665 attraktivere Löhne und akzeptable Arbeitsbedingungen zu bieten um überhaupt an
666 Arbeitskräfte zu gelangen. Der Niedriglohnsektor wird effektiv ausgetrocknet.
667 Die Job-
668 Garantie wirkt wie ein natürlicher Mindestlohn. Die JG-Jobs werden im Rahmen
669 regionaler
670 oder kommunaler Ebene vorgeschlagene Projekte angeboten, welche nach Prüfung des
671 gesellschaftlichen Nutzens und ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten von zentraler
672 Stelle
673 finanziert werden. Im Rahmen der Jobgarantie könnte die demokratische
674 Partizipation der
675 Bürger:innen gestärkt werden, indem z.B. Jugendparlamente oder andere
676 überparteiliche
677 Interessensvertretungen in die Schaffung von JG-Jobs miteinbezogen werden.
678 Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten im Falle einer Rezession nicht nur die
679 Nachfrage
680 und damit die Konjunktur stabilisieren; positiver Nebeneffekt der JG könnte
681 weiterhin eine
682 höhere Konkurrenz der Unternehmen um Geringverdiener:innen sein. Asymmetrische
683 Machtkonstellationen auf dem Arbeitsmarkt würden so effektiv bekämpft und
684 Arbeitsbedingungen verbessert werden. Damit hätten die Arbeitgeber:innen einen
685 Anreiz,
686 Arbeitskräfte effizienter einzusetzen. Gleichzeitig entsteht ein Depot an
687 qualifizierten und
688 routinierten Arbeitskräften, das je nach Bedarf der Privatwirtschaft größer oder
689 kleiner ist.
690 Weiterhin sollte der Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage automatisch für
691 erhöhte Löhne sorgen, falls der Bedarf an Arbeitskräften in der Privatwirtschaft
692 steigt. Ein
693 Depot aus arbeitenden Personen, die der Privatwirtschaft potentiell zur

694 Verfügung stehen
695 (NAIBER), kann flexibler abgerufen werden, wobei Vollbeschäftigung staatlich
696 garantiert wird.
697 Preisstabilität kann so im Vergleich zu neoklassischen Konzepten oder zum
698 bedingungslosen
699 Grundeinkommen auf effizientere Weise sichergestellt werden. Sollte die
700 Inflation in einem
701 Wirtschaftssektor über das von der Regierung angestrebte Ziel hinausgehen wird
702 eine
703 restriktivere Fiskalpolitik angestrebt, welche Ressourcen aus dem inflationären
704 Sektor
705 abfließen lassen sollte. Die JG kann dabei als antizyklischer Stabilisator auf
706 die Konjunktur
707 wirken. Bei starker Konjunktur verringert sich, durch den erhöhten Bedarf an
708 Arbeitskräften
709 die Zahl der staatlich bezahlten Jobs. Hierdurch sinken gleichzeitig die
710 Staatsausgaben und das
711 Überhitzen der Konjunktur wird verhindert. Bei schwacher Konjunktur bietet die
712 JG mehr
713 Stellen an und verhindert so einen Konsumeinbruch. Die JG kompensiert im
714 Gegensatz zur
715 Arbeitslosenunterstützung oder einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht nur
716 den
717 Einkommensverlust, sondern auch den Beschäftigungsverlust.

718 7. Ein ernstgemeinter Europäischer Green New Deal (GND)

719 Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und gleichzeitig den
720 gesellschaftlichen Wohlstand kommender Generationen zu sichern, benötigen wir
721 gewaltige
722 wirtschaftliche Umwälzungen. Weitreichende Reformen, zur Beseitigung dieser
723 Probleme
724 benötigen allerdings eine breite, gesellschaftliche Mehrheit und müssen deshalb
725 eine
726 Mehrheit der Bevölkerung besserstellen um demokratisch durchsetzbar zu sein. Ein
727 von der
728 MMT inspirierter Green New Deal ist unausweichlich.
729 Der Green New Deal ist ein umfangreiches Investitionsprogramm, das die
730 ökologische
731 Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft immens beschleunigt. Auch eine an
732 dem Ziel
733 der Klimaneutralität ausgerichtete Jobgarantie kann ein Element des Green New
734 Deals sein.
735 Ein überzeugender Vorschlag zu der Ausgestaltung eines Green New Deal wurde vom
736 Democracy in Europe Movement (DiEM25) vorgelegt (<https://gnde.diem25.org>).

737 Wie in Teil 2 der Begründung erklärt belaufen sich die volkswirtschaftlichen
738 Kosten für den
739 Green New Deal (GND) lediglich auf die Differenz zwischen den benötigten realen
740 Ressourcen und den Verfügbaren Ressourcen. Ein Ressourcenbedarf, der über die
741 gegenwärtig noch verfügbaren Ressourcen hinausgeht, um die Ziele des GND zu
742 erreichen,
743 kann temporäre Konsumeinschränkungen notwendig machen. Diese können durch
744 diverse
745 fiskalische Instrumente durchgesetzt werden. So können zum Beispiel erhöhte
746 Konsumsteuern die Nachfrage drosseln. Alternativ kann auch der obligatorische
747 Transfer
748 eines gewissen Teils der Arbeitseinkommen auf temporär gesperrte aber verzinste
749 Sparkonten zu einem Konsumaufschub führen, der Einkommensbezieher:innen aber
750 langfristig sogar besserstellt. Der finanzielle Spielraum welcher durch das
751 zusätzliche Budget
752 freigesetzt wurde muss eingesetzt werden, um Europas Klimaneutralität bis 2035
753 sicherzustellen.

754 8. Eine teilweise Monetarisierung der Care-Arbeit

755 Gerade der Wirtschaftssektor der Sozialfürsorge wird in klassischen
756 Wirtschaftsmodellen
757 häufig vernachlässigt. Die Unterteilung in eine Produktions- und eine private
758 Sphäre erscheint
759 willkürlich. Essenzielle Bereiche wirtschaftlicher Aktivität werden demnach
760 ignoriert,
761 übersehen oder unterbewertet. Care-Arbeit muss deshalb vom Staat entsprechend
762 vergütet
763 werden.

764 Care-Arbeit lässt sich schwer auf klassische, wirtschaftliche Modelle
765 übertragen. Ein Fokus auf
766 Wachstum und Effizienzsteigerung kann in der Care Arbeit nicht zu einer
767 Qualitätssteigerung
768 führen. Die Job-Garantie könnte nicht nur für bessere Bedingungen für alle
769 Beteiligten in der
770 Sozialfürsorge führen. Auch erlauben die Erkenntnisse der MMT eine
771 konjunkturunabhängige
772 staatliche Vergütung von Care-Arbeit über den Rahmen der Job-Garantie hinaus.
773 Auch könnte
774 bisher unbezahlte Care-Arbeit durch die Anerkennung als JG-Job entsprechend
775 vergütet
776 werden. Eine Leistung von der - vor allem - aber nicht ausschließlich Finta-
777 Personen
778 profitieren. Die bezahlte Care-Arbeit würde demnach als Ergänzung bei
779 struktureller,

780 marktwirtschaftlicher Unterversorgung dienen.

781 9. Schlussbemerkungen

782 In Thüringen bemerken wir jetzt schon, welche verheerenden Folgen fehlgeleitete
783 Sparpolitik
784 für Zivilgesellschaft, den Gesundheitssektor, Arbeitnehmer:innen, Schüler:innen
785 und
786 Hilfsbedürftige hat. Entscheidungsträger:innen dürfen sich nicht mehr hinter dem
787 Scheinargument der Budgetrestriktionen verstecken. Die erheblich größeren
788 Budgetfreiräume
789 ermöglichen es uns, progressive Projekte deutlich schneller voranzutreiben.
790 Die MMT verspricht einige systemische Fehler des Kapitalismus abzumildern, kann
791 allerdings
792 nicht grundsätzliche Widersprüche auflösen. Ziel muss es deshalb sein, mithilfe
793 der MMT
794 den Kapitalismus zu überwinden. Auch für nicht arbeitswillige Personen muss eine
795 menschenwürdige Versorgung gewährleistet werden. Ein progressiveres Steuersystem
796 bleibt
797 weiterhin unausweichlich, auch wenn dieses nicht zur Staatsfinanzierung
798 beiträgt, sondern
799 für Infaltionsregulierung und zur Abmilderung sozialer Verwerfungen sorgt. Wir
800 sehen die
801 MMT als eine Hilfestellung für die allmähliche Einführung des Sozialismus an.

Begründung

1. Einleitendes

Die Zwanzigerjahre des 21. Jahrhundert sind ein Jahrzehnt, in dem schicksalhafte Entscheidungen über die Zukunft der Bürger:innen in Deutschland, aber darüber hinaus in ganz Europa und der ganzen Welt getroffen werden. Es hängt von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob die Klimakrise auf ein Ausmaß zu begrenzen ist, welches das Leben auf unserem Planeten in der Form wie wir es kennen weiterhin möglich macht. Es hängt ebenfalls von den Weichenstellungen in diesem Jahrzehnt ab, ob sich die Europäische Staatengemeinschaft effektiv gegen militärische und terroristische Bedrohungen schützen kann und ob sie weiterhin ein beachteter und einflussreicher Akteur ist. Angesichts dieser epochalen Weichenstellungen, die in den kommenden Jahren zu treffen sind, lastet die Verantwortung, die auf den politischen Entscheidungsträger:innen, aber auch auf jeder:m Bürger:in gewaltig. Als Jusos verstehen wir es als integralen Teil dieser Verantwortung, bei den genannten Weichenstellungen alle Angehörigen unserer Gesellschaft mitzudenken und Kosten und Nutzen sozial gerecht zu verteilen.

Wir sind uns einig – die ökologische Transformation unserer Zivilisation muss so schnell wie

möglich erfolgen. Ebenso dürfen wir bei der Gewährleistung unserer Sicherheit keinen Tag nachlässig sein. Humanitäre Notlagen, wie die Lebensumstände von Menschen die bei uns Schutz vor Elend, Tod und Verfolgung suchen, dürfen wir keinen Augenblick hinnehmen. Dass die Klimakrise, die Sicherheitskrise und die vielen humanitären Krisen kausal miteinander zusammenhängen, zeigt zudem, dass auch eine sinnvolle Lösung dieser Krisen nur zusammenhängend gedacht werden kann. Es ist also deutlich: die Herausforderungen im Hinblick auf Klima, Sicherheit und die humanitäre Lage müssen gleichzeitig und so schnell wie möglich angepackt werden.

Aber was heißt eigentlich ‚so schnell wie möglich‘? Neben dem Vorhandensein von technischen Lösungen, guten politischen Ideen und weitsichtigen Strategien ist bei dieser Frage vor allem auch das Budget von entscheidender Bedeutung. Der Umfang und die Zuteilung von Haushaltsmitteln haben erheblichen Einfluss darauf, wie schnell und wie effektiv Lösungsideen für die aufgeworfenen Probleme umgesetzt werden können. Es ist also bei den vor uns liegenden Weichenstellungen von entscheidender Bedeutung, die finanziellen Möglichkeiten unseres Staates richtig einzuschätzen und politische Entscheidungen auf der Grundlage einer fundierten Kenntnis fiskalischer Vorgänge aufzubauen. Dieser Antrag soll dazu dienen den Diskurs über die Finanzpolitik mit Hilfe der Modern Monetary Theory (MMT) auf eine fundierte theoretische Grundlage zu stellen und Perspektiven zu entwickeln, wie progressive Lösungen der gegenwärtigen Krisen auf dem Fundament einer vernünftigen Fiskalpolitik aussehen könnten. Die MMT ist eine im akademischen Diskurs breit diskutierte Geld- und Wirtschaftstheorie, die in Anlehnung an den Keynesianismus makroökonomische Zusammenhänge auf der Grundlage der Funktionsweise unseres modernen Finanzsystems erklärt. Im Folgenden wollen wir die zentralen deskriptiven Erkenntnisse der MMT skizzieren und anschließend auf dieser theoretischen Grundlage unsere wirtschaftspolitischen Forderungen darlegen.

2. Erkenntnisse der MMT

2.1 Was ist Geld

Modernes Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung. Der Staat definiert die Währung, in der Zahlungen an ihn zu tätigen sind und in der er selbst Zahlungen tätigt. In den meisten Staaten der Europäischen Union heißt diese Währung Euro. Der Staat hat zudem ein Monopol auf die Schöpfung seiner Währung. In der Eurozone – einer Währungsunion – ist der Prozess der Währungsschöpfung institutionell etwas komplexer als in einem Staat mit eigener Landeswährung. Dennoch ändert auch die gemeinsame Währung der Eurozone nichts an der Tatsache, dass unser Geld ein Produkt der staatlichen (europäischen) Rechtsordnung ist. Während Bürger:innen und Unternehmen die staatliche Währung einfach nur für ihre ökonomische Aktivität nutzen, ist der Staat selbst nicht einfacher Nutzer sondern Schöpfer dieser Währung. Gesetzt den Fall ein Staat bindet seine Währung nicht zu einem fixen Kurs an andere Vermögenswerte (z.B. Fremdwährungen oder Gold), ist er in seiner Geldpolitik vollkommen unabhängig. Er kann die Leitzinsen beliebig festsetzen und in beliebigem Umfang Währung in Umlauf bringen.

Der Staat kann sich in Währungsfragen aber auch Regeln und Einschränkungen auferlegen. Er kann zum Beispiel seine Währung zu einem festen Austauschverhältnis an andere Vermögenswerte binden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren deutsche Währungen etwa zu einem festen Wechselkurs an Gold gebunden (Goldstandard). Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Bundesrepublik Teil des Bretton-Woods-Systems, in dem die Deutsche Mark zu einem festen Wechselkurs an den US-Dollar gebunden war. Auch das Europäische Währungssystem (EWS) war ein solches Regime fixierter Wechselkurse. Derartige Währungsanbindungen schränken den Spielraum eines Staats, die eigene Währung in Umlauf zu bringen und Einfluss auf Kredit- und Anleihezinsen zu nehmen ein. Wenn bei fixierten Wechselkursen die im Umlauf befindliche Menge einer Währung ausgeweitet wird, sinkt deren Wert relativ zu der anderen Währung des Wechselkursregimes. Da aber das Austauschverhältnis fixiert ist, ist die Währung überbewertet. Das führt zu Kapitalflucht und Wettbewerbsnachteilen im Land mit der überbewerteten Währung.

Der Euro ist an keine andere bedeutende Währung gebunden. Sein Wechselkurs zu anderen Währungen ist frei. Deswegen sind die geldpolitischen Institutionen der Eurozone (das System nationaler Zentralbanken (ESZB) und anderen Spitze die Europäische Zentralbank (EZB)) in ihrer Geldpolitik unabhängig. Man spricht in diesem Fall von monetärer Souveränität.

2.2 Wie funktionieren Staatsausgaben

Wenn ein Staat mit souveräner Währung Ausgaben tätigt, schöpft er das benötigte Geld kraft seines Währungsmonopols über seine Zentralbank. Alle Staaten der Eurozone haben ein Konto bei ihrer nationalen Zentralbank und damit indirekt bei der EZB. In Deutschland ist dies das Zentralkonto des Bundes bei der Deutschen Bundesbank. Genauso haben Geschäftsbanken Konten bei ihrer nationalen Zentralbank.

Wenn der deutsche Staat Ausgaben tätigt, passiert Folgendes: Die Bundesbank bucht das Zentralbankkonto derjenigen Geschäftsbank hoch, bei der der/die Zahlungsempfänger:in der staatlichen Ausgabe sein/ihr Konto hat. Dafür schreibt die Geschäftsbank den von der Bundesbank erhaltenen Betrag auf dem Konto des/der Zahlungsempfänger:in gut. In dem Moment, in dem die Bundesbank das Zentralbankkonto der Geschäftsbank hochbucht, erzeugt sie Geld. Dieses Geld war zuvor nicht da und wird durch die Gutschrift bei der Geschäftsbank durch die Bundesbank geschöpft. In der Bilanz der Bundesbank ist dadurch eine zusätzliche Verbindlichkeit entstanden. Damit die Bilanz der Bundesbank ausgeglichen ist, wird das Zentralkonto des Bundes um den entsprechenden Betrag belastet. Der Bund hat also sozusagen jetzt ‚Schulden‘ bei der Bundesbank. Das ist so formal auch logisch, denn schließlich hat die Bundesbank durch ihre Gelderzeugung ja die Ausgabe des Bundes getätigt. Aber was ist die Bedeutung dieser ‚Schulden‘?

Der Bund und die Bundesbank sind beide Institutionen des Deutschen Staates. Zu behaupten, eine staatliche Institution habe Schulden bei der anderen staatlichen Institution ist nicht sinnvoll. An dem Verschuldungsgrad des Staats als Ganzem ändert das schließlich nichts. Wenn der Bund 100€ ‚Schulden‘ bei der Bundesbank hat, hat die Bundesbank 100€ ‚Forderungen‘ beim Bund. Damit ist die Nettoverschuldung des Staats trotzdem Null. Natürlich hat die Bundesbank im Beispiel der

Staatsausgaben Geld an eine Geschäftsbank bezahlt. Insofern hat der Staatssektor als Ganzes trotzdem eine Netto-Verbindlichkeit gegenüber dem Privatsektor.

Bei den beschriebenen Bilanzausgleichungen wird diese Verbindlichkeit als negatives Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes abgebildet. Aber von Schulden zu sprechen wäre dennoch in der Sache falsch, denn das Geld ist ja durch das Hochbuchen des Zentralbankkontos der Geschäftsbank durch die Bundesbank entstanden. Die Bundesbank hat sich dieses Geld nirgends ausgeliehen. Sie hat es – kraft ihres Währungsmonopols – einfach geschaffen. Das negative Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes ist nichts weiter als der ‚Bilanzschatten‘ dieser Gelderzeugung durch die Zentralbank.

Steuereinnahmen haben hier zu keinem Zeitpunkt eine Rolle gespielt. Wie anhand der beschriebenen Prozesse deutlich wird, könnte der Bund theoretisch bis in alle Ewigkeit in seiner eigenen Währung Ausgaben tätigen, ohne irgendeiner Instanz oder einem Menschen dafür etwas schuldig zu sein. Das ist so aus dem einfachen Grund, weil der Staat Währungsschöpfer ist. Kein:e Bürger:in muss jemals irgendetwas bezahlen, was der Staat zuvor ausgegeben hat. Der/die Steuerzahler:in bezahlt keine Staatsausgaben und folglich werden mit Staatsausgaben auch unter keinen Umständen künftige Generationen belastet. Bei der Steuerzahlung fließt Geld von den Konten von Bürger:innen und Unternehmen über das Kontensystem der Zentralbank auf das Zentralkonto des Bundes. Hier verringern die Steuerzahlungen also das negative Nettovermögen des Bundes. Die finanzielle Situation des Staates ändert das allerdings in keiner Weise. Selbst wenn sich der Staat nach jahrelangen Haushaltsüberschüssen im herkömmlichen Sinne ‚entschulden‘ und ‚Rücklagen‘ bilden würde, wäre das finanziell völlig bedeutungslos. Selbst ein positives Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes heißt im Endeffekt nur: Der Bund hat ein Guthaben bei der Bundesbank, bzw. die Bundesbank hat eine Verbindlichkeit gegenüber dem Bund. Das ist bedeutungslos, denn das Nettoguthaben oder die Nettoverschuldung des Staats als Ganzem ist immer noch Null. Das positive Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes verändert die Möglichkeit Ausgaben zu tätigen in keiner Weise. Steuern finanzieren keine Staatsausgaben.

Der Staat muss sich also die finanziellen Ressourcen für seine Ausgaben weder von Steuerzahler:innen beschaffen, noch mittels Krediten vom Privatsektor ausleihen, denn in der institutionellen Gestalt der Zentralbank ist der Staat selbst unerschöpfliche Quelle von Geld. Der Staat kann ganz ohne Steuereinnahmen und Kreditaufnahme in seiner eigenen Währung unbegrenzt Geld ausgeben und wird trotzdem niemals in dieser Währung ‚Pleite gehen‘. Denn in seiner Ausgabebetätigkeit ist es dem Staat unmöglich sich im herkömmlichen Sinne zu verschulden, da er die ausgegebenen Mittel stets selbst erzeugt. Steuern und staatliche Kredite (staatliche Kreditaufnahme funktioniert über die Emission von Staatsanleihen) sind für die Staatsfinanzierung nicht notwendig. Ebenso bedeuten Haushaltsüberschüsse auch keine erweiterten finanziellen Spielräume für den Staat, denn er kann für seine Ausgabewünsche unbegrenzt Geld schöpfen – ganz gleich ob er in einer bestimmten Zeitperiode (z.B. einem Jahr) dem Wirtschaftskreislauf über Steuern weniger, gleich viel, oder mehr Geld entzieht wie er in dieser Periode ausgegeben hat.

Wir halten fest: Steuern (und Staatsanleihen) finanzieren keine Staatsausgaben und Haushaltsdefizite sind folglich auch keine Belastung für künftige Generationen. Wozu braucht

es dann überhaupt Steuern und weshalb emittiert der Staat dann Staatsanleihen?

2.3. Wozu Steuern

Obwohl Steuern für die Staatsfinanzierung im monetären Sinne bedeutungslos sind, haben sie eine große Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Zunächst dienen sie dazu, dass die staatliche Währung in Wirtschaft und Bevölkerung akzeptiert wird. Indem der Staat Steuerforderungen in der von ihm definierten Währung erhebt, schafft er eine Nachfrage für diese Währung. Schließlich benötigen alle Bürger:innen und Unternehmen die Währung um ihre Steuerschuld zu tilgen. Darüber hinaus sind Steuern das zentrale Instrument der Umverteilung von Vermögen und indem sie Bürger:innen und Unternehmen Kaufkraft entziehen, schaffen sie Platz für die staatliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Zuletzt können Konsumsteuern als Lenkungsinstrumente eingesetzt werden, wie das etwa von der Tabaksteuer bekannt ist. Steuern sind also unverzichtbar – allerdings dienen sie nicht dazu irgendetwas zu finanzieren. Insofern ist auch die Formel „Starke Schultern müssen mehr tragen“ in der Sache ökonomisch falsch. Wir brauchen das Geld der Reichen nicht um Armut zu bekämpfen, den Klimawandel aufzuhalten und humanitäre Katastrophen abzuwenden. Wir können es ihnen trotzdem wegzunehmen, damit sie mit ihrem Konsum nicht so viele Treibhausemissionen verursachen, gesellschaftliche Machtasymmetrien aufbauen und keine Ressourcen in Anspruch nehmen, die anderweitig sinnvoller eingesetzt werden könnten. Das ist aber eine politische Frage und keine ökonomische. Umverteilung ist selbstverständlich weiterhin notwendig. Die Sicherstellung formal gleicher Chancen reicht nicht aus, um gesellschaftliche Asymmetrien gerecht auszugleichen.

Jedenfalls müssen wir unsere linken Narrative von der Vorstellung befreien, der Staat sei finanziell auf das Geld der Reichen angewiesen. Das zeugt von einer Unkenntnis der Funktionsweise modernen Geldes und verspielt Vertrauen in unsere ökonomische Kompetenz.

2.4. Wozu Staatsanleihen

Und was ist mit den Staatsanleihen? Staatsanleihen sind verzinste staatliche Wertpapiere, die von Akteur:innen des Privatsektors erworben werden können. Sie können unterschiedliche Laufzeiten haben und werden nach Ablauf der Laufzeit vom Staat wieder ausgelöst. Beim Kauf einer Staatsanleihe geschieht bilanziell genau das gleiche wie bei der Steuerzahlung. Einlagen auf dem Konto des/der Käufer:in werden gestrichen und auf dem Zentralkonto des Bundes gutgeschrieben. Sowohl durch Steuereinnahmen als auch durch die Emission von Staatsanleihen kann der Bund den Saldo auf dem Zentralkonto des Bundes erhöhen. Wie inzwischen deutlich geworden sein dürfte, ist das für die Tötung von Staatsausgaben ökonomisch gesehen völlig unerheblich. Der deutsche Staat hat sich allerdings rechtliche Auflagen gegeben, welche die Ausgabentätigkeit künstlich einschränken. Genauer handelt es sich hierbei um die §§ 19 & 20 des Bundesbankgesetzes. Hier ist normiert, dass das Zentralkonto des Bundes nur innerhalb eines Tages überzogen werden darf, aber nach Ablauf eines Tages stets wieder ausgeglichen werden muss. Aus rechtlichen – nicht aus ökonomischen – Gründen darf das Nettovermögen auf dem Zentralkonto des Bundes also tatsächlich nicht negativ sein. Aus diesem Grund muss der Bund also tatsächlich bei einer Ausgabe entweder durch Steuereinnahmen oder die Emission von Staatsanleihen sein Konto ausgleichen. Es

handelt sich hierbei um eine rechtliche Selbstbindung, nicht um eine ökonomische Notwendigkeit. Auch das muss Basiswissen in der politischen Debatte sein. Wir fordern keine Abschaffung dieser Regeln. Staatsanleihen sind durchaus sinnvoll, denn erstens sind Staatsanleihen für den Privatsektor i.d.R. ein risikofreies Sparinstrument und zweitens entzieht die Begabe von Staatsanleihen dem Privatsektor Kaufkraft, was bei einer umfangreichen staatlichen Ausgabentätigung zur Stabilisierung des Preisniveaus wichtig ist (siehe nächster Abschnitt). Allein, Staatsanleihen sind genauso wenig wie Steuern für die Tötigung von Staatsausgaben notwendig.

2.5 Inflation und realwirtschaftliche Grenzen der Staatsausgaben

Die Frage, wie hoch staatliche Ausgaben idealerweise tatsächlich sein sollten ist aber durch die schiere theoretische Möglichkeit unbegrenzter Staatsausgaben noch nicht beantwortet. Wenn Preisstabilität gewährleistet werden soll, können die Staatsausgaben in der Tat nicht unendlich hoch sein. Schließlich kann vom Staat nur gekauft werden, was in der staatlichen Währung zum Verkauf steht. Da aufgrund knapper Ressourcen das Angebot an Gütern, Dienstleistungen und Arbeit begrenzt ist, kann eine zu hohe staatliche Nachfrage zu steigenden Preisen führen. Allerdings ist das erst der Fall, wenn das Angebot der nachgefragten Gegenstände selbst nicht mehr steigen kann. Hier liegt also die natürliche Grenze der staatlichen Ausgabentätigkeit – vorausgesetzt ein konstantes Preisniveau wird angestrebt (wofür wir selbstverständlich eintreten). Wenn es zu politischen Zwecken (wie dem Kampf gegen die Klimakrise) notwendig ist, staatlicherseits mehr Ressourcen zu beanspruchen als nach Abzug der privaten Nachfrage verfügbar sind, muss dem Privatsektor Kaufkraft entzogen werden, damit das Preisniveau gehalten werden kann. Dafür sind Steuern und Staatsanleihen probate fiskalische Steuerungsinstrumente.

Inflation ist ein dauerhafter Anstieg des Preisniveaus. Sie kann durch unterschiedlichste Faktoren bedingt sein. Allgemein wird zwischen der (angebotsseitigen) Kostendruckinflation und der nachfrageinduzierten Inflation unterschieden. Bei der Kostendruckinflation führen negative Produktionsschocks (z.B. im Agrarsektor eine klimatisch bedingte Missernte) oder Friktionen in Lieferketten zu einer Verknappung des Angebots. Bei gleichbleibender Nachfrage steigt dann der Preis. Bei verbreitet eingesetzten Rohstoffen wie Öl, Gas oder auch Weizen erhöhen gestiegene Preise unmittelbar die Produktionskosten für zahlreiche weitere Produkte. Es kommt also zu einer angebotsseitigen Kettenreaktion der Preissteigerungen, die sich zu einem steigenden allgemeinen Preisniveau aufaddieren. Nachfrageinduzierte Inflation kommt grob gesagt zustande, wenn die Kaufkraft der Konsument:innen schneller steigt als das Angebot der Unternehmen. Solche Kaufkraftsteigerungen können etwa die Folge von Lohnerhöhungen sein. Allerdings wäre es falsch davon auszugehen, dass Lohnsteigerungen automatisch zu steigenden Preisen führen. Erstens können Unternehmen in einer Konkurrenzsituation nicht willkürlich ihre Preise anheben, weil sie sonst um ihren Marktanteil bangen müssten. (Insofern wirken Lohnsteigerungen als Umverteilungsmechanismus von Kapital zu Arbeit). Zweitens kann eine gestiegene Nachfrage (sofern noch Produktionsfaktoren verfügbar sind) zu einer Ausweitung der Produktion und ggf. in diesem Zuge durch den Markteintritt neuer Anbieter sogar zu Preissenkungen führen.

Im schlechtesten Fall wirken beide Kausalfaktoren der Inflation zusammen. Das ist das Szenario einer Lohn-Preis-Spirale: Gestiegene Preise führen zu höheren Lohnforderungen der Arbeitnehmer:innen, und die in der Folge steigenden Löhne führen wieder zu noch weiter

steigenden Preisen, da sie ja ihrerseits eine Komponente der Produktionskosten sind. Von Ausweitungen und Verknappungen der Geldmenge ist die Inflation aber nur bedingt abhängig. Die monetaristische Idee, dass Inflation immer und überall schlichtweg das Ergebnis zu expansiver Geldpolitik sei, hat sich nicht bewährt. Sie ist schon allein deshalb falsch, weil eine Erhöhung der (Zentralbank-)Geldmenge (z.B. durch den Ankauf von Staatsanleihen durch die Zentralbank) kaum in die Realwirtschaft vordringt. Geschäftsbanken sind heute in ihrer Kreditvergabe weitgehend unabhängig von der Menge an Zentralbankgeld, die ihnen durch den Abkauf von Staatsanleihen zur Verfügung gestellt wird. Die Kreditvergabe ist im Wirtschaftssystem endogen. Die Zentralbank hat allenfalls über den Leitzins Auswirkungen darauf.

Die gegenwärtig hohen Preissteigerungen sind vor allem auf die nach wie vor pandemiebedingte Beeinträchtigung von Lieferketten und realwirtschaftliche Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zurückzuführen. Sie haben mit der Geldpolitik der EZB wenig und mit deren Anleihenkäufen praktisch gar nichts zu tun. Die Geldpolitik kann die Inflation um den Preis einer Rezession durch scharfe Leitzinserhöhungen bremsen, allerdings sind dadurch die Inflationsursachen selbst noch lange nicht nachhaltig beseitigt. Inflation ist ein weitgehend realwirtschaftliches Phänomen und als solches sollte sie auch behandelt werden.

Für die Ausgabentätigkeit des Staats bedeutet diese Erkenntnis, dass eine expansive Fiskalpolitik ein Inflationsrisiko sein kann, aber nicht sein muss. Steigert der Staat in Zeiten negativer Angebotsschocks oder im Zustand der Ausreizung der volkswirtschaftlichen Ressourcen seine Ausgaben kommt es zur Übernachfrage und damit zur Gefahr von (nachfrageinduzierter) Inflation. Sind allerdings noch Ressourcen verfügbar, führen steigende Staatsausgaben nicht zur Inflation. Hier zeigt sich wieder: Es gibt eine (sinnvolle) Grenze der Staatsausgaben, aber die rührt von realwirtschaftlichen Ressourcenknappheiten und nicht von einer vermeintlichen monetären Knappheit her.

Mit diesen Erkenntnissen über das moderne Finanzsystem im Hinterkopf wollen wir nun einige wirtschaftspolitische und rechtliche Regelungen adressieren, die nicht im Einklang mit der theoretischen Vernunft der vorangegangenen makroökonomischen Analyse stehen.

3. Abschaffung der Schuldenbremse

Gemäß der in Art. 115 Abs. 2 GG verankerten sogenannten ‚Schuldenbremse‘ darf die Bundesregierung grundsätzlich nicht mehr Geld ausgeben, als dem Bundeshaushalt durch Steuereinnahmen zufließt. Genau genommen darf ein strukturelles Haushaltsdefizit in Höhe von 0,35% des BIP hingenommen werden (vgl. Art. 115 Abs. 2 GG). Die sogenannte Konjunkturkomponente in der Schuldenbremse lockert diese harte Budgetrestriktion in Rezessionszeiten auf. Allerdings sieht die Formulierung im Gesetzestext derartige Ausnahmen von der Schuldenbremse nur für den Fall vor, wenn das Wirtschaftswachstum signifikant negativ von seinem Trend abweicht (konventionelle Berechnung der sog. Output-Lücke). Allerdings kann es sein, dass die volkswirtschaftlichen Ressourcen der Bundesrepublik auch bei trendmäßig wachsendem BIP nicht ausgelastet sind. In diesem Fall besteht bei einer Erhöhung der Staatsausgaben kein Inflationsrisiko. Dennoch muss unter der aktuellen Norm auch in diesem Fall die Schuldenbremse eingehalten werden. Das erschwert den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Klimakrise mit dem Instrumentarium der Fiskalpolitik erheblich. Wie aus dem vorangegangenen Theorieteil hervorgeht, macht eine solche vermeintliche

‚Schulden‘-Regel ökonomisch keinen Sinn. Sie baut auf einem grundfalschen Verständnis staatlicher Finanzen auf, denn sie behandelt den öffentlichen Haushalt wie einen Privathaushalt (Währungsnutzer anstatt Währungsschöpfer).

Die neoliberale Sparideologie darf keinen mangelnden Willen für politische Reformen legitimieren. Notwendige Zukunftsinvestitionen dürfen nicht von willkürlichen Kennzahlen verzögert werden.

Sowohl in der Zeit der Großen Koalition, als auch unter der neuen Bundesregierung wird mittelfristig das Ziel ausgeglichener Haushalte angestrebt. Eine solche ökonomisch sinnfreie heilige Kuh darf nicht das zentrale Leitmotiv bundesdeutscher Fiskalpolitik sein.

4. Die Schuldenregeln der EU

Aus dem gleichen Grund, aus dem wir für eine Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundesebene plädieren, fordern wir die Abschaffung der Schuldenregelungen auf EU-Ebene. Das betrifft das in Art. 140 Abs. 1 AEUV normierte zweite sogenannte Konvergenzkriterium, das nach Konkretisierung durch den Rat der Europäischen Union Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten auf maximal 3% des BIP und die Schuldenstandsquote auf maximal 60% begrenzt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der das Ziel von ausgeglichenen Haushalten oder sogar Überschusshaushalten für die EU-Staaten vorschreibt, muss aufgrund seiner ökonomischen Unsinnigkeit ebenfalls abgeschafft werden. Gleiches gilt für die Nichtbeistandsklausel, die verbietet, dass ein Mitgliedstaat für die Schulden eines anderen Mitgliedstaats aufkommt.

Die gegenwärtig zurückhaltende Fiskalpolitik unter den Bedingungen der Maastricht Kriterien hemmt das europäische Wirtschaftswachstum für Jahrzehnte. Eine Reform der Europäischen Finanzarchitektur soll diesen Missstand beseitigen. Die von uns vorgeschlagene Reform beinhaltet neben der bereits genannten Abschaffung der europäischen Schuldenregeln die Einführung eines Europäischen Finanzministeriums. Ein Europäisches Finanzministerium könnte die notwendigen Mittel für Projekte bereitstellen, die nur im europäischen Rahmen sinnvoll implementiert werden können (das Prinzip der Subsidiarität bleibt geachtet). Der in Teil 7 skizzierte Green New Deal stellt eines dieser Projekte dar. Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung Geflüchteter sowie solche zur Stärkung der sicherheitspolitischen Autonomie der EU fallen aber ebenfalls in diese Kategorie. Das Europäische Finanzministerium würde Europäische Anleihen emittieren, die dann von privaten Investor:innen auf dem Primärmarkt erworben werden könnten, wobei eine Ankaufgarantie der EZB auf dem Sekundärmarkt das Risiko für Investor:innen auf Null reduziert. Die europäische Integration, hin zu einer ‚ever closer union‘, wird auf diese Weise weiter vorangebracht.

5. Höhere Löhne für die Stabilität der EU

Jede offene Volkswirtschaft besteht aus drei Sektoren: dem öffentlichen Sektor, dem Privatsektor und dem Ausland. Klar ist, wenn ein Sektor netto spart, muss sich mindestens ein anderer Sektor netto verschulden um diese Ersparnis zu ermöglichen. Es ist logisch unmöglich, dass alle drei Sektoren gleichzeitig sparen. Wenn alle Sektoren sparen, gehen die Ausgaben aller Sektoren zurück. Da aber die Ausgaben eines Akteurs immer gleichzeitig die

Einnahmen eines anderen Akteurs sind, gehen damit logischerweise auch die Einnahmen zurück. Wenn also alle drei Sektoren sparen wollen, berauben sie sich selbst der notwendigen finanziellen Ressourcen um zu sparen. Das ist das klassisch keynesiansische Sparparadox.

Seit den Agenda-Jahren sind in Deutschland sowohl privater als auch öffentlicher Sektor regelmäßig gleichzeitig Netto-Sparer. Logischerweise kommt das Geld für das private Sparen unter Erzielung von öffentlichen Haushaltsüberschüssen aus dem Ausland. Konkret sorgen die deutschen Handelsbilanzüberschüsse für diesen Geldzufluss. Diese Handelsbilanzüberschüsse wiederum sind maßgeblich dadurch bedingt, dass in Deutschland seit Beginn des Jahrhunderts die Löhne nicht mehr im Einklang mit dem Produktivitätswachstum steigen. Durch diese Niedriglohnpolitik genießt die deutsche Wirtschaft Wettbewerbsvorteile, die aber zulasten der Konkurrenzfähigkeit anderer europäischer Volkswirtschaften gehen. Dadurch zwingen wir unsere europäischen Partner (insbesondere die südeuropäischen Staaten) unsere Handelsbilanzüberschüsse durch eigene Handelsbilanzdefizite auszugleichen. Es ist logisch notwendig, dass sich unsere europäischen Partner dafür verschulden. Die fehlgeleitete Fiskalpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass Deutschland seine Arbeitslosigkeit an seine schwächeren europäischen Nachbarn exportiert und mit seinen Handelsbilanzüberschüssen südeuropäische Staaten in die Verschuldung gedrängt hat. Weil uns an einer solidarischen und stabilen Europäischen Union gelegen ist, muss diese Politik umgekehrt werden! Wir brauchen ein signifikantes Lohnwachstum in Deutschland um unseren europäischen Partnern wieder faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Wir fordern daher eine weitere Anhebung des Mindestlohns und eine ordnungspolitische Stärkung der Gewerkschaften. In Anbetracht der pandemie- und kriegsbedingten temporären Knappheiten in der Realwirtschaft sollen diese Maßnahmen behutsam und schrittweise umgesetzt werden. Außerdem fordern wir eine Abkehr von der harten deutschen Linie in der EU, die südeuropäischen Staaten zur Lösung eines von Deutschland maßgeblich mitgeschaffenes Problems eine sozial und ökonomisch verheerende Austeritätskur aufoktroziert.

6. Die Job-Garantie

Strukturelle Arbeitslosigkeit sowie gesellschaftliche Folgeprobleme, gehörten der Vergangenheit an. Soziale Isolation, Kriminalität, Landflucht, gesundheitliche und familiäre Probleme sowie frühzeitige Schulabgänge können nach Verlust einer (eigenen) geregelten Arbeit zu erheblichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen führen. Gemeinschaftsbildung, soziales Netzwerken, praxisorientiertes Lernen sowie die Sicherung von intergenerationeller Stabilität, u.a. können ohne geregelte Beschäftigung, nur schwer ihre integrativen Kräfte entfalten.

Die Implementierung einer Job-Garantie (JG) soll strukturelle Arbeitslosigkeit und ihre Folgeprobleme beseitigen. Sie kann zudem helfen die Ziele einer volkswirtschaftlichen Effizienzsteigerung, einer Reduktion sozialer Reibungspunkte und dem Kampf gegen vermachtete Ungerechtigkeiten, besser zu erreichen.

Das Ziel des Programms ist es, jeder arbeitswilligen Person eine gemeinnützige Arbeit anzubieten. Der Staat als ‚Arbeitgeber der letzten Instanz‘ könnte so einen sozial akzeptablen Mindestlohn und entsprechende Arbeitsbedingungen, auch in der Privatwirtschaft, durchsetzen. Löhne und Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft werden natürlicherweise

mindestens auf dem gleichen, wenn nicht sogar auf einem höheren Niveau sein als in der Job-Garantie. Wäre das nicht der Fall, hätten Arbeitnehmer:innen keinen Anreiz überhaupt von einem JG-Job in die Privatwirtschaft zu wechseln. Private Arbeitgeber sind so gezwungen attraktivere Löhne und akzeptable Arbeitsbedingungen zu bieten um überhaupt an Arbeitskräfte zu gelangen. Der Niedriglohnsektor wird effektiv ausgetrocknet. Die Job-Garantie wirkt wie ein natürlicher Mindestlohn. Die JG-Jobs werden im Rahmen regionaler oder kommunaler Ebene vorgeschlagene Projekte angeboten, welche nach Prüfung des gesellschaftlichen Nutzens und ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten von zentraler Stelle finanziert werden. Im Rahmen der Jobgarantie könnte die demokratische Partizipation der Bürger:innen gestärkt werden, indem z.B. Jugendparlamente oder andere überparteiliche Interessensvertretungen in die Schaffung von JG-Jobs miteinbezogen werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten im Falle einer Rezession nicht nur die Nachfrage und damit die Konjunktur stabilisieren; positiver Nebeneffekt der JG könnte weiterhin eine höhere Konkurrenz der Unternehmen um Geringverdiener:innen sein. Asymmetrische Machtkonstellationen auf dem Arbeitsmarkt würden so effektiv bekämpft und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Damit hätten die Arbeitgeber:innen einen Anreiz, Arbeitskräfte effizienter einzusetzen. Gleichzeitig entsteht ein Depot an qualifizierten und routinierten Arbeitskräften, das je nach Bedarf der Privatwirtschaft größer oder kleiner ist. Weiterhin sollte der Zusammenhang zwischen Angebot und Nachfrage automatisch für erhöhte Löhne sorgen, falls der Bedarf an Arbeitskräften in der Privatwirtschaft steigt. Ein Depot aus arbeitenden Personen, die der Privatwirtschaft potentiell zur Verfügung stehen (NAIBER), kann flexibler abgerufen werden, wobei Vollbeschäftigung staatlich garantiert wird. Preisstabilität kann so im Vergleich zu neoklassischen Konzepten oder zum bedingungslosen Grundeinkommen auf effizientere Weise sichergestellt werden. Sollte die Inflation in einem Wirtschaftssektor über das von der Regierung angestrebte Ziel hinausgehen wird eine restriktivere Fiskalpolitik angestrebt, welche Ressourcen aus dem inflationären Sektor abfließen lassen sollte. Die JG kann dabei als antizyklischer Stabilisator auf die Konjunktur wirken. Bei starker Konjunktur verringert sich, durch den erhöhten Bedarf an Arbeitskräften die Zahl der staatlich bezahlten Jobs. Hierdurch sinken gleichzeitig die Staatsausgaben und das Überhitzen der Konjunktur wird verhindert. Bei schwacher Konjunktur bietet die JG mehr Stellen an und verhindert so einen Konsumeinbruch. Die JG kompensiert im Gegensatz zur Arbeitslosenunterstützung oder einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht nur den Einkommensverlust, sondern auch den Beschäftigungsverlust.

7. Ein ernstgemeinter Europäischer Green New Deal (GND)

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und gleichzeitig den gesellschaftlichen Wohlstand kommender Generationen zu sichern, benötigen wir gewaltige wirtschaftliche Umwälzungen. Weitreichende Reformen, zur Beseitigung dieser Probleme benötigen allerdings eine breite, gesellschaftliche Mehrheit und müssen deshalb eine Mehrheit der Bevölkerung besserstellen um demokratisch durchsetzbar zu sein. Ein von der MMT inspirierter Green New Deal ist unausweichlich.

Der Green New Deal ist ein umfangreiches Investitionsprogramm, das die ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft immens beschleunigt. Auch eine an dem Ziel der Klimaneutralität ausgerichtete Jobgarantie kann ein Element des Green New Deals sein. Ein überzeugender Vorschlag zu der Ausgestaltung eines Green New Deal wurde vom

Democracy in Europe Movement (DiEM25) vorgelegt (<https://gnde.diem25.org>).

Wie in Teil 2 der Begründung erklärt belaufen sich die volkswirtschaftlichen Kosten für den Green New Deal (GND) lediglich auf die Differenz zwischen den benötigten realen Ressourcen und den verfügbaren Ressourcen. Ein Ressourcenbedarf, der über die gegenwärtig noch verfügbaren Ressourcen hinausgeht, um die Ziele des GND zu erreichen, kann temporäre Konsumeinschränkungen notwendig machen. Diese können durch diverse fiskalische Instrumente durchgesetzt werden. So können zum Beispiel erhöhte Konsumsteuern die Nachfrage drosseln. Alternativ kann auch der obligatorische Transfer eines gewissen Teils der Arbeitseinkommen auf temporär gesperrte aber verzinste Sparkonten zu einem Konsumaufschub führen, der Einkommensbezieher:innen aber langfristig sogar besserstellt. Der finanzielle Spielraum welcher durch das zusätzliche Budget freigesetzt wurde muss eingesetzt werden, um Europas Klimaneutralität bis 2035 sicherzustellen.

8. Eine teilweise Monetarisierung der Care-Arbeit

Gerade der Wirtschaftssektor der Sozialfürsorge wird in klassischen Wirtschaftsmodellen häufig vernachlässigt. Die Unterteilung in eine Produktions- und eine private Sphäre erscheint willkürlich. Essenzielle Bereiche wirtschaftlicher Aktivität werden demnach ignoriert, übersehen oder unterbewertet. Care-Arbeit muss deshalb vom Staat entsprechend vergütet werden.

Care-Arbeit lässt sich schwer auf klassische, wirtschaftliche Modelle übertragen. Ein Fokus auf Wachstum und Effizienzsteigerung kann in der Care Arbeit nicht zu einer Qualitätssteigerung führen. Die Job-Garantie könnte nicht nur für bessere Bedingungen für alle Beteiligten in der Sozialfürsorge führen. Auch erlauben die Erkenntnisse der MMT eine konjunkturunabhängige staatliche Vergütung von Care-Arbeit über den Rahmen der Job-Garantie hinaus. Auch könnte bisher unbezahlte Care-Arbeit durch die Anerkennung als JG-Job entsprechend vergütet werden. Eine Leistung von der - vor allem - aber nicht ausschließlich Finta-Personen profitieren. Die bezahlte Care-Arbeit würde demnach als Ergänzung bei struktureller, marktwirtschaftlicher Unterversorgung dienen.

9. Schlussbemerkungen

In Thüringen bemerken wir jetzt schon, welche verheerenden Folgen fehlgeleitete Sparpolitik für Zivilgesellschaft, den Gesundheitssektor, Arbeitnehmer:innen, Schüler:innen und Hilfsbedürftige hat. Entscheidungsträger:innen dürfen sich nicht mehr hinter dem Scheinargument der Budgetrestriktionen verstecken. Die erheblich größeren Budgetfreiräume ermöglichen es uns, progressive Projekte deutlich schneller voranzutreiben. Die MMT verspricht einige systemische Fehler des Kapitalismus abzumildern, kann allerdings nicht grundsätzliche Widersprüche auflösen. Ziel muss es deshalb sein, mithilfe der MMT den Kapitalismus zu überwinden. Auch für nicht arbeitswillige Personen muss eine menschenwürdige Versorgung gewährleistet werden. Ein progressiveres Steuersystem bleibt weiterhin unausweichlich, auch wenn dieses nicht zur Staatsfinanzierung beiträgt, sondern

für Inflationregulierung und zur Abmilderung sozialer Verwerfungen sorgt. Wir sehen die MMT als eine Hilfestellung für die allmähliche Einführung des Sozialismus an.

X1NEU Jusos Thüringen: take your shit together!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Die Jusos Thüringen beschließen, dass zukünftige Veranstaltungen des
2 Landesverbandes mit mindestens einer Unisex-Toilette auszustatten sind.
3 Mindestens auf dieser Toilette sind außerdem frei zugängliche
4 Menstruationsprodukte vorzufinden. Die Veranstaltungsorte sind dem Beschluss
5 entsprechend anzupassen.

Z1NEU SPD von Elon Musk zurückkaufen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 14 Spaßanträge

Antragstext

- 1 Elon Musk enteignen.

Begründung

Spaßantrag - Begründung erfolgt mündlich

Z2 Eine Hymne für uns!

Antragsteller*in: Jusos Weimar und Weimarer Land
Tagesordnungspunkt: 14 Spaßanträge

Antragstext

1 „Völker hört“ erklingt fast immer
2 Nach jeder Sitzung aus lauter Kehl'
3 Mal klingt es okay, mal klingt es schlimmer
4 Niemand macht sich daraus einen Hehl
5 -
6 Die Tradition der Internationalen
7 Ist ein Fest ganz ohne Gleichen
8 Trotz manch Textunsicherheits-Qualen
9 Wird die Hymne niemals weichen
10 -
11 Dieses Lied wird überall gesungen
12 Wo mensch Arbeiter:in und Jusos ist
13 Diese Einigkeit ist wohl gelungen
14 Doch eines wird in Thüringen stark vermisst
15 -

16 Wir wollen eine Hymne für uns ganz allein
17 Die zu uns passt, wie die Nelke in der Hand
18 Wie Bratwurst, Kloß-Fritz und saurer Wein
19 Eine Juso-Hymne nur für unser Bundesland
20 -
21 Lasst uns auch schmettern die Thüringer Signale
22 Die stets erklingen nach „Völker hört“
23 Und damit unser Lied zum Glanz erstrahle
24 Sei folgende Weisheit nicht ungehört
25 -
26 Wer nicht will singen großen Scheiß
27 Gründe einen Hymnen-Arbeitskreis
28 -
29 Ein Arbeitskreis à la SPD
30 Mit vielen Sitzung samt T0
31 Mit Tee, Kaffee und Canapé
32 Werden wir höchst tatenfroh
33 -
34 Dank Schreibcoaching und Schreibwerkstatt
35 Dank lange, teambildende Maßnahmen

36 Dank Leidenschaft, die meist ein Juso hat

37 Werden wir unsere Kreativität bald rahmen

38 -

39 Nur noch ausgedruckt und mitgebracht

40 Mit großem Orchester instrumentiert

41 Unsere Juso-Hymne zum Leben erwacht

42 Und sich landesweit schnell etabliert

43 -

44 „Völker hört“ erklingt dann noch immer

45 Nach fast jeder Sitzung aus jedem Mund

46 Doch vermissen werden wir dann nimmer

47 Unsere Thüringer Juso-Hymne zur späten Stund‘

Begründung

erfolgt darstellend

Z3NEU Willy-Brandt-Mausoleum

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 14 Spaßanträge

Antragstext

1 Die Grabstätte von Willy Brandt auf dem Waldfriedhof Berlin-Zehlendorf ist zu
2 klein. Die Jusos Thüringen fordern ein Mausoleum für den ehemaligen SPD-
3 Vorsitzenden, Bundeskanzler und Helden der Sozialdemokratie. Der Flughafen
4 Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ erfüllt bereits durch dessen Namensgebung,
5 sowie durch die Größe des Gebäudes alle Voraussetzungen für ein Mausoleum. Wir
6 fordern daher das Grab von Millionen von Euro, in ein Grab von einem der
7 herausragendsten Staatsmännern des 20. Jahrhunderts umzubauen.

8 Nach dem Umbau zum Willy-Brandt-Mausoleum ist es SPD Ortsvereinen und Juso
9 Kreisverbänden möglich sich aus diesem Reliquien aus Brandts persönlichem Leben
10 auszuleihen. Nicht mal E M findet eine Wohnung in Berin. Deutsche Wohnen
11 enteignen jetzt.